

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Am Abgrund

Das Jahr 2022 begann mit einer Frieden versprechenden Erklärung der fünf Atom-mächte und ständigen UN-Sicherheitsratsmit-glieder USA, Rußland, China, Frankreich und Großbritannien. Am 3. Januar veröffentlichten sie gemeinsam einen Text, in dem sie sich ge-

Reichtums an Rohstoffen und Bodenschätzen entweder eingebunden und durch Schürung von Nationalismus zum Zerfall gebracht oder militärisch eingekreist und in einen ununter-brochenen Abnutzungskrieg verwickelt wer-den. Dem dienten seit 1991 die Installation

„eine ernsthafte Bedrohung für den globalen und regionalen Frieden und die Stabilität dar“ und untergraben „die Stabilität der Weltord-nung“. Mit Blick auf die US-geführte Kriegs-allianz hieß es in dem Dokument: „Die Seiten lehnen eine weitere Erweiterung der NATO ab und fordern das Nordatlantische Bündnis auf, seine ideologisierten Ansätze des Kalten Krie-ges aufzugeben.“

Der Westen ignorierte auch diesen Auf-ruf, machte den Krieg Kiews gegen die eigen-e Bevölkerung zu seinem und verhinderte im April einen Waffenstillstand. So endete das Jahr folgerichtig mit einer Warnung Pu-tins am 9. Dezember vor der Bereitschaft der USA zum Atomschlag: Sie hätten „das Konzept eines Präventivschlags in ihrer Strategie und in anderen politischen Doku-menten. Wir nicht. Unsere Strategie spricht von einem Vergeltungsschlag.“ Dem folgte am 14. Dezember eine wahre Waffenanschaffungs-orgie im Bundestag, die Bundeskanzler Olaf Scholz mit Weltkriegssprache begleitete. Er brachte es als deutscher Regierungschef fer-tig, dem russischen Präsidenten eine „Strate-gie der verbrannten Erde“ vorzuwerfen. Der maßlosen Sprache, der Völkerhaß schürenden Propaganda entspricht die Bereitschaft, zum Äußersten zu gehen und die Weltordnung in den Abgrund zu stoßen. Es bedarf starker Kräfte, das zu verhindern.

Arnold Schölzel



Protest von Friedensorganisationen gegen deutsche atomare Aufrüstung am 14. Dezember 2022 vor dem Reichstagsgebäude

gen die weitere Verbreitung von Atomwaffen aussprechen und feststellen: „Ein Atomkrieg kann nicht gewonnen werden und darf nie ge-führt werden.“ Am Jahresende gilt das für die westlichen Unterzeichner dieses Dokuments nicht mehr. Am 5. Dezember erklärte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im norwegi-schen Fernsehsender NRK, er befürchte, „daß der Krieg in der Ukraine außer Kontrolle ge-rät und sich zu einem großen Krieg zwischen der NATO und Rußland ausweitet“. Er sei aber „zuversichtlich, daß wir das vermeiden wer-den“, denn die NATO habe ihre Präsenz im Os-ten verstärkt und sei „so stark wie seit vielen Jahren nicht mehr“. Die Drohung war unmiß-verständlich.

Denn die weitere NATO-Verlagerung an die russische Grenze und die Behauptung, so stark wie lange nicht zu sein, bedeutet erhöhte Welt- und Atomkriegsgefahr. Das NATO-Vorgehen, das nun mit dem Eingreifen Rußlands am 24. Februar 2022 in den damals fast acht Jahre dauernden Krieg Kiews gegen die Bevölkerung des Donbass begründet wird, folgt einer stra-tegischen Planung, die den „Westen“ ausmacht. Sie begann unmittelbar nach dem Ende der UdSSR und setzte die letztlich jahrhundert-alte, seit dem 18. Jahrhundert verfolgte Politik der USA gegenüber Rußland fort. Der Rivale sollte und soll wegen seiner Größe und seines

bedingungslos USA-höriger, russophober und faschistischen Kräften zugeneigter Regimes in den baltischen Republiken, die NATO-Oster-weiterung seit Mitte der 90er Jahre, das Schü-ren der Tschetschenienkriege, das Ermuntern Georgiens zum Angriff auf die russischen Friedenstruppen in Südossetien 2008 und schließ-lich der vom Westen finanzierte Putsch von Nationalisten und Faschisten 2014 in Kiew. Der Boden dafür war in der Bevölkerung seit der Unabhängigkeit der Ukraine vorbereitet worden: Die Verherrlichung des Faschisten Stepan Bandera begann vor 30 Jahren, von den Schulen bis zu den Hochschulen wurde gelehrt, Rußland sei seit dem Mittelalter be-strebt, die ukrainische Bevölkerung zu unter-jochen, kulminierend im angeblichen Genozid durch Hunger in den Jahren 1932 und 1933 – eine primitive, aber in der Ukraine wirksame Geschichtsklitterung, die im Dezember 2022 vom Bundestag übernommen wurde. Diese Strategie der USA gipfelte in der Wei-gerung der NATO, Rußland eigene Sicher-heitsinteressen zuzugestehen. Angesichts dessen legten die Präsidenten der Volks-republik China und der Russischen Föder-ation, Xi Jinping und Wladimir Putin, am 4. Februar in einer gemeinsamen Erklärung den Ernst der entstandenen Weltlage dar: Die Hegemoniebestrebungen des Westens stellten

Aus dem Inhalt



Es gibt immer eine Alternative	2
Karte Europas wird neu gezeichnet	3
Lage im Ukraine-NATO-Rußland-Krieg	4
Rolle der NATO im Ukraine-Krieg	6
Erklärung Friedensratschlag	7
Schöne, neue Welt	9
Das besondere Datum: 9. Januar 1963	10
Wirtschaftsbeziehungen Deutschland-UdSSR 1933	11
„Zeitenwende“ auf lateinamerikanisch	12
Zwei Welten auf einem Planeten	13
Palästina und Israel	16
Nichts Neues aus Mali?	17
Zur Situation in Myanmar	19
Nachrichtenmanipulation	22
Führungsnation Deutschland	24
Wirtschaftskrisen im Kapitalismus	25
Armut per Gesetz	28
Frauen in Afghanistan (Rezension)	29
100. Geburtstag Marcus Wolf	32
Wachsendes Interesse für die UdSSR	34

Es gibt immer eine Alternative

Nachdem das ZDF-Wetten-daß-Format wieder auf dem Speiseplan des Senders steht, beteilige ich mich auch mit einem Wetten-daß-Beitrag. Als Reaktion auf den Raketeneinschlag im polnischen Przewodow funktionierten die bedingten Reflexe der westlichen Werte-Junta. Die Explosionen am 15. November wurden geradezu gierig von Zeitungen, Websites, Fernseh- und Hörfunksendern aufgegriffen. Die üblichen Verdächtigen mit Haubitzen-Marie (Marie-Agnes Strack-Zimmermann) an der Spitze schnappten den Köder – und verschluckten sich. Wirklich? Es waren die Russen, wer sonst?! Mich erinnert dies nicht zum ersten Mal an einen Brief Kurt Tucholskys an Walter Hasenclever, 18. Juni 1933, also zur Zeit des immer aggressiveren Antisemitismus. Tucholsky schrieb: „Sie wissen doch, daß viele deutsche Volkslieder mit einer Frage anfangen. Nun also so: ‚Was kommt dort von der Höh? Natürlich die Juden.‘ ‚Wer hat dich du schöner Wald? Natürlich die Juden. Und so in infinitum.‘“ „Horch, was kommt von draußen rein“ wäre ergänzend mehr als eine Frage. Spätestens als selbst der US-Präsident die Ereignisse anders bewertet hat, wäre auch ein Umsteuern in der Bewertung des Vorgangs fällig gewesen. Allzu offensichtlich war dies ein letztlich erbärmlich gescheiteter Versuch der Marionette in Kiew, die NATO in einen Krieg gegen Rußland hineinzuziehen. Hat er immer noch nicht begriffen, daß er an den Fäden Washingtons hängt?

Wer etwas vom Rudern versteht, wird wissen, daß ein Zurückrudern ein gewisses Maß an Steuerkunst, auch von Laien, voraussetzt. Lieber tritt man die Flucht gemeinsam mit Annalena Baerbock nach vorn an, die urteilt, wer auch immer die Rakete abgeschossen habe, verantwortlich seien die Russen, denn sie hätten ja schließlich die Ukraine angegriffen. Der Frage, wer den Krieg einerseits eingefädelt, vorbereitet und wer andererseits die unmittelbaren Kampfhandlungen begonnen hat, mag sich die eindimensional denkende Dame des Äußeren, erzogen im völkerrechtlichen Gehege des Westens, nicht stellen. Mit dieser ebenso schlichten wie falschen Diagnose begab sich Frau Baerbock in den Windschatten Washingtons. Die Frage gibt mir aber die Vorlage, mich mit dem Thema Schuld und Verantwortung etwas ausführlicher zu befassen. Beginnen will ich mit Denis Scheck, dem Literaturkritiker, der allmonatlich in der ARD zu vorgerückter Stunde Bücher bewerten darf und dabei die Guten ins Töpfchen legt, die Schlechten ins Kröpfchen wirft. Prominentestes Kröpfchen-Opfer ist übrigens Christa Wolf. Das Gespräch mit Jürgen Neffe, dem Autor der Karl Marx-Biographie „Marx. Der Unvollendete“ beendete Scheck mit dem Satz, den ich nicht im Wortlaut zitieren kann, der aber sinngemäß so lautete: „Das Resultat der Schriften von Marx und Engels waren Millionen Tote.“ Ich gehe einen großen historischen Schritt zurück und frage: Warum, zum Teufel – denn er war ja hinter der Schlange der eigentlich Verantwortliche –, haben Adam und Eva sich überreden lassen, den Apfel vom Baum der Erkenntnis zu verspeisen? Der Menschheit wäre doch ein im Wohlstand und Harmonie gesättigtes Leben auf ewig vergönnt gewesen.

Nach vielen nicht registrierten Jahrhunderten wurde dieser Satz geschrieben: „Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europas haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet, der Papst und der Zar, Metternich und Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten.“ Ein paar Zeilen weiter heißt es: „Der Kommunismus wird bereits



von allen europäischen Mächten als eine Macht anerkannt.“ Akzeptiert hingegen wurde dieser Satz nie, sonst hätte man nicht alle propagandistischen, politischen und nicht zuletzt militärischen Hebel bedienen müssen, um diese Macht möglichst für ewig auszuschalten. Die Aktualität des „Kommunistischen Manifests“ zeigt sich im ersten Satz: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ Der Plural ist wichtig. Die Autoren sagen damit, daß sie den Klassenkampf nicht nur als Konflikt zwischen Kapital und Arbeit verstehen, sondern ihn als Bedingung des gesamten historischen und gesellschaftlichen Prozesses interpretieren. Zwar geht es stets um Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse, doch haben sich diese auf den verschiedenen Ebenen ausgedrückt: als Kampf eines ganzen Volks gegen seine Bestimmung, zur Sklaverei verdammt zu sein, als anticolonialer Widerstand, als Kampf gegen die Unterdrückung der Rassen, als Kampf gegen nationale Bevormundung und für staatliche Unabhängigkeit. Warum nur haben die Völker, dem Liedtext folgend, die Signale gehört und die Internationale (Gemeinschaft) aufgerufen, nicht mehr Verdammte dieser Erde sein zu sollen? Warum wollten sie sich unbedingt ihrer Ketten entledigen und sich nicht mehr mit ihrem versklavten und geknechteten Dasein zufriedengeben und haben allen Widerständen den Trotz Verantwortung übernommen und – sich schuldig gemacht? Beides hat Dietmar Dath in einem Satz gebündelt: „Die Anklage von rechts verspreche ich an dem Tag ernstzunehmen, an dem diejenigen, die sie äußern, sich über das Blut, das für die Aufrechterhaltung privateigentümlicher Gesellschaften vergossen wird, so schockiert zu zeigen beginnen wie über das, das beim Versuch seiner Abschaffung vergossen wird.“

Aus seinem Buch „Die Sprache des Imperiums“ zitiere ich eine längere Passage des italienischen Marxisten und Philosophen Domenico Losurdo (S. 355): „Die älteste Demokratie der Welt, die von Gott auserwählte Nation, muß die Welt weiterhin auf den Weg der Freiheit führen, mit einer ‚Mission‘, die zeitlos ist. In Wahrheit ist diese Auffassung, wonach es ein einziges Volk gibt, dem das ewige Privileg zukommt, zu führen, während alle anderen Völker sich damit abfinden müssen, ewig geführt zu werden, gerade die Negation der Idee der Gleichheit und der Demokratie in den internationalen Beziehungen ... Tatsache ist, daß es nur die USA sind, die sich die ewige und göttliche Mission zuschreiben, überall auch mit Waffengewalt ‚Demokratie‘ und ‚freien Markt‘ zu erzwingen.“ Meine ironische Frage muß erlaubt sein, warum sich W. I. Lenin und Mao Tse-tung nicht mit den imperialen Besitztümern abgefunden und statt dessen die beiden größten anticolonialen Freiheitsbewegungen auf einen emanzipatorischen Weg geführt haben. Warum wollte sich China nicht mit einem zweiten Jahrhundert der Demütigung abfinden? Warum mußte die Sowjetunion unbedingt eine Atombombe bauen und mit dem Sputnik-Start die USA in eine Schockstarre versetzen?

Der dritte im Bunde ist Fidel Castro, der sich den ganzen Haß des nördlichen Nachbarn zugezogen hat, weil er seinen Vorgänger und Freund des Westens F. Batista verjagt hat? Mußte das sein? Die Schaufenster in Havanna wären doch heute mit amerikanischen Waren prall gefüllt. Die Bildungs- und Gesundheitspolitik Kubas würde dann allerdings kein Vorbild für viele Staaten des amerikanischen Subkontinents sein.

Wer also ist schuld, wer ist verantwortlich? Eine Frage, die wohl nicht von den gegenwärtigen, sondern nur von den künftigen Siegern beantwortet werden wird. Deshalb noch einmal Losurdo: „Es ist das Ansinnen Washingtons, sich zum universalen Richter aufzuschwingen; dieser Richter diktiert die universalen Regeln des Diskurses, die moralischen Anklagepunkte, die Sünden, vor denen man sich hüten muß, wenn man vermeiden will, unter Anklage gestellt zu werden.“ Dieser Anspruch steht allerdings im krassen Gegensatz zu den Worten W. Putins, der in einem Gespräch mit russischen Schülern gesagt hat, daß man im Umgang mit anderen Nationen unbedingt deren Geschichte, ihre Kultur, ihre Traditionen und ihre Lebensphilosophie berücksichtigen müsse. Diese Feststellung deckt sich exakt mit dem, was die chinesische Führung bis zum Überdruß dem westlichen Demokratieverständnis entgegenhält, indem sie betont, daß „sich historisch verschiedene Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens herausgebildet haben und nationale Besonderheiten respektiert werden sollten“. Damit wäre die Frage, wer denn eigentlich wen bedroht, so gut wie beantwortet. Wer den vom Westen beanspruchten universalen Alleinvertretungsanspruch „all inclusive“ in Zweifel zieht, ist per se der Aggressor, einer, für den die „internationale regelbasierte Ordnung“ nicht mehr als eine Propagandafloskel ist.

Hans Schoenefeldt

Karte Europas wird neu gezeichnet

RF dokumentiert auszugsweise einen Vortrag von Scott Ritter, ehemaliger Geheimdienstoffizier des US Marine Corps, den er auf der vom 2. bis 4. November 2022 durchgeführten Jahreskonferenz der Arbeitsgemeinschaft „Mut zur Ethik“ in den USA gehalten hat. Darin stellt er u. a. seine Sicht über die Folgen des Ukraine-Konflikts für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten dar.

Wenn wir über den Konflikt in der Ukraine sprechen, müssen wir verstehen, daß dies viel mehr als nur ein militärischer Konflikt ist. Es geht um viel mehr als nur darum, daß sich die russische Armee gegen das ukrainische Militär aufgestellt hat.

Sie wissen, daß eines der Dinge, die aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgingen, der Wunsch Europas nach dauerhaften Grenzen war. Die Karte Europas sollte nicht mehr neu gezeichnet werden. Damit wurde Schluß gemacht. Es ist noch nicht vorbei, man muß sich nur einmal die Ukraine anschauen. Es ist nicht nur so, daß die Krim für immer Rußland gehören wird, es ist nicht nur so, daß der Donbass für immer Rußland gehören wird. Ich glaube, dieser Krieg wird erst enden, wenn Neu-Rußland für immer Rußland ist.

Das Gebiet, das sich von Transnistrien und Moldawien über die südliche Ukraine erstreckt, wird Novo-Rossiya werden. Odessa, Cherson, Saporischschja, Charkiw und Dnipropetrovsk. Diese Gebiete werden nie wieder die Ukraine sein. Die Landkarte Europas wird neu gezeichnet, was andere Staaten dazu ermuntern könnte, eigene Vorstellungen von neuen Grenzen durchzusetzen. In Polen wird bereits darüber gesprochen, daß die Westukraine polnisch werden könnte. In Deutschland hört man Gerüchte, daß die Gebiete, die Deutschland am Ende des Zweiten Weltkriegs verlor, vielleicht wieder deutsch werden sollten. Und so geht es weiter und weiter. Die Dinge, von denen man annahm, daß sie nie wieder passieren würden, fangen an, sich zusammenzubrauen.

Ich glaube, am Ende des Kalten Krieges hat man in Europa erkannt, daß die Wahrscheinlichkeit eines umfangreichen Bodenkrieges in Europa gering bis nicht vorhanden ist. Man stellte also den Bau moderner Waffen und die Ausbildung ein; ihr Militär blieb in den Kasernen. Als die NATO vor ein paar Jahren beschloß, Kampfgruppen zu bilden, die in die baltischen Regionen und nach Polen geschickt werden sollten, um eine russische Aggression abzuschrecken, hatte Europa Schwierigkeiten, die Kräfte für diese Verstärkungsbataillone aufzubringen – wir sprechen hier von 1500 Mann. Deutschland, das während des Kalten Krieges über ein riesiges Militär verfügte, mußte seine Panzertruppen ausschlichten, um ein Bataillon nach Litauen zu bringen. Die Deutschen waren nur deshalb dazu imstande, weil sie alles andere ausgeschlachtet hatten. Jetzt spricht Jens Stoltenberg von der Notwendigkeit, eine 300 000 Mann starke Truppe aufzustellen. Und einer der Teile dieser Truppe wäre die Verstärkung dieser Bataillone zu Brigadeeinheiten. Woher sollen

sie die Männer nehmen? Woher sollen sie das Material nehmen? Wie sollen sie das machen? Die kurze Antwort lautet: Sie können es nicht. Europa ist als Papiertiger entlarvt worden. Das ist eine der Folgen dieses Konflikts.

Abgesehen davon, daß Europa nicht nur eine gescheiterte Wirtschaftsunion ist, ist die NATO auch ein gescheitertes Militärbündnis, das nicht in der Lage ist, einen bedeu-



Scott Ritter

tenden militärischen Konflikt mit einem Feind oder einem potenziellen Feind von der Stärke Rußlands auszutragen. Und noch etwas passiert hier: Erst waren die Vereinigten Staaten das Herz und die Seele des NATO-Verteidigungsbündnisses, aber als der Kalte Krieg endete und die NATO ihre Existenzberechtigung verlor, haben die Vereinigten Staaten, anstatt nach einem Weg zu suchen, dieses Relikt des Kalten Krieges aufzulösen, die Führung übernommen und die NATO in ein offensives Bündnis verwandelt. Man muß nur einen Blick auf den Kosovo-Krieg werfen, um zu verstehen, daß die NATO kein Verteidigungsbündnis war. Man muß sich nur die Intervention in Libyen ansehen, um das gleiche zu erkennen. Und was hat die NATO, eine transatlantische Sicherheitsorganisation, fast zwei Jahrzehnte lang in Afghanistan gemacht?

Nun haben die Vereinigten Staaten die NATO in einen entscheidenden Stellvertreterkrieg mit Rußland in der Ukraine geführt, in dem die NATO, wie jeder sehen kann, ihre militärischen Ressourcen weiter erschöpft. Unaufhörlich werden Ausrüstungsgüter in die Ukraine geliefert, nur um dann mit ansehen zu müssen, wie diese auf dem Schlachtfeld von Rußland zerstört werden, ohne daß es eine industrielle Kapazität gibt, um sie zu ersetzen.

Für die Vereinigten Staaten hat dieser Konflikt nun zur Folge, daß wir den Untergang der auf Regeln basierenden internationalen Ordnung beschleunigen, also jenes Clubs, den die Vereinigten Staaten am Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet haben. Sie bricht zusammen. Sie bricht in einer Phase zusammen, in der in der Welt die Erkenntnis wächst, daß Multipolarität notwendig ist, daß andere Nationen wichtig sind. Daß sich die Welt nicht nur um die Vereinigten Staaten drehen kann. Und dieser Kampf um die Multipolarität wird von Rußland und China angeführt, aber auch Indien, Brasilien, Südafrika und andere Nationen sind auf dem Vormarsch. Die Geschichte der Welt zeigt, daß es einen evolutionären Prozeß gibt und Imperien verschwinden. Aber was wir hier sehen, ist nicht das *Schwinden* des amerikanischen Imperiums, sondern der *Zusammenbruch* des amerikanischen Imperiums. Und eine der Folgen dieses Konflikts ist, daß die Vereinigten Staaten feststellen, daß ihre Rolle in der Welt in diesem Augenblick zusammenbricht. Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Europäische Union haben strategisch auf allen Ebenen versagt, politisch, wirtschaftlich und militärisch. Der Gewinner ist Rußland.

Zum Glück für die Vereinigten Staaten und die EU hat Rußland nicht die Art von globalen Dominanzbestrebungen, die die Vereinigten Staaten und die NATO haben. Rußland strebt lediglich einen neuen europäischen Sicherheitsrahmen an, der das respektiert, was Rußland als seine legitimen nationalen Sicherheitsinteressen ansieht. Und das wird die Zukunft sein. Ein entscheidender russischer Sieg wird Europa letztlich dazu zwingen, seine selbstmörderische Umarmung der NATO und ihre ewige Rolle als verlängerter Arm der amerikanischen nationalen Sicherheitspolitik aufzugeben und statt dessen eine realistische Verständigung mit Rußland darüber anzustreben, wie die EU und Rußland friedlich nebeneinander leben können, zwar nicht als Freunde, denn die EU hat meiner Meinung nach für immer oder für die absehbare Zukunft die Chance verpaßt, ein Freund Rußlands zu sein. Rußland wird der Europäischen Union nie wieder vertrauen. Sie könnten aber friedlich koexistieren.

Das ist offensichtlich das Ziel Rußlands. Der Verlierer in all dem werden langfristig die Vereinigten Staaten sein, der Gewinner von all dem wird langfristig der Rest der Welt sein. Denn je eher die Vereinigten Staaten gezwungen werden können, von ihrer selbstgewählten Rolle als globaler Hegemon zurückzutreten, desto eher wird die Welt in der Lage sein, die Vereinigten Staaten an den Tisch einer multipolaren Ordnung einzuladen, in der Rechtsstaatlichkeit an die Stelle der auf Regeln basierenden internationalen Ordnung tritt.

Übernommen von www.zeit-fragen.ch,
3. November 2022

Eskaliert der Ukraine-NATO-Rußland-Konflikt?

Zur Lage

Die unrealistisch und daher betrügerisch agierenden „Militärexperten“ sowie andere Strukturen und Kriegstreiber des kollektiven Westens verzerren die reale militärische Lage. Sie behaupten, daß die Truppen von Ukraine und NATO die russischen Streitkräfte in Cherson und an anderen Abschnitten zurückgeschlagen hätten, daß Letztere demoralisiert seien, Putin vor der Ablösung stehe und daß der Sieg der Ukraine/NATO-Streitkräfte nur eine Frage der Zeit sei. Mit diesen falschen Einschätzungen täuschen und erpressen die westlichen Regierungen ihre Bürger, um die ausufernden Mittel (über 60 Milliarden US-Dollar, Tendenz ansteigend) zur Aufrechterhaltung und Weiterführung des Ukraine-NATO-Rußland Konflikts sowie zur Eskalation der Kampfhandlungen auf russisches Territorium unbeschadet bewilligt zu bekommen. Realistisch denkende Militärexperten der Seiten des Konfliktes kommen zu der Meinung, daß die Lage nach über neun Monaten verlustreicher Kämpfe in der Ukraine mit verheerenden Wirkungen auf das Land und die Menschen sowie von eskalierenden Anschlägen und Terrorakten auf das Territorium der Russischen Föderation (RF) und von vernichtenden russischen Gegenschlägen gekennzeichnet ist. Dazu zählen die in den letzten Wochen gegenseitig durchgeführten immer blutiger werdenden Angriffs- und Verteidigungsgefechte entlang der gesamten Frontlinie, wobei sich Letztere, allerdings erst in letzter Zeit, meist mit leichten Vorteilen für Rußland veränderte. Dazu der US-Militärexperte Macgregor: Entgegen der in den westlichen Medien verbreiteten Darstellung des ukrainischen Sieges, die jede Information, die ihr widerspricht, blockiert, wird die Ukraine diesen Krieg nicht gewinnen. Die monatelangen sinnlosen und verlustreichen Angriffe der Ukraine im Südosten haben die ukrainischen Kräfte gefährlich geschwächt. Die bisherigen Kampfhandlungen haben weder der ukrainischen noch der russischen Seite Durchbrüche oder größere Vorteile und demzufolge auch nicht die Erfüllung der total gegensätzlichen Ziele gebracht. Sie lassen aber erkennen, daß die dringend notwendige Beendigung und Deeskalation des Konflikts derzeit unrealistisch ist. Die ständige Einführung von neuem Personal und die Bereitstellung von immer mehr Waffen durch die Seiten sowie die US-genehmigte Ausdehnung der Kampfhandlungen durch die Ukraine auf russisches Territorium, lassen im Moment nur den Schluß zu, daß sich der Konflikt in einer Eskalationsphase befindet.

Wie ist die gegenwärtige Realität im Ukraine-NATO-Rußland-Konflikt?

In der Winterperiode, in der es zur Zeit viel Nässe und Schlamm gibt und die Temperaturen unter null Grad sinken, sind die Bedingungen für die Kämpfenden beider Seiten unerträglich. Die meisten der die Kampfhandlungen der Ukraine unterstützenden Stromnetze wurden als Antwort Rußlands auf die häufigen Terroranschläge durch die

russischen Streitkräfte (RF-SK) zerstört. Dennoch gibt es beiderseitig unnachgiebige und daher auch sehr blutige Gefechte um die Erweiterung bzw. Verteidigung von beanspruchten Territorien. Die Kämpfe haben durch die gegenseitigen Artilleriegefechte ein solches Ausmaß angenommen, daß die Toten und Verletzten auf der meist angreifenden ukrainischen Seite mit LKW-Kolonnen abtransportiert werden müssen. In Charkow und bei den Kämpfen um Krasny Liman wurden dabei tausende schlecht ausgebildete und ausgerüstete Kämpfer der territorialen Verteidigung der Ukraine, aber auch ca. 400 Polen sowie US-Amerikaner, Briten, Deutsche u. a. ausländische Soldaten und Söldner außer Gefecht gesetzt, während die russische Armee zwar viel Technik zurücklassen mußte, aber kaum Tote und Verletzte und somit die Träger der Kampfkraft – die Soldaten – erhalten konnte. Der durch seine realistischen Analysen bekannte ukrainische Blogger J. Podoljaka erklärte: Die Ergebnisse dieser Gefechte gingen so aus, wie sie ausgingen, weil die Lösung der Koordinierungsprobleme zwischen den Truppenteilen zu taktischen Vorteilen bei der russischen Kampfführung führte. Die neuen Lenk- und Leitmethoden der Artillerie sind es, die mit der Zunahme der Echtzeitreaktion und Präzision für die massiven Verluste beim Gegner sorgen. Das konnte besonders wegen der gesättigten Ausrüstung der RF-SK mit wirksamen Drohnen erreicht werden. Trotz der in diesen bergigen Regionen im Osten der Ukraine über acht Jahre nach NATO-Standard ausgebauten, mehrfach gestaffelten militärischen Stellungen, die als uneinnehmbar galten, zeigen sich durch den dauerhaften und wirkungsvollen russischen Artilleriebeschuß ernsthafte Schwachstellen in den ostukrainischen Verteidigungssystemen. Die ukrainischen Stellungen, die vornehmlich von den ASOW-Nazi-Bataillonen, von „beurlaubten“ NATO-Soldaten sowie Söldnern gehalten werden, konnten bis vor kurzem noch relativ normal logistisch versorgt werden, da die Streitkräfte der Russischen Föderation (SK



Der US-Spionagesatellit ORS 1 und seine Nachfolger wurden ab 2011 vor allem über Afghanistan eingesetzt

der RF) zeitweilig nicht über ausreichendes Potenzial verfügten und das Land nicht den notwendigen politischen Willen zur Zerstörung der ukrainischen Nachschubwege aufbrachte. Da die russische Seite nach dem Einsatz des neuen Kommandierenden, General Surowikin, nun auch schwer überwindbare Verteidigungslinien aufbaut, nach und nach ihren Mangel an Personal durch die mit der Teilmobilmachung bereitgestellten Reservisten beseitigt und die Waffen immer besser den Gefechtsanforderungen (nach syrischen Erfahrungen) quantitativ und qualitativ angepaßt werden, hat die Ukraine/NATO-Seite, die inzwischen Schwierigkeiten beim Nachschub mit Waffen, Munition und Treibstoffen sowie durch Energiemangel hat, Probleme, die Angriffe der russischen Streitkräfte abzuwehren. Letzteres gelingt ihnen z.B. um Bachmut immer weniger. Hier wird in absehbarer Zeit ein nachhaltiger Durchbruch der russischen Seite erwartet. Besonders effektiv handeln in diesem Raum die Söldner der Gruppen Wagner und Kadyrow sowie die russische Artillerie. Während die ukrainische Artillerie wegen Munitionsmangels täglich nur 2 000 bis 7 000 Schuß abgeben kann, bringt es die RF auf 20 000 bis 50 000 Schuß.

Es ist erkennbar, daß die Sicherstellung mit US-Echtzeitdaten aus dem Kosmos dem Ende entgegengeht. Anfang Dezember wurde durch rumänische Militärs festgestellt, daß es plötzlich über dem gesamten Schwarzen Meer zu einer fast vollständigen funkelektronischen Unterdrückung der US-Aufklärungssatelliten und auch des muskschen Kommunikationssystems „Starlink“ in einem breiten Frequenzbereich kam. Dadurch wurden die Truppenführung und Waffenlenkung der von der NATO geführten ukrainischen Truppen stark behindert. Auslöser dafür soll ein neues sehr leistungsfähiges russisches System des funkelektronischen Kampfes sein, welches die US-Satelliten erfolgreich blendet. Außerdem kam es in letzter Zeit zu örtlichen Störungen des GPS-Systems, wodurch die gezielte Lenkung der mobilen Kampftechnik des Gegners stark erschwert wurde.

Zu Schwierigkeiten und Problemen beider Konfliktseiten und deren Überwindungsversuche

Zu Schwierigkeiten und Problemen beider Konfliktseiten und deren Überwindungsversuche

Zu verweisen ist darauf, daß die russischen Streitkräfte Probleme bei der Bereitstellung von genügend gut ausgebildeten und ausgerüsteten Soldaten sowie von modernen Waffensystemen in großen Stückzahlen hatten und weiterhin haben. Das betrifft den Mehrzwecküberlegenheitsjäger der 5. Generation Su 57, den Panzer T 14 „Armata“, eigene Kampfdrohnen, modernisierte Artillerie und Mehrfachwerfer großer Reichweite u.a., wodurch es zu unnötig hohen personellen Verlustzahlen kam. Diese Schwachstelle wird derzeit durch den Masseneinsatz von weniger modernen Waffensystemen – nicht ohne Erfolg – beseitigt.

Der Präsident der Russischen Föderation hat zur perspektivischen Lösung des Personalproblems neue Gesetze für weitere mögliche

Mobilisierungen und für die Anwerbung und den Einsatz von Söldnern (als Söldner bieten sich Freiwillige aus Mittelasien, Syrer, Iraner, Nordkoreaner u.a. an) erlassen. Der Beschuß Rußlands durch vom Westen bereitgestellte und von der Ukraine eingesetzte weitreichende Raketen- und Drohnensysteme kann für Rußland zu großen Schwierigkeiten, aber für die Ukraine zum Existenzverlust führen.

Probleme auf ukrainischer Seite entstehen vor allem aus der Tatsache, daß Staat und Armee fremdbestimmt sind und sich in totaler finanzieller Abhängigkeit vom kollektiven Westen befinden. Größte Schwierigkeiten ergeben sich für den Staat, die Armee und die Bürger des Landes aus der gezielten Zerstörung der Energie-, Wasser- und Transportnetze. Ein Hauptproblem besteht in der Verringerung der Wirksamkeit des einzigen noch über der Ukraine funktionierenden US-Kommunikationssystems „Starlink“, weil sich dadurch die Kampffähigkeit der Ukraine-NATO-Streitkräfte verschlechtert. Dazu kommen noch (nach der bereits vierten Mobilisierung der Ukraine) die begrenzten personellen Ressourcen, der Mangel an Waffen und Munition und deren schwer zu handhabende Vielfalt, die schwindenden Möglichkeiten der stark bekämpften ukrainischen Industrie zur Unterstützung der Armee. Dies alles führt weiterhin zu unkalkulierbar hohen personellen Verlusten der ukrainischen/NATO-SK. Dieser hohe Blutzoll wurde besonders durch die im Westen ausgebildeten Ukrainer erbracht (23 000 durch die USA, 22 000 durch GB). 33 000 befinden sich derzeit zur Umschulung in Polen, die von Kanada, Litauen und Schweden bezahlt werden. Westeuropa will 15 000 weitere Ukrainer in Polen umschulen lassen.

Die SK der RF verfügen, trotz aller bei der Spezialoperation gemachten, aber auch abgestellten Probleme über eine große sichtbare Schlagkraft. Die russische Seite hat die Resultate der Kampfhandlungen laufend analysiert und den Erfordernissen des Gefechts angepaßt. Die in die Russische Föderation (RF) integrierten Republiken werden von den SK der RF in schweren Kämpfen vollständig befreit und verteidigt. Diese Kämpfe sowie der Energie- und Wassermangel treiben die Ukrainer in ruhigere Gebiete im Inland oder ins Ausland.

Rußland war in der Lage, eine Gegenstrategie, die die westlichen Sanktionen absorbierte und diese effektiv gegen deren Urheber richtete, zu entwickeln. Und so befinden sich die Ukraine und die EU heute in einem kritischen Zustand, mit dem Potenzial zu einem wirtschaftlichen Kollaps.

Eskalierendes

Am 5.12.22, 4.00 und 6.00 Uhr, hatte Rußland es mit Anschlägen auf strategische Flugplätze bei Rjasan (566 km) und Engels (700km) zu tun, von welchen die strategischen Bomber Tu 22 M3, Tu 95 MS und Tu 160 M zu Einsätzen in die Ukraine starten. Drei Soldaten sollen getötet und fünf verletzt worden sein. Zwei Tu 95 MS sind äußerlich beschädigt. Dazu soll die Ukraine sowjetische strategische Drohnen Tu-141-143 der Typen „Strishi“, die zu Kampfdrohnen modernisiert

worden sind und eine Reichweite von ca.1000 km haben, eingesetzt haben. Diese Operationen können, wegen der notwendigen kosmischen Aufklärungsdaten und Zielkoordinaten, nur mit Hilfe der USA durchgeführt worden sein. Diese Angriffe sowie weitere Diversionsakte im Gebiet Kursk der RF auf Energie- und Militärobjecte (insgesamt 70) eskalieren den Konflikt. Die US-Amerikaner, die z. Z. offiziell keine direkte KW-Auseinandersetzung mit der RF wollen, schicken mit der Genehmigung des Beschusses russischer Territorien die Ukraine vor, um die russischen Reaktionen darauf zu testen.

Um von den häufigen negativen Nachrichten über die militärische Lage und das Volk der Ukraine von seinen Leiden abzulenken sowie den Gegner in Chaos zu versetzen, nutzen die Geheimdienste der Ukraine und des Westens Terroroperationen und Diversionsanschlüge gegen die russischen Truppen, die Krim und Kernrußland, wobei sie von der NATO und von Willigen politisch sowie mit Fachwissen und technologisch unterstützt wurden und werden. Diese Aktivitäten sollen den Ukraine-NATO-SK dabei helfen, solche Ziele zu erfüllen wie:

- die militärische Auseinandersetzung auf russisches Territorium auszudehnen,
- Rußland schmerzliche Verluste zuzufügen,
- die NATO in aktive Kampfhandlungen gegen Rußland zu verwickeln,
- den Rückzug der SK der RF aus der Ukraine zu erreichen.

Putin reagierte auf die jüngsten Provokationen mit folgender Erklärung: Die Luftverteidigung (LV) der RF arbeitete in den betroffenen Gebieten immer noch im Friedensregime, welches sofort auf „Krieg“ umorganisiert und aufgerüstet wird (verstärkter Einsatz der modernen Fla-Raketen-Komplexe (FRK) mittlerer Reichweite S-350 „Witjas“ u. a. LV-Mittel). In der Nähe von wichtigen militärischen und staatlichen Objekten wurden Antidiversiongruppen aufgestellt. Es werden auch neue technologische Lösungen zur Anwendung kommen. So erfolge auch ein Verbund der LV-Mittel mit den neuesten Systemen des funkelektronischen Kampfes (FEK). Die Russische Föderation denke darüber nach, ob sie die US-Theorie eines „Präventivschlages“ und eines „entwaffnenden Schlages“ zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit nicht übernehmen sollte.

Dazu der russische Nationalist V. Alksnis: Die KW-Doktrin der RF sieht bei Angriffen auf die KW-Triade des Landes eine Antwort mit taktischen Kernwaffen vor, die er einforderte. Er bemängelte die bisherige „Unentschlossenheit“ Putins. Es sollte schnellstens ein Exempel in der Ukraine an einem verbunkerten Objekt mit konventionellen Waffen vorgenommen und gleichzeitig an den kollektiven Westen und an die Ukraine ein hartes Ultimatum gesendet werden, welches die Aufgabe dieser Provokationen einfordert. Und überhaupt sollte man weniger mit paniksteigernden Kommentaren arbeiten und stattdessen die weitere Einbringung des Landes in den Krieg voranbringen. Dazu gibt es noch viel Klärungsbedarf bei den SK der RF, beim Staat und bei den inneren und äußeren Feinden Rußlands.

Bereitet die RF eine Gegenoffensive vor?

Hierzu sei nochmals Macgregor zitiert, der davon ausgeht, daß Rußland sich derzeit auf eine massive Gegenoffensive vorbereitet. Die Mobilisierung von 300 000 Mann sei abgeschlossen, und über 180 000 von ihnen sind jetzt in Kampfformationen hinter den russischen Linien stationiert. Die restlichen 120 000 Soldaten werden in Kürze eintreffen. Damit erhöht sich die russische Gesamtstärke auf etwa 30 Divisionen. (Dazu kommen ca. 20 000 Mann der Wagner- und 25 000 der Kadyrow-Gruppierung sowie ca. 15 000 gut ausgerüstete und erfahrene Soldaten aus Cherson – d.A.)

Die kommende Offensivphase des Konflikts wird einen Einblick in die neu entstehenden russischen Streitkräfte und ihre künftigen Fähigkeiten geben. Die Zahl des Personals wächst weiter, aber es gehören auch bereits 1 000 Raketenartilleriesysteme, tausende von taktischen ballistischen Raketen, Marschflugkörpern und Drohnen sowie 5 000 gepanzerte Kampffahrzeuge, darunter mindestens 1 500 Panzer, hunderte von Flugzeugen, Hubschraubern und Bombern dazu. Diese neuen Streitkräfte haben nur noch wenig mit der russischen Armee gemein, die vor neun Monaten, am 24. Februar 2022, in den Konflikt eingriff.

In der Zwischenzeit ist die ukrainische Truppenstärke aufgrund der hohen Opferzahlen und der Überlastung stark geschrumpft. Sollte die russische Gegenoffensive erfolgreich sein, würde Rußland die Kontrolle über die gesamte Küste vom Asowschen bis zum Schwarzen Meer erlangen. Die Ukraine würde als Rumpfstaat zwischen Kiew und Lwiw zurückbleiben und die Hauptindustrien würden zu Rußland gehören. Würden die USA einer solchen Entwicklung tatenlos zusehen? Da die USA über erhebliche militärische Mittel verfügen, darunter auch Kernwaffen, ist die Gefahr des Einsatzes solcher Mittel ähnlich groß wie zur Zeit der Kubakrise.

Resümee

Ganz offensichtlich ist, daß die Fortsetzung der eskalierenden Strategie der USA, der NATO und der Ukraine in diesem Konflikt zur Verschlechterung der westlichen Verhandlungspositionen und zu größeren Opfern und Verlusten auf den Seiten führen wird.

Für die politische Einordnung dieses Konfliktes ist es wichtig zu erkennen, daß es hauptsächlich die USA sind, die ihre Vorstellungen von einer unilateralen Weltordnung nun militärisch umsetzen wollen. Diese Kräfte sind die wirklichen Kriegstreiber und schrecken nur wegen der Gefahr der eigenen Vernichtung vor einem Kernwaffeneinsatz noch zurück. Sie sind die Kriegsgewinnler, während die EU-Europäer und die Ukrainer die Hauptverlierer sind.

Es ist höchste Zeit, daß die NATO-Staaten ihre Strategie korrigieren und Verhandlungen mit Rußland zur Einstellung der Kampfhandlungen und der Aushandlung entsprechender Bedingungen zur Beendigung des eskalierenden Konflikts sowie zu russischen Sicherheitsfragen beginnen.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Die NATO und ihre Beteiligung am Krieg in der Ukraine

Hier geht es einmal nicht um die Frage, wie der Westen den Krieg in der Ukraine gestiftet hat, sondern wie er ihn heute weiterbetreibt. Man muß einen Blick auf veröffentlichte Dokumente werfen, um zu erkennen, wie weit diese Beteiligung geht.

Dabei muß man ins Gedächtnis rufen, daß die Ukraine kein Mitglied dieser Militärallianz ist und sie noch nicht einmal Beistandsverträge mit irgendeinem der Staaten besitzt, die sich nun so eifrig einmischen. Es ist inzwischen in vielen Fällen (wie bei den HIMARS-Raketenwerfern) sogar fraglich, ob überhaupt noch Ukrainer diese Gerätschaften bedienen, und es nicht längst „Freiwillige“ aus NATO-Armeen sind.

Wie ist es denn zu werten, wenn eine deutsche Panzerhaubitze – bedient von, sagen wir einmal, polnischen Söldnern – anhand einer solchen von der NATO gelieferten Zielliste ein russisches Ziel beschießt? Ist das immer noch keine Beteiligung? Oder wer ist da beteiligt, nur der Staat, aus dem die Bedienmannschaft stammt, der Staat, der das Geschütz, oder der Staat, der die Koordinaten liefert? Momentan ist es womöglich nur der Staat, auf dessen Boden das Geschütz steht ...

Tatsächlich wird hier der zweite Grund sichtbar, aus dem die USA die Ukraine als Schauplatz ihres Krieges gegen Rußland gewählt haben. Der erste war die noch vorhandene sowjetische Rüstung, die zumindest am Anfang das ganze Unternehmen für die NATO sehr kostengünstig gestaltete (von der Tatsache ganz zu schweigen, daß sie diese Mengen Material schon nicht hätte aufbringen können). Der zweite aber ergibt sich einzig aus der Tatsache, daß die Ukraine nicht Mitglied der NATO ist. Wäre sie es bereits, wäre dies ein offen geführter Krieg der NATO gegen Rußland, wären auch die technischen Aufklärungsmittel der NATO Ziele, und die Menge der Daten, die an die ukrainischen Truppen (oder welche auch immer) weitergereicht werden könnten, ginge deutlich zurück. So wird ein Land, dessen eigene militärische Kapazitäten deutlich geringer sind, mit Fähigkeiten ausgestattet, wie sie nur ein hoch technisiertes Land besitzt. Während gleichzeitig die „Spender“ dieser Daten ihre Hände in Unschuld waschen.

Wie gesagt, die veröffentlichten Dokumente erwecken zumindest den Eindruck, daß Volumen und Genauigkeit der Daten seit Anfang des Konflikts deutlich zugenommen haben. Das mag allerdings täuschen, weil sie immer nur von einzelnen Tagen stammen. Klar ist aber: Mit eigenen Mitteln hätte die Ukraine nur einen Bruchteil dieser Zielliste erstellen können, und das nur unter beträchtlichem Aufwand. Der Krieg in der Ukraine wäre ohne diese Beteiligung längst vorüber. Und selbst diejenigen in Westeuropa, die auf ihrer „Solidarität mit der Ukraine“ bestehen, sollten irgendwann darüber nachdenken, ob ein frühes Ende nicht besser gewesen wäre. Nicht nur, weil es die ukrainische Souveränität, die sie angeblich zu verteidigen wünschen, gar nicht gibt, weil

das Land auch jetzt von außen regiert wird; schließlich wurde selbst im Westen inzwischen bestätigt, daß die Verhandlungen im März in Istanbul ohne das Eingreifen von Boris Johnson erfolgreich gewesen wären.



**Gebiet Saporoshe, 4. Juli 2022:
Ein HIMARS-Raketenwerfer feuert.
Wer bedient das Waffensystem?**

Nein, es wird so getan, als habe die Misere, in der sich die Ukraine inzwischen befindet, rein gar nichts mit dieser westlichen Unterstützung zu tun. Ohne die zusätzlichen Waffen und – vor allem – die zusätzlichen Daten wäre der Krieg, wie schon erwähnt, vorüber gewesen, ehe die Infrastruktur größeren Schaden erlitten hätte. Es wäre nicht zur freundlichen Sprengung der Nord-Stream-Pipelines gekommen und ein großer Teil der Flüchtlinge wäre bereits wieder zurückgekehrt. Zehntausende junger ukrainischer Männer wären noch am Leben und Europa würde nicht deindustrialisiert.

Aber erst vor kurzem hielt es die Bundesregierung sogar für erforderlich, die Aussage von Boris Johnson in einem Interview mit dem kanadischen CNN, die Deutschen seien für ein schnelles Ende gewesen, hochoffiziell zu dezentieren. Als wäre der schlimmste Vorwurf, den man ihr machen könnte, der, einen Anflug von Vernunft zu zeigen. Statt dessen fordert der CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter, man solle endlich Leopard-Panzer an die Ukraine liefern.

Dahinter verbirgt sich ein grenzenloses Vertrauen darauf, daß Rußland den Schein weiterwahrt und zwar davon redet, es handele sich um einen Krieg gegen die NATO, aber nicht danach handelt. Tatsächlich wird die zutiefst unmoralische Verlängerung des Krieges der europäischen Bevölkerung als von Werten geleitete Handlung verkauft, während das Vorgehen der russischen Armee, die stets das Vermeiden ziviler Opfer im Blick hat, als „Vernichtungskrieg“ etikettiert wird. Das ist ein Akt der Heimtücke sowohl Rußland als auch den eigenen Bevölkerungen gegenüber, deren Verarmung als unvermeidliche Folge einer vermeintlich edlen Unterstützung der vermeintlich unschuldigen Ukraine dargestellt wird.

Dabei sollten sich die Politiker des Westens darüber klar sein, daß die russische Zurückhaltung – die darin besteht, auf diese Beteiligung nur rhetorisch, aber nicht militärisch zu reagieren – ein Vorteil von begrenzter Dauer sein kann. Nicht nur, weil solche halb verdeckten Beteiligungen an Kriegen historisch eine fatale Tendenz haben, doch zu offenen Beteiligungen zu werden – das kann man in der Geschichte des Vietnamkriegs nachlesen. Gerade, wenn diese halb verdeckte Beteiligung ihr angestrebtes Ziel erreichen sollte, die Kosten für Rußland in die Höhe zu treiben, ist irgendwann der Punkt erreicht, an dem diese Zurückhaltung keinen Sinn mehr macht, weil die dadurch in Kauf genommenen Nachteile zu groß werden.

Man kann eine ganze Reihe von Gründen für diese Zurückhaltung anführen:

Daß die Verbündeten der Entwicklung folgen können müssen. Wie wichtig dieser Punkt ist, zeigte sich daran, daß die Teilmobilisierung erst nach dem Treffen in Samarkand erklärt wurde.

Daß zumindest Rußland das Risiko einer nuklearen Eskalation so weit wie möglich begrenzen will.

Daß vielleicht irgendwo doch noch auf einen Sieg der Vernunft in Westeuropa gesetzt wird. Aber inzwischen dürfte außerhalb der westlichen Blase jedem klar sein, wer da wirklich gegen wen kämpft, so daß der erste Punkt an Bedeutung verliert. Die Hoffnung auf Vernunft im Westen schrumpft von Tag zu Tag, und Erklärungen wie jene, Rußland sei ein Staat, der den Terrorismus fördert (eine unglaubliche Dreistigkeit seitens einer EU, die nach wie vor syrische Terroristen finanziert), tragen bestens dazu bei, diesen Prozeß zu beschleunigen. Und Provokationen wie jene mit der ukrainischen Rakete, die auf Polen abgeschossen wurde, lassen an der Wirksamkeit dieser Selbstbeschränkung zweifeln.

Es ist ein geradezu unglaublich infantiles Verhalten zu meinen, man könne seinem Gegenüber unbegrenzt gegen das Schienbein treten, nur weil es unter dem Tisch passiert. Diese Dokumente zeigen, daß die NATO bereits mindestens bis zur Halskrause im Krieg in der Ukraine steckt, wenn nicht bereits bis zu den Augenbrauen. Es mag sein, daß sich Rußland das noch lange gefallen läßt; immerhin ist es eine recht bequeme Methode, die NATO zu demilitarisieren, indem man sie ihre Ausrüstung gewissermaßen vor die Haustür bringen läßt. Aber die ganze Politik auf dieser Erwartung aufzubauen, immer noch eins draufzulegen und keinen Gedanken daran zu verschwenden, wie man anders als mit einer völligen eigenen Niederlage aus dieser Nummer wieder herauskommt, das ist Hybris von wahrhaft weltgeschichtlichem Ausmaß.

Dagmar Henn

Redaktionell gekürzt

Quelle: www.globalllookpress.com

Unterwegs zu einer neuen Weltordnung – Für Kooperation statt Konfrontation!

Der 29. bundesweite Friedensratschlag fand am 10./11. Dezember 2022 in Kassel statt. RF dokumentiert seine Abschlusserklärung.

Die alte unipolare, von den USA dominierte Weltordnung geht zu Ende. Die USA und ihre Verbündeten versuchen, diese Entwicklung mit allen Mitteln aufzuhalten. Auf die Gefahr eines großen Krieges hin, intensivieren sie ihren Stellvertreterkrieg in der Ukraine gegen Rußland und zündeln gleichzeitig mit gegen China gerichteten militärischen Aktivitäten im Pazifik und Provokationen um Taiwan. Der ab Februar ausgeweitete Wirtschaftskrieg verschärft weltweit Hunger und soziale Ungleichheit und konterkariert den Kampf gegen den Klimawandel.

Donbass-Republiken. Dieser gesamte Hintergrund darf bei der Beurteilung des völkerrechtswidrigen Einmarsches Rußlands nicht außer acht gelassen werden und zeigt, wo Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine ansetzen müssen.



Der frühere UN-Diplomat Hans-Christoph von Sponeck am 11. Dezember 2022 auf dem Friedensratschlag in Kassel

Die USA und ihre Verbündeten torpedierten dagegen die erfolversprechenden Verhandlungen in Istanbul Ende März und drängen Kiew auch nach neun Monaten Krieg dazu, auf keinen Fall ernsthafte Bereitschaft zu Verhandlungen zu zeigen. Sie sehen in einem längeren Krieg die Gelegenheit, den Rivalen entscheidend zu schwächen und in Verbindung mit einem beispiellosen Wirtschaftskrieg zu „ruinieren“ (Außenministerin Baerbock). Indem sie mit immer schwereren Waffen, Militärberatern, Ausbildern, Feindaufklärung, Geheimdienstinfos und Söldnern zunehmend in den Krieg einstiegen, verhalten sie den ukrainischen Truppen zu Erfolgen, allerdings unter hohen Verlusten. Die russische Armee reagierte mit massiven Angriffen auf die Infrastruktur.

Wie der Einschlag ukrainischer Abwehr raketen in Polen zeigte, kann der Krieg jederzeit in einen größeren eskalieren. Es wächst mit jedem Tag nicht nur das Risiko von Atomwaffeneinsätzen, sondern auch das einer nuklearen Katastrophe durch Angriffe auf AKWs im Kriegsgebiet.

Wir fordern von der Bundesregierung und der EU, den Krieg nicht länger mit Waffenlieferungen und Propaganda zu befeuern, sondern sich ernsthaft um einen Waffenstillstand und Verhandlungen ohne Vorbedingungen zu bemühen.

Die Ampelregierung fährt einen Kurs geradewegs in den Abgrund. Gemeinsam mit den Partnern in der EU sorgt sie mit dem Streben nach möglichst vollständiger wirtschaftlicher Abkopplung von Rußland für Lieferengpässe und Preisexplosionen bei Öl und Gas, für steigende Lebenshaltungskosten und einen absehbaren Absturz der Wirtschaft.

Gleichzeitig will sie mit gigantischen Rüstungsvorhaben Deutschlands Großmachtrolle weiter ausbauen und die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Militärmacht Europas machen. Mit der anvisierten Steigerung der Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts drohen diese sich in wenigen Jahren auf 100 Milliarden Euro zu verdoppeln – Gelder, die wir dringend für die Überwindung der drängenden Probleme in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Umwelt und Klima benötigen.

Wir fordern, daß die Bundesregierung diesen friedensgefährdenden und unsozialen Kurs verläßt und abrüstet!

Wir wenden uns gegen Waffensysteme wie die Hyperschallwaffen, die für die USA und die NATO die Option eines Enthauptungsschlages – wie in den 80er Jahren die Pershing II – gegen Rußland eröffnen.

Die Bundesregierung darf der Stationierung der US-Hyperschallraketen und anderen Mittelstreckenraketen nicht zustimmen. Sie muß dem Atomwaffenverbotsvertrag der UNO beitreten und die Truppenstationierungsverträge kündigen!

Die Bundesregierung will sich nun den vor über einem Jahrzehnt begonnenen US-amerikanischen Bestrebungen, China militärisch einzuhegen, mit der Bundeswehr anschließen. Ein Wettüben des Westens gegen das Tandem China-Rußland ist ein Irrweg, der mit dem Untergang der Menschheit enden kann.

Die unvermeidlichen Widersprüche müssen am Verhandlungstisch gelöst werden. Die Zeit der Klimakatastrophe, des weltweiten Hungers bei gleichzeitigem Anstieg der Weltbevölkerung verlangt dringend nach Kooperation statt immer mehr Konfrontation.

Wir treten daher ein für eine Friedensordnung der gleicher gemeinsamen Sicherheit, für Vereinbarungen und Strukturen, die die Sicherheitsinteressen eines jeden Staates berücksichtigen. Statt einer auf Hochrüstung und Abschreckung ausgerichteten NATO benötigen wir eine UNO und eine OSZE, die – von westlicher Dominanz befreit – handlungsfähiger werden.

Wir müssen uns zudem dafür einsetzen, daß die neue multipolare Weltordnung den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit, der internationalen Solidarität, der Demokratie und der ökologischen Nachhaltigkeit verpflichtet sein wird.

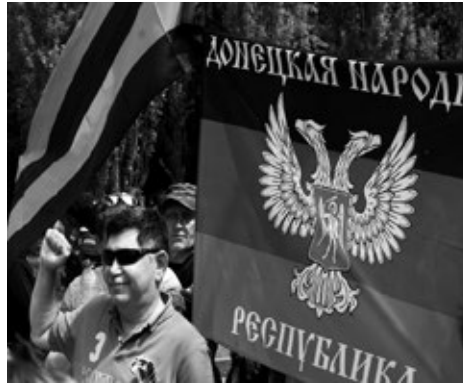
Ukraine-Krieg und Völkerrecht

In einem Positionspapier des Bundesausschusses Friedensratschlag vom Juni 2022 heißt es: „Die russische Regierung rechtfertigt ihren Krieg u.a. als kollektive Selbstverteidigung gegen den bevorstehenden Angriff der ukrainischen Truppen auf die Donbass-Republiken, mit denen sie sofort nach ihrer Anerkennung ein entsprechendes Hilfsabkommen unterzeichnet hatte. Diese Argumentation ist völkerrechtlich nicht haltbar, weil ein Ruf einer Volksgruppe nach militärischer Hilfe von außerhalb – so verständlich er auch sein mag – keinen Staat zum militärischen Eingreifen berechtigt. Dies könnte nur der UN-Sicherheitsrat autorisieren.“

Der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Freidenker-Verbandes, Klaus Hartmann, kommentiert dies wie folgt.

Die Donbass-Republiken entstanden, weil sie die Machtübernahme durch die NATO-gesteuerten „Euro-Maidan“-Putschisten auf ihrem Territorium nicht akzeptierten und verhindern wollten. Die Junta in Kiew hat darauf eine „antiterroristische Aktion“ ausgerufen und Truppen sowie neonazistische Einheiten gegen den Donbass in Marsch gesetzt. Dieser Aggression gegen die „eigene“ Bevölkerung fielen bis Anfang 2022 über 14 000 Menschen zum Opfer – in der großen Mehrheit Donbass-Bewohner und ethnische Russen. Der Krieg in der Ukraine begann also nicht im Februar 2022, sondern 2014, und Rußland hat die Ukraine nicht „angegriffen“, sondern in einen schon acht Jahre dauernden Krieg eingegriffen. Wer schreibt, „die russische Regierung rechtfertigt ihren Krieg ...“, scheint der NATO-Propaganda zu folgen, denn „ihr“ Krieg ist das keineswegs. In den Minsker Abkommen 2014 und 2015 (letzteres durch Beschluß des UN-Sicherheitsrates geltendes Völkerrecht) wurde vereinbart, daß Kiew mit den Donbass-Republiken über einen substanziellen Autonomiestatus verhandeln soll. Dies wurde von Kiew mit Unterstützung der Garantiemächte Deutschland und Frankreich verweigert. Die Zeit wurde statt dessen genutzt, um die Truppen der Kiewer Junta mit NATO-Waffen hochzurüsten und das Militär (in das die zuvor selbständig operierenden Neonazi-Formationen integriert wurden) durch NATO-Offiziere auszubilden und zu trainieren. Die „Rückeroberung der Krim“ wurde ebenso wie die Mitgliedschaft in der NATO in Verfassungsrang erhoben. Der Westen unterstützt den Wunsch nach NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ausdrücklich, hingegen wurde das von Selenskij bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Januar 2022 erklärte Streben nach atomarer Bewaffnung nicht kritisiert. Die von der Russischen Föderation im Dezember 2021 geforderten Vereinbarungen über gleiche Sicherheit einschließlich des Verzichts auf eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wurden vom „Westen“ abgelehnt. Bis Februar 2022 hat die Ukraine über 120 000 Soldaten für eine Offensive an den Grenzen der Donbass-Republiken zusammengezogen, die für

Anfang März terminiert war. In dieser zugespitzten Lage nahm die russische Staatsduma den Antrag der kommunistischen Opposition zur völkerrechtlichen Anerkennung der DVR Donezk und der DVR Lugansk an,



**Volksrepublik Lugansk am 9. Mai 2015:
Der Tag des Sieges wird gefeiert**

woraufhin Präsident Putin das entsprechende Dekret unterzeichnet hat. Mit dieser Anerkennung sind die Republiken Subjekte des Völkerrechts geworden. Das militärische Eingreifen Rußlands erfolgte nicht aufgrund des „Rufs einer Volksgruppe“, sondern auf Grundlage der Freundschafts- und Beistandsverträge zwischen souveränen Staaten. Deshalb sieht sich die Russische Föderation durch das Selbstverteidigungsrecht des Art. 51 UN-Charta legitimiert. Es war die NATO, die bei ihren Erweiterungswellen Richtung russische Grenze wie auch im Fall der Ukraine immer wieder betont hat, daß es das unveräußerliche Recht und Ausdruck der Souveränität jedes Staates sei, seine Bündnisbeziehungen frei zu wählen. Auch die deutsche Bundesregierung ließ sich dies vom Bundesverfassungsgericht bescheinigen: „Das Grundgesetz ermächtigt den Bund in Art. 24 Abs. 2 GG, sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einzuordnen. Diese Ermächtigung bildet zugleich eine verfassungsrechtliche Grundlage für Streitkräfteeinsätze außerhalb des Bundesgebiets, soweit diese im Rahmen und nach den Regeln eines solchen Systems erfolgen.“

(BVerfG, Beschluß des Zweiten Senats vom 17. September 2019 – 2°BvE 2/16 -, Rn. 1-55, www.bverfg.de/e/es20190917_2bve000216.html)

Wer nun die Völkerrechtswidrigkeit des militärischen Eingreifens Rußlands behauptet, negiert das Recht der Donbass-Republiken auf freie Bündniswahl und spricht ihnen die Souveränität als Subjekte des Völkerrechts ab. Dahinter steht die Problematik, ob diese Republiken ein Recht auf Sezession hatten. Zunächst ist dies eine Frage des innerstaatlichen (Verfassungs-)Rechts. Im Völkerrecht konkurrieren das Sezessionsrecht als Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts mit dem Souveränitätsprinzip des „abgebenden Staates“. Wegen der übergeordneten Aufgabe der Wahrung des Friedens wird anstelle des Sezessionsrechts die weitgehende Autonomie (Amts- und Verkehrssprache, Bildung, Kultur) im Rahmen des bestehenden Staatsverbandes favorisiert. Erst wenn alle Bemühungen in dieser Richtung scheitern, kommt nach überwiegender Auffassung der betroffenen Bevölkerung als Notwehr das Recht auf Abspaltung dazu. Sie kann auf einem Teilterritorium ein eigenes Staatswesen gründen oder sich damit auch einem anderen Staat anschließen. Erstens waren in der Ukraine durch den verfassungswidrigen Putsch 2014 sowohl die Verfassungsordnung als auch die Verfassungsorgane suspendiert, sodaß in Kiew kein legitimer Verhandlungspartner vorhanden war. Zweitens haben die Putschisten der russischsprachigen Bevölkerung den Gebrauch ihrer Sprache verboten, ihre Kultur unterdrückt und die bisher geltenden Lehrpläne an Schulen und Universitäten außer Kraft gesetzt.

Drittens sind sie mit Militärgewalt gegen die verfassungstreue Bevölkerung vorgegangen, verbunden mit ständiger Zerstörung ziviler Ziele und Tausenden Todesopfern. Viertens wurden die Minsker Vereinbarungen zur Herstellung einer weitgehenden Autonomie von Kiew und seinen westlichen Förderern hintertrieben und sabotiert. Damit waren die Voraussetzungen für eine Sezession der Donbass-Republiken von der Ukraine gegeben und folglich die Inanspruchnahme des Selbstverteidigungsrechts.

BUCHVORSTELLUNG

Am 25. Januar 2023 um 10 Uhr

„Der längste Krieg in Europa seit 1945: Augenzeugenberichte aus dem Donbass“

Arnold Schölzel im Gespräch mit dem Autor **Ulrich Heyden** in Moskau.

Der Sänger und Liedermacher **Tino Eisbrenner** begleitet musikalisch das Treffen mit Liedern, die von freundschaftlichen Beziehungen der Menschen Rußlands und Deutschlands sowie deren Streben nach einem friedlichen Leben künden.

Ort: Bürohaus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Münzenbergsaal

Schöne neue Welt! (Teil 1)

Wenn es ein markantes Wort von Bundeskanzler Scholz gibt, dann ist es wohl das von der „Zeitenwende“, das er in seiner Rede vom 27. Februar vergangenen Jahres mindestens ein halbes Dutzend mal gebrauchte. Er beklagte einen eklatanten Bruch des Völkerrechts durch Rußland und erklärte, daß die BRD der Ukraine selbstverständlich beisteht und wird: „Wir müssen die Ukraine in dieser verzweifelten Lage unterstützen. Das haben wir auch in den vergangenen Wochen, Monaten und Jahren in großem Umfang getan ... Sie kämpfen für Freiheit und ihre Demokratie, für Werte, die wir mit ihnen teilen.“¹ Das mit den zu teilenden Werten hat sich noch vor fast zwei Jahren etwas anders angehört, da wurde die Ukraine der zweitkorrupteste Staat in Europa genannt und ein unsicheres Pflaster für Investitionen. Und auch die Energiepreise sind nicht Folge des Ukrainekrieges. Dazu sagte Scholz: „Und natürlich behalten wir bei all dem die hohen Energiepreise im Blick. Putins Krieg hat sie zuletzt noch weiter steigen lassen.“² Dann folgten militärische Beschaffungsprogramme für „unsere Sicherheit“ und die Ausrufung einer „Energiewende“. Nun gibt es fast ein Jahr Krieg in der Ukraine, nichts hat sich zum Besseren gewendet, alle sind im sogenannten Krisenmodus.

Aber vielleicht hat ja die Zeitenwende schon früher begonnen, weiter von uns weg und deswegen nicht weiter beachtet, waren ja auch noch ein paar Fußball-WM's und EM's dazwischen, also etwas, was unser Volk wirklich bewegt. Heute zeigt sie sich in einer unübersehbaren, ständig anwachsenden dramatischen Krise in den wirtschaftsstarren kapitalistischen Ökonomien, die fundamentale, existenzbedrohende Folgen für die Menschen in vielen ärmeren Ländern nach sich zieht, mit Hunger, Mangel an Trinkwasser, Naturkatastrophen und dutzenden von Kriegen mit Hunderttausenden Toten. Aber auch die Wirtschaft und die Bevölkerung der hochentwickelten kapitalistischen Zentren sind zunehmend betroffen.

Die Niederlage der europäischen sozialistischen Länder in der Systemauseinandersetzung führte auf der einen Seite zur Sinnkrise sozialistischer und kommunistischer Bewegungen und auf der imperialistischen Seite zu der Annahme, gewonnen und damit die Welt im Griff zu haben. Es folgte in den 90er Jahren die Aufteilung der Beute. Die Sowjetunion zerfiel und das übriggebliebene Rußland geriet mit Jelzin in die Hände eines Ausverkäufers des übergroßen Reichtums an Bodenschätzen an die gierig wartenden US-Imperialisten und ihre willigen Helfer. Sie zettelten zusätzlich Konflikte an – Nahost, Berg-Karabach, Zentralafrika, Jugoslawien usw. –, um die Prozesse zu beschleunigen. Zunächst schien es für den Westen gut zu laufen. Die russische Wirtschaft balancierte am Abgrund, die EU war beschäftigt mit dem zerstückelten Jugoslawien und

dem Plündern der süd- und osteuropäischen Länder. Aber nach Jelzin kam eine neue Ära. Rußland begann, sich ökonomisch zu stabilisieren. Die Feuer, welche die USA und die NATO global lostraten, ließen sich nicht so einfach kontrollieren und in Fernost wuchs – fast im Verborgenen – mit China eine neue Wirtschaftskraft. Das internationale Kapital begann, wegen der niedrigen Löhne immer mehr in China produzieren zu lassen. Dabei handelte es sich anfangs um Nippes, Lebensmittel und Spielzeug aller Art, heute zunehmend um Hochtechnologie. So lassen zum Beispiel sowohl Boeing als auch Airbus ganze Fertigungslinien in China laufen. Doch was ursprünglich als lukrative Lohnsklaverei gedacht war, ließ recht schnell die zweite Seite der Medaille zum Vorschein kommen. Die Chinesen dachten nicht daran, die Kulis der westlichen Welt zu bleiben. Sie nahmen die Technologie, die zu ihnen kam, entwickelten sie weiter und nutzten diese für eigene Zwecke. Zudem spielte die Ausbildung von entsprechenden Fachkräften eine entscheidende Rolle. Auf diesem Wege entwickelt sich China zu einem immer stärkeren Wirtschafts- und damit auch globalen Machtfaktor. Nach Einschätzung des Manager-Magazins vom Dezember 2020 wird die Volksrepublik bereits 2028 die USA als bisher wirtschaftsstärkstes Land ablösen und an die Spitze aufsteigen.³ Genau das suchen nun die USA mit allen Mitteln zu unterbinden und setzen alles daran, daß ihre westeuropäischen Verbündeten nicht aus der Reihe tanzen. Ob der 11. September 2001 nun ein „Glücksfall“ für jene Kräfte war

oder man dran gedreht hatte, spielt im Nachhinein keine Rolle mehr. Der Einschlag von Flugzeugen in die New Yorker US-Welthandelstürme mit all seinen Folgeerscheinungen bildete den Auftakt zur wirklichen Zeitenwende!

Seit jenem 11. September wird Krieg geführt, genannt „Krieg gegen den Terror“. Damit waren alle im Boot, denn gegen Terror ist jeder, und so ein Kampf kann nur Gutes gegen Böses bedeuten. Seither wird die Welt nicht nur beispiellos mit Kriegen überzogen (Afghanistan, Libyen, Syrien, Irak usw.), sondern mittels Sanktionen mit einem weltweiten Wirtschaftskrieg gelenkt. Indem die USA alle in irgendeiner Weise mit der US-Ökonomie verbundenen Firmen quasi per Sanktionen in Geiselnahme nehmen, versuchen sie so, ihrem zunehmend schwindenden weltpolitischen Einfluß gegenzusteuern. Welche Formen das annehmen kann, sehen wir im Getreidegeschacher mit der Ukraine und Rußland. Zuerst nötigt man Rußland, einer Ausfuhr von Getreide aus der Ukraine durch das Schwarze Meer zuzustimmen, wozu Rußland ja auch schnell bereit war, dann verhindern Sanktionen gegen Reedereien, daß noch viel mehr russisches Getreide im Kampf gegen den Hunger exportiert wird. Jeder, der den russischen Getreideexport mit Logistik, Fahrzeugen, Schiffen, Kränen, Personal etc. unterstützt, wird bis zum Sanktionierleistungstag von einer jedweden Zusammenarbeit nicht nur mit US-Firmen, sondern auch mit Firmen, die eigene Geschäftsinteressen in den USA haben, ausgeschlossen. Das betrifft schätzungsweise mehr als Dreiviertel aller Betriebe. Die Folge ist, daß das Getreide, welches Rußland den Notleidenden sogar kostenlos zur Verfügung stellen wollte, nicht ausgeliefert werden kann. Von dem ausgeführten ukrainischen Getreide gehen fast 90 Prozent in den Westen und zu Spekulanten, nur rund 10 Prozent an jene, die es händierend brauchen. So sieht die hochgelobte wertebasierte US-Politik aus.

Uli Jeschke

3 Siehe China wird die USA schon 2028 überholen, in Manager Magazin online, <https://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/groesste-volkswirtschaft-der-welt-china-wird-die-usa-schon-2028-ueberholen-a-db57b40b-ca55-4774-96d7-94b61b3bfdc2>

1 Siehe <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20019.pdf#P.1350>

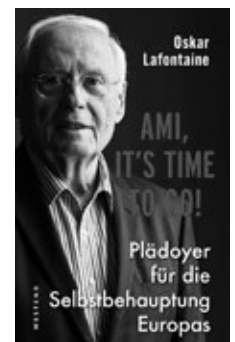
2 Siehe ebenda

BUCHTIPP

Oskar Lafontaine
Ami, it's time to go

Plädoyer für die Selbstbehauptung Europas

„Von deutschem Boden darf niemals wieder Krieg ausgehen“, sagte Willi Brandt einst. Heute liefert die Bundesregierung schwere Waffen in die Ukraine und macht sich damit wieder einmal zum Vasallen der USA. In deutschen Leitmedien werden währenddessen vollkommen unkritisch die abenteuerten Äußerungen der Außenministerin, Annalena Baerbock, verbreitet, wonach deutsche Waffen in der Ukraine Menschenleben retten. Gleichzeitig kappt man die Geschäftsbeziehungen zu unserem größten Energielieferanten, verordnet nationales Frieren und stürzt uns in eine Rezession. Das Versagen der deutschen Außenpolitik ist beispiellos.



Verlag Westend, 11/2022, 64 Seiten, 12 €, ISBN-13: 9783864894060

DAS BESONDERE DATUM

9. Januar 1963

Kai-Uwe von Hassel, bisher Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, tritt das Amt des Bundesverteidigungsministers an. Er löst Franz Josef Strauß ab, der seit 2. Dezember 1962 faktisch aus dem Kabinett ausgeschlossen und am 11. Dezember 1962 offiziell entlassen worden war. Äußere Begründung für den Sturz von Strauß war die sogenannte Spiegel-Affäre. Nach einem kritischen Bericht des Hamburger Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* am 10. Oktober 1962 über die NATO-Kommandostabsübung „Fallex 62“ (20. bis 28. September 1962) und über den Zustand der Bundeswehr unter der Überschrift „Bedingt abwehrbereit“ hatte ein Gutachten aus dem Ministerium von Strauß den Beitrag als „landesverräterisch“ klassifiziert, und auch Bundeskanzler Konrad Adenauer sprach von einem „Abgrund von Landesverrat“. Vor allem auf Druck von Strauß hatten daraufhin die Bundesanwaltschaft und Polizeiorgane in der Nacht vom 26. auf den 27. Oktober 1962 begonnen, mit obrigkeitsstaatlichen Methoden gegen das Blatt vorzugehen. Herausgeber Rudolf Augstein, Verlagsdirektor Hans Detlev Becker, die Chefredakteure Claus Jakobi und Johannes E. Engel, der stellvertretende Chefredakteur Conrad Ahlers (gleichzeitig Autor des Beitrages) und andere waren verhaftet worden, und es kam zu Durchsuchungen, Beschlagnahmen und zu einer wochenlangen Besetzung der Verlags- und Redaktionsräume. Dieser Vorgang, das persönliche Verhalten des Ministers in der Affäre (u.a. trug er vor dem Bundestag Unwahrheiten vor) und der drohende Zusammenbruch der Koalition von CDU/CSU und FDP – die fünf FDP-Minister waren am 19. November 1962 aus der Regierung zurückgezogen worden, weil sie von der Vorbereitung der polizeistaatlichen Aktion auf Betreiben von Strauß nicht unterrichtet worden waren – machten es Bundeskanzler Adenauer unmöglich, diesen weiter im Amt zu belassen.

Hauptgrund für die Ablösung von Strauß (der die Amtsgeschäfte aber noch bis 9. Januar 1963 interimistisch führt) sind jedoch unterschiedliche Auffassungen in den regierungstragenden Parteien CDU und CSU zum militärpolitischen Kurs der BRD: Immer offensichtlicher war geworden, daß die militante Politik der Stärke gescheitert ist. Eine „Politik der Bewegung“ und der „kleinen Schritte“ gegenüber den östlichen Nachbarstaaten soll nun die Stagnation überwinden. Zugleich hat sich, verkörpert durch Strauß, teilweise auch durch Adenauer, Konfliktstoff zum Hauptbündnispartner USA angehäuft. Während die Administration in Washington unter Präsident John F. Kennedy, gerade nach der überstandenen Kubakrise (14. bis 28. Oktober 1962), um ein entspannteres Verhältnis zur UdSSR bemüht ist, hielt Bonn bislang an der Konfrontation fest. Außerdem sperrten sich Kanzler Adenauer und Verteidigungsminister Strauß gegen die in den USA entwickelte flexible

Militärstrategie („flexible response“), auf die Washington etwa ab 1962 übergang (und die dann auch zum 16. Januar 1968 für die NATO verbindlich wurde). Angesichts des gewachsenen nuklearen Gegenschlagpotenzials der UdSSR und der damit drohenden Selbstver-



Kai-Uwe von Hassel (1913–1997), von Januar 1963 bis Februar 1969 BRD-Verteidigungsminister

nichtung ersetzte sie die bisherige Strategie des sofortigen massierten Kernwaffenschlages durch den Nordatlantikpakt gleich zu Beginn eines Krieges („massive retaliation“). Adenauer, Strauß und andere Politiker (und Militärs) der BRD beharrten statt dessen für den Kriegsfall weiter darauf, mit dem unverzüglichen Kernwaffenschlag zu drohen. Dem entsprach ihr kaum bemänteltes Streben, daß die BRD selbst den Besitz oder die Verfügungsgewalt über diese Massenvernichtungswaffen erlangt, was von Washington mehr und mehr abgeblockt wird. Außerdem gehen sie davon aus, daß die bei einem Strategiewechsel notwendige Aufstockung der konventionellen Streitkräfte, wobei die Bundeswehr von ihrer Friedensstärke von rund 500 000 Mann auf 750 000 bis 800 000 zu bringen wäre, die Leistungskraft der BRD überfordern würde und zu sozialen Spannungen führen könnte.

Die nunmehrigen Protagonisten der Veränderungen sind neben von Hassel, der seit 14. November 1961 im Amt befindliche Außenminister Gerhard Schröder (nicht zu verwechseln mit dem späteren SPD-Bundeskanzler) sowie Wirtschaftsminister und Vizekanzler Ludwig Erhard, der am 16. Oktober 1963 zum Bundeskanzler gewählt wird – wegen ihres besonders USA-freundlichen Kurses häufig als Atlantiker bezeichnet. In ihrer Militärpolitik übernehmen sie bald die militärstrategischen Vorstellungen des überseeischen Verbündeten.

In bezug auf die Nuklearwaffen beschränken sie sich nun auf eine Mitverfügung nach der Idee „NATO als vierte Atommacht“, heute verwandt mit „nuklearer Teilhabe“. Bei der Entwicklung der Bundeswehr, die bei „Fallex 62“ nur die NATO-Einstufung „bedingt abwehrbereit“ erhalten hatte, verlegt Verteidigungsminister von Hassel den Schwerpunkt auf deren qualitative Entwicklung: Nach der weitgehend vollzogenen Aufstellung der Stäbe und Truppen soll die Armee eine bis Ende der 60er Jahre dauernde Konsolidierungsphase durchlaufen.

Die Bundeswehr umfaßt Anfang 1963 403 000 Mann (bei einer Sollstärke von knapp 500 000). Das Offizierskorps ist auf 22 543 Mann angewachsen. Darunter befinden sich 13 438 Offiziere der Wehrmacht, die häufig ihre politisch-geistige, in erster Linie antikommunistische und antisowjetische Haltung auf ihre Unterstellten übertragen.

Die Streitkräfte verfügen über 3 Panzer- und 7 Panzergrenadierdivisionen sowie 1 Gebirgs- und 1 Luftlandedivision (davon 11 der NATO unterstellt, die 12. Panzerdivision Veitshöchheim folgt hierbei am 10. April 1965);

6 Jagdbomber-, 4 Jagd-, 4 Aufklärungs- und 3 Transportgeschwader sowie 6 Fla-Raketenregimenter der Luftwaffe (davon 5 Jagdbomber-, 3 Jagd-, 1 Aufklärungs- und 1 Lufttransportgeschwader sowie 2 Fla-Raketenbataillone der NATO unterstellt);

2 Zerstörer-, 1 Geleit-, 5 Schnellboot-, 6 Minensuch-, 1 Küstenwach-, 1 U-Boot-, 1 Flottendienst-, 1 Landungs- und 3 Marinefliegergeschwader bei den Seestreitkräften (davon 2 Zerstörer-, 4 Schnellboot-, 6 Minensuch-, 1 Landungs- und 1 Marinefliegergeschwader der NATO unterstellt).

Durch einen Schicksalsschlag werden Strauß und von Hassel noch durch ein besonderes Ereignis verbunden. Strauß, der in einige Rüstungsskandale verwickelt war (u.a. bei der Beschaffung des Schützenpanzers HS-30/Vorläufer des MARDER), zeichnete in diesem Kontext auch hauptverantwortlich für die Beschaffung des Kampfflugzeuges F-104 G, RF-104 G bzw. TF-104 G STARFIGHTER. Insgesamt werden für die Bundeswehr davon 916 Flugzeuge angekauft. Bis zur Ausmusterung des Modells aus dem aktiven Dienst der Bundesluftwaffe und Bundesmarine am 23. Oktober 1987 werden 292 Totalverluste registriert – bald ein Drittel der angeschafften Flugzeuge. 116 Piloten starben. Darunter befand sich auch Oberleutnant zur See Joachim von Hassel vom Marinefliegergeschwader 2 Nordholz, der am 10. März 1970 als Sohn des nunmehrigen Bundestagspräsidenten Kai-Uwe von Hassel in einem Waldstück bei Obdrup im schleswig-holsteinischen Kreis Flensburg-Land (seit 1974 Kreis Schleswig-Flensburg) abstürzte.

Dr. Lothar Schröter

Doz. Dr.sc.phil. Lothar Schröter, bis 1990 Abteilungsleiter Militärgeschichte der NATO und der BRD am Militärgeschichtlichen Institut der DDR, Potsdam, Major a.D. der NVA der DDR

Deutsch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen 1933

Heute sind die deutsch-russischen Beziehungen an einem Tiefpunkt angelangt. Obwohl Deutschland offiziell nicht am Krieg in der Ukraine beteiligt ist, führt die Bundesregierung einen Wirtschaftskrieg gegen Rußland, der dem eigenen Land mehr schadet als Rußland.

Das war sogar zur Nazizeit etwas anders. Die Errichtung der faschistischen Diktatur wirkte sich auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen natürlich ausgesprochen negativ aus. Vom ersten Tag an betrieb die Naziregierung der Sowjetunion gegenüber eine extrem feindliche Außenpolitik. Am 2. März 1933 hielt Hitler im Berliner Sportpalast eine Rede, die von antisowjetischen Ausfällen nur so strotzte. Dazu bemerkte die „Pravda“: „So handeln nur Narren auf dem Thron.“ Dennoch wurde trotz aller Provokationen von deutscher Seite 1933 noch ein Wirtschaftsvertrag zwischen beiden Ländern abgeschlossen.

In einer Kabinettsitzung hatte Hitler geäußert: „Das Schicksal Sowjetrußlands ist durch unsere Revolution entschieden. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen können nicht mehr länger wie bisher aufrechterhalten werden, wenn es auch taktisch ratsam ist, durch eine entsprechende Erklärung die Sowjetunion zunächst davon abzuhalten, sich von uns zu entfernen.“ Eine entsprechende Erklärung gab Hitler am 23. April 1933 vor dem Reichstag ab: „Gegenüber der Sowjetunion sieht sich die Reichsregierung der nationalen Revolution zu einer positiven Politik in der Lage.“ Das war selbstverständlich pure Heuchelei. Äußerungen dieser Art änderten absolut nichts daran, daß die strategische Zielstellung der in Deutschland Herrschenden nach wie vor darin bestand, die Sowjetmacht zu vernichten. Auf dieser Linie lag der in bestimmten deutschen Wirtschaftskreisen vorherrschende Standpunkt, nichts an die Sowjetunion zu liefern, was nur deren Industrialisierung begünstigen würde.

Eine der ersten Maßnahmen der faschistischen Wirtschaftspolitik gegenüber der UdSSR war 1933 die Schließung der bereits fertig eingerichteten sowjetischen Ausstellung zur Leipziger Frühjahrsmesse, auf der die Sowjetunion seit 1922 ständiger Gast war.

Die antisowjetische Kampagne in den ersten Wochen des Jahres 1933 hatte besonders negative Folgen für die Tätigkeit der „Deutsch-Russischen Naphta GmbH“ (Derunapht) und der „Deutschen Vertriebsgesellschaft für russische Ölprodukte AG“ (Derop). Das waren Gesellschaften nach deutschem Recht, deren Alleininhaber der Sowjetstaat war, und die Erdöl und Erdölprodukte aus der UdSSR in Deutschland verkauften. Die Derop unterhielt rund 2 500 Tankstellen in Deutschland. Nachdem zunächst beiden Unternehmen vorgeworfen wurde, sie unterböteten die offiziellen Benzinpreise, kam es zu Hausdurchsuchungen in den Filialen der Derop in Köln, München, Kassel, Cottbus, Dresden, Essen, Frankfurt am Main, Stuttgart, Düsseldorf, Hamburg, Leipzig und Berlin. In verschiedenen Städten beschlagnahmten SA- und SS-Trupps den

Treibstoff. Der Absatz der Gesellschaft sank um die Hälfte.

Infolge der betont antisowjetischen faschistischen Handelspolitik ging schon in den ersten neun Monaten des Jahres 1933 die deutsche Einfuhr sowjetischer Erdölzeugnisse in viel stärkerem Maße zurück als die deutsche Gesamteinfuhr derartiger Produkte.

Aber nicht alle deutschen Industriekreise waren bereit, diesen Kurs zu verfolgen. So wurde beispielsweise in der „Ostwirtschaft“, dem Organ des Rußland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, in dem Artikel „Die UdSSR und der deutsche Erdölmarkt“ gefordert: „Das russische Öl als Gegenspieler der Lieferungen der anderen Weltkonzerne sollte jedenfalls gerade in Deutschland der Aufmerksamkeit führender Wirtschaftskreise und ebenso der Konsumenten gewiß sein.“ Die deutsche Wirtschaft konnte es sich auch damals nicht leisten, völlig auf sowjetische Öllieferungen zu verzichten.

In den ersten neun Monaten 1933 gingen noch rund 30 Prozent des deutschen Exports an Röhren- und Walzwerkerzeugnissen, 74 Prozent des Werkzeugmaschinenexports und 47 Prozent der Ausfuhr elektrischer Maschinen in die UdSSR. Der sowjetische Export nach Deutschland verringerte sich dagegen erheblich. Das war für die sowjetische Seite selbstverständlich nicht hinnehmbar, und sie verringerte ihre Importe aus Deutschland. Aber 1933 waren die deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen noch so stark, daß ihre vollständige sofortige Unterbrechung zu negativen Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft geführt hätte. In den Kreisen der deutschen Industriellen, die an der Weiterführung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen interessiert waren, machte sich eine ernste Beunruhigung bemerkbar. Der Geschäftsführer des Rußland-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Gerhard Schauke, schrieb in der April/Mai-Nummer 1933 der „Ostwirtschaft“: „In dem einen Dutzend Jahre, das seit Wiederaufnahme der geschäftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland verflossen ist, hat noch niemals eine so lange und auffallende Ruhe im deutsch-russischen Geschäft, wenigstens soweit es sich auf den Verkauf deutscher Waren nach der UdSSR betrifft, geherrscht, wie in den verflommenen Monaten des Jahre 1933.“

In der Juni-Nummer der gleichen Zeitschrift schrieb Walter Basson, Mitglied der Geschäftsführung des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Überseehandels, der Bezug deutscher Waren entlastete die deutsche Devisenbilanz. Die Steigerung der Einfuhr aus der Sowjetunion nach Deutschland liege somit im Interesse der beiden Länder.

Das Interesse bestimmter Kreise der deutschen Industrie an der Weiterführung der Wirtschaftsbeziehungen zeigte sich auch durch verschiedene Kreditaktionen, die 1933 zustande kamen. Die Gewährung von Krediten an die UdSSR war in gewisser Hinsicht ein Gradmesser für den Stand der ökonomischen Beziehungen. Für die Industrialisierung der UdSSR waren große Kapitalanlagen

erforderlich, die im Wesentlichen durch die sozialistische Akkumulation gewonnen wurden. Das bedeutete jedoch nicht, daß als zusätzliche Quelle ausländische Kredite abgelehnt wurden. Die Sowjetunion zahlte diese Kredite stets zum vereinbarten Termin und in voller Höhe, einschließlich der Zinsen, zurück. Die UdSSR hatte 1933 Zahlungen im Gesamtbetrag von rund 650 Millionen RM an Deutschland zu leisten. Dafür standen Einnahmen aus dem Jahresexport nach Deutschland in Höhe von rund 300 Millionen RM, ferner 150 Millionen RM in Gold und in Valuta aus Erlösen des Exports in andere Länder, insgesamt also 450 Millionen RM zur Verfügung. Anfang 1933 betrug das Defizit der deutsch-sowjetischen Zahlungsbilanz ca. 200 Millionen RM. Es erhöhte sich später noch durch zusätzliche sowjetische Warenkäufe auf 250 Millionen RM.

Vom Oktober bis zum Dezember 1932 hatten in Berlin schon Wirtschaftsverhandlungen stattgefunden, die nach der Regierungsübertragung an die Naziartei fortgesetzt wurden. Taktische Gründe und wirtschaftliche Erwägungen veranlaßten die deutsche Regierung, einen Wirtschaftsvertrag zu billigen, der am 9. April 1933 abgeschlossen wurde. Er war mit einer Kreditzusage in Höhe von 140 Millionen RM verbunden. Den Kredit stellte ein Konsortium unter Führung der Deutschen Bank und der Dresdner Bank zur Verfügung. Das Reichsfinanzministerium übernahm gegenüber dem Bankenkonsortium „eine selbstschuldnerische Bürgschaft für den Kredit in seiner Gesamthöhe“.

Bereits im Februar 1933 hatten die Staatsbank der UdSSR und die Sowjetische Handelsvertretung in Deutschland zwei Kreditverträge abgeschlossen: mit einem Konsortium unter Führung der Deutschen Bank in Höhe von 50 Millionen RM und mit einem zweiten von der Dresdner Bank geführten über 90 Millionen RM. Nicht umsonst hatte die „Berliner Börsenzeitung“ am 1. Februar 1933 auf die große Bedeutung des sowjetischen Auftrags für die deutsche Röhrenindustrie hingewiesen. „Wäre der Auftrag nicht hereingekommen, so hätten die Röhrenwerke vor der Notwendigkeit gestanden, die Produktion vom 1. Februar an erneut einzuschränken. Mit Hilfe des Auftrages aber war man in der Lage, für die nächste Zeit wenigstens die Produktion auf der bisherigen Höhe weiterführen zu können. Der sowjetische Röhrenauftrag war mengenmäßig der größte Auftrag seiner Art, den die deutsche Eisen- und Stahlindustrie in den letzten Jahren aus dem Ausland erhalten hat.“ In den Düsseldorfer Röhrenwerken, die zu den Vereinigten Stahlwerken gehörten, konnten aufgrund des Auftrages 300 Arbeiter neu eingestellt werden.

Wenn 1933 noch gewisse positive Aspekte der Wirtschaftsbeziehungen aus der Zeit der Weimarer Republik nachwirkten, änderte sich das sehr bald. Bis 1935 erfolgten noch Abwicklungen aus früheren Verträgen. 1936 war der Handel zwischen beiden Ländern schon nahezu bedeutungslos.

„Zeitenwende“ auf lateinamerikanisch?

Lateinamerika und der Krieg in der Ukraine

Auf der 77. Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York trat am 22. September 2022 der mexikanische Außenminister Marcelo Ebrard mit einem Friedensvorschlag zur Beendigung des Ukrainekrieges auf, der von weiteren lateinamerikanischen Ländern unterstützt wurde. Es geht um die Beendigung des Krieges durch Verhandlungen.

Der mexikanische Präsident Lopez Obrador gab auf den Feierlichkeiten zum mexikanischen Unabhängigkeitstag diesen Vorschlag das erste Mal bekannt: „Die Friedensmission muß unverzüglich die Einstellung der Feindseligkeiten in der Ukraine und den Beginn direkter Gespräche mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj und dem russischen Präsidenten Putin anstreben.“ Verhandlungsorganisatoren sollen der Papst, der UN-Generalsekretär und der indische Ministerpräsident Narendra Modi sein, die einen Waffenstillstand von fünf Jahren durchsetzen sollen. Prompt kam die Antwort durch einen Mitarbeiter von Selenskyj, der Obrador vorwarf, dieser wolle den Krieg ausnutzen, um Publicity zu machen. Außerdem twitterte er: „Ihr ‚Plan‘ ist also ein russischer Plan.“

Was die ukrainische Regierung vollkommen unterschätzt, ist, daß der Vorschlag des mexikanischen Präsidenten in einer Kontinuitätslinie seines Auftretens seit Beginn des Ukrainekrieges liegt und daß er sich im Einklang mit den meisten Staatsoberhäuptern Lateinamerikas befindet. Mehrfach beklagten Obrador und eine Reihe lateinamerikanischer Staats- und Regierungschefs wie Alberto Fernandez und Cristina Kirchner aus Argentinien, der Präsident Boliviens Luis Arce und der brasilianische Präsident Luiz Ignacio Lula da Silva, daß der Krieg in der Ukraine wegen mangelnder Verhandlungsbereitschaft nicht verhindert wurde.

Die Regierung in Kiew hat scheinbar nicht wahrgenommen, daß die meisten Länder der Welt, mindestens zwei Drittel, wenn nicht sogar drei Viertel, eine andere Position als die westlichen Staaten zum Ukrainekrieg einnehmen. Auch wenn sie den Krieg Rußlands gegen die Ukraine verurteilen, wie das in der UN-Vollversammlung im März 2022 mehrheitlich der Fall war, beziehen sie zu den Sanktionen, der Schuld- und Verursacherfrage und vor allem mit Blick auf die Beendigung des Krieges eine andere Position als die westlichen Staaten und die Ukraine.

Da gerade die lateinamerikanischen Staaten in ihrer Geschichte besonders oft Opfer von gewalttätigen Interventionen der USA, von militärischen Eingriffen bis zur Installation von Militärregimen und der Unterstützung rechter Putschisten im Namen der US-amerikanischen Monroe-Doktrin¹⁾ waren, lehnen sie Gewalt in den internationalen Beziehungen, die Verletzung der Souveränität und Integrität anderer Staaten

vehement ab und treten für die Einhaltung des Völkerrechts ein. Und gerade deshalb hat kein lateinamerikanischer Staat in der UNO gegen die Verurteilung Rußlands wegen seiner Intervention in die Ukraine gestimmt. Aber sie lehnen nicht nur die russische Intervention in der Ukraine ab, sondern alle Interventionen, auch die der USA in Lateinamerika und anderswo wie in Vietnam, in Afghanistan, im Irak, in Jugoslawien und in Syrien mit tausenden Toten. Der Regierung von Selenskyj ist offensichtlich auch entgangen, daß sich Lateinamerika aus seinem Hinterhof- und Stellvertreter-Dasein gegenüber den USA im Sinne der Monroe-Doktrin gelöst und eine eigenständige, stabilisierende und Frieden bringende Position in der Welt erlangt hat. Erst vor kurzem hat der Kontinent beim Zustandekommen des Kernwaffenverbotsvertrages von 2021 eine Initialrolle gespielt. Dabei bauten die lateinamerikanischen Länder auf ihren Erfahrungen der Kernwaffenfreiheit im Vertrag von Tlatelolco über eine kernwaffenfreie Zone in Lateinamerika von 1967 auf. Sie wollen diese auf die ganze Welt ausdehnen, um einen Nuklearkrieg zu vermeiden.

Aufgrund der Äquidistanz-Position Lateinamerikas zwischen den Großmächten, der Vertiefung der regionalen Integration im Mercosul und der CELAC – der Vereinigung lateinamerikanischer und karibischer Staaten mit Kuba, Venezuela und Nicaragua, aber ohne die USA und Kanada – und durch die Diversifizierung seiner Außenbeziehungen konnte Lateinamerika einen erheblichen politischen Freiraum erringen, der die Abhängigkeit von den USA und von Europa verringerte. Dazu gehören vor allem der wachsende wirtschaftliche Einfluß Chinas als wichtigster Kreditgeber und zweitwichtigster Handelspartner und Investor auf dem Kontinent und der Ausbau der Beziehungen zu Rußland, ohne daß diese beiden Staaten Lateinamerika ihre „Werte“ aufdrücken wollen.

Kurz vor Ausbruch des Ukrainekrieges besuchte etwa der argentinische Präsident China und Rußland, während der brasilianische Präsident nach Rußland reiste. Lateinamerika baute in den letzten Jahrzehnten ein Netz von Beziehungen zu China (Belt & Road-Initiative) und Rußland auf. Aber auch das Agieren Lateinamerikas in der Gruppe der G20 und den BRICS gehören zu der erfolgreichen Diversifizierungsstrategie. Der wachsende Freiraum zeigte sich auch in der selbstbewußten Position auf dem „Summit of the Americas“ im Juni 2022, das zur OAS gehört und unter der Hegemonie der USA eine Neuauflage der Monroe-Doktrin zur Zurückdrängung des Einflusses von Rußland und China in Lateinamerika anstrebt. Eine Reihe von lateinamerikanischen Staatsschefs folgte der Einladung nach Washington aus Protest

gegen den Ausschluß Kubas, Venezuelas und Nicaraguas nicht. Diese Verweigerungshaltung lateinamerikanischer Regierungschefs war für die Neuauflage der hemisphärischen Hegemoniepläne der USA ein herber Rückschlag. Auch die „Zweite Rote Welle“, der Sieg von Mitte-links-Regierungen in einer Reihe von lateinamerikanischen Ländern (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Mexiko, Peru), selbst in dem „NATO-Vorposten-Land“ Kolumbien, ist Ausdruck dieses Freiraumes. Diese Entwicklung kommt nun im eigenständigen und unabhängigen Agieren der Lateinamerikaner im Zuge des Ukrainekrieges zum Ausdruck.

Die lateinamerikanischen Staaten tragen nicht die Auffassung des Westens mit, Rußland durch Sanktionen und Ausrüstung der ukrainischen Streitkräfte zu „besiegen“ oder gar zu „ruinieren“ und damit auf einen langen Krieg hinzuwirken. Denn unter der Länge des Krieges, seiner Eskalation und unter den Sanktionen leidet nicht nur Rußland, sondern die ganze Welt und am meisten der „Globale Süden“. Die lateinamerikanischen Volkswirtschaften haben auf die eine oder andere Weise bereits hohe Verluste hinnehmen müssen, die Hunger, Elend und Hyperinflation steigern. Sei es, daß Hauptexporte, wie in Ecuador, Argentinien und Uruguay, zum Erliegen kamen oder sei es, daß die Düngemittelimporte in Brasilien, Argentinien und Mexiko zusammenbrachen und somit den Außenhandelsvorteil der Getreideproduktion zunichtemachten. Auf die Volkswirtschaften und das Leben der Menschen in Lateinamerika hat das verheerende Auswirkungen. Außerdem erhöht die Eskalation des Krieges die Gefahr eines Nuklearkrieges. Wie der argentinische Präsident Alberto Fernandez sagte, betrifft das nicht mehr nur den Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine oder den zwischen Rußland und den USA, „sondern es betrifft die ganze Welt.“ Deshalb streben die lateinamerikanischen Staaten danach, diesen Zustand so schnell wie möglich zu beenden, ohne daß ein langer Krieg zu weiteren Toten, sozialen Verwerfungen und der Gefahr eines Weltkrieges führt. Die Initiative des mexikanischen Präsidenten, die sich mit der Mehrheit der anderen lateinamerikanischen Staatsoberhäupter deckt, ist daher kein billiger Publicity-Trick, sondern spiegelt das neue Selbstbewußtsein Lateinamerikas wider, das durch seine Erfahrungen mit der Monroe-Doktrin, seinen Kampf um Multipolarität und Völkerrecht, sein Äquidistanzverhalten zwischen den Weltzentren und innerhalb der sich neu sortierenden Kräftekonstellation im internationalen System ein eigenes Gewicht als Frieden bringender und stabilisierender internationaler Akteur gewonnen hat. Es kann dazu beitragen, dem Völkerrecht und der Diplomatie in der Welt wieder

zum Durchbruch zu verhelfen, um Kriege zu beenden und Konflikte nachhaltig einzugrenzen. Man kann das neue Verhalten Lateinamerikas im Gefolge des Ukraine-Krieges auch als „Zeitenwende auf lateinamerikanisch“ bezeichnen.

Prof. Dr. Raina Zimmering

lateinamerikanischer Staaten, Professorin an der Universidad Nacional de Colombia en Bogotá und an der Johannes Kepler Universität Linz in Österreich, seit 2017 Senior Research Fellow am Institut für Internationale Politik in Potsdam, zimmering@t-online.de

- 1) Die Monroe-Doktrin geht auf die „Rede an die Nation“ des US-Präsidenten James Monroe von 1823 zurück und betont die Rolle der USA als Schutzmacht für den amerikanischen Kontinent. Die Doktrin entwickelte sich in

der Folge (Roosevelt-Corollary) zu einer völkerrechtswidrigen Hegemonialtheorie, nach der die USA für sich in Anspruch nahmen, in Lateinamerika militärisch zu intervenieren und in die Politik souveräner Staaten einzugreifen, was ca. 30 mal passiert ist. Seit einem neuen Gesetzesentwurf vom Februar 2022 und dem „Summit of the Americas“ (Juni 2022) versuchen die USA, diese Doktrin neu zu beleben und Lateinamerika wie im Kalten Krieg als „strategische Reserve“ gegen Rußland und China zu nutzen.

Quelle: WeltTrends, Nr. 193/November 2022
Redaktionell geringfügig gekürzt

Prof. Dr. Raina Zimmering, geb. 1951, Promotion und Habilitation zur Außenpolitik

Zwei Welten auf einem Planeten

Vor einem Jahr erschien im Januar-Rotfuchs der Beitrag „Die Linke Lateinamerikas zwischen Erfolgswelle und Gegenwind“. Die Hoffnungen auf weitere Erfolge erfüllten sich. Gustavo Petro in Kolumbien sowie Ex-Präsident und Arbeiterführer Lula da Silva in Brasilien gewannen die Wahlen. Im November 2022 reiste der Präsident Kubas Miguel Díaz-Canel mit einer Regierungsdelegation nach Algerien, Russland, China und in die Türkei. Sein Fazit: „Die Ergebnisse der Reise übertrafen unsere Erwartungen.“ Die Reise verdeutlichte, wie wichtig Kuba für eine neue multipolare Weltordnung ist. Sie machte das Tor für gute Beziehungen mit den Ländern Lateinamerikas und der Karibik noch weiter auf. Andererseits zeichneten verdeckte Putschversuche in Brasilien, Bolivien und Peru, die Blockade gegen Kuba, die Sanktionen gegen Nicaragua und Venezuela sowie die Invasionsdrohungen in Haiti ein besorgniserregendes Bild. Es drückt die Haltung der USA gegenüber den Ländern Lateinamerikas und der Karibik aus.

Wir erleben zwei verschiedene Welten auf einem Planeten. Auf der einen Seite verändert sich die sozialökonomische Landschaft. Es entwickelt sich das Bewusstsein, die Welt zu verändern. Dieser Teil der Welt will soziale, politische und zwischenmenschliche Fortschritte. Er strebt nach Unabhängigkeit und Souveränität, friedlichem Zusammenleben und Klimafreundlichkeit, Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen und sozialer Gerechtigkeit. Seine Vertreter wollen eine neue *multipolare Weltordnung*. Auf der anderen Seite weigern sich die konservativen Kräfte, diese Veränderungen wahrzunehmen. Das imperialistische Lager, vor allem die USA, will die antiquierte Weltordnung aufrechterhalten und die übrige Welt samt ihrer Rohstoffe beherrschen. Seine führenden Kräfte behandeln den sozialen Fortschritt und die Klimafreundlichkeit wie Feinde. Dieses Lager will eine nach seinen Werten geregelte *unipolare Weltordnung*. Es wird dabei von Medienmächten begleitet, die das Publikum vor Berichten über progressive Veränderungen in der Welt abschirmen. Im imperialistischen Lager ist der Kampf um das Weltmonopol zwischen den USA und der EU

entbrannt. Es zeichnet sich bereits ab, wer ihn gewinnen wird.

In der Auseinandersetzung zwischen den beiden Welten geht es um Grundfragen des Fortbestehens der Menschheit. Es geht um eine Weltordnung, die den Frieden sichert und den



Krieg ausschließt, dem Klimawandel gegensteuert, die Völker der Erde gleichbehandelt und ihre Souveränität achtet. Eine solche Weltordnung ist vom imperialistischen Lager nicht zu erwarten. Vielerorts ist man sich darin einig, dass die USA derzeit versuchen, ihren freien Fall als unipolare Macht aufzuhalten. Mit selbst aufgestellten Spielregeln wollen sie das Entstehen einer multipolaren Welt mit viel ausgewogeneren Spielregeln verhindern. Die Entwicklung der Volksrepublik China zu einer führenden Wirtschaftsmacht, der erneute Aufstieg der Russischen Föderation als energetisch, militärisch und geopolitisch gewichtiger Faktor, der größer werdende Einfluss Indiens, Irans, der Türkei und anderer asiatischer Staaten, die Blockbildungen wie BRICS, ASEAN, CELAC, die Shanghai Cooperation Organisation, die Eurasische Union oder die Afrikanische Union der Nationen bringen das von US-Strategen entwickelte System der alleinigen Macht aus dem Gleichgewicht. Die Mitglieder dieser Blöcke vertreten mehr als drei Viertel der Weltbevölkerung.

Entgegen der Vereinbarungen mit der Sowjetunion verschob die NATO nach 1991 in Europa ihre Linien in Richtung Osten. Seitdem sind 14 Länder zum Nordatlantikpakt neu hinzugekommen. Obwohl dieser Pakt einen Defensivgeist proklamiert, hat er militärisch unter anderem in Kuwait, Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Syrien und Libyen operiert und seinen Offensivcharakter offenbart. Die Gründung der Militärachse AUKUS zwischen Australien, Großbritannien und den USA sowie das im März 2022 in der Negev-Wüste abgehaltene Gipfeltreffen zwischen den Regierungen Israels, der USA, Ägyptens, Bahraains, der Vereinigten Arabischen Emirate und Marokkos zielten darauf ab, ein Bündnis gegen den Iran zu bilden. Mit permanenten Angriffen auf links oder progressiv orientierte Regierungen in Lateinamerika, ständigen Schüren von Konflikten im russlandnahen Raum und Provozieren der Volksrepublik China mittels Missbrauch Taiwans, versuchen die USA ihren Abwärtstrend als Weltmacht zu stoppen. Dafür verschwendet sie Milliarden an US-Dollar für die Rüstung.

Die Länder der Europäischen Union hatten angesichts ihrer eigenen Schwierigkeiten, die Blicke bereits auf das enorme demografische und wirtschaftliche Gewicht des Ostens, insbesondere auf die Asian Infrastructure Investment Bank, die fabelhaften Geschäftsperspektiven des chinesischen Seidenstraßen-Projekts und die günstige Energieversorgung aus der Russischen Föderation mittels der neuen Gaspipeline Nord-Stream 2 gerichtet. Das löste in Washington Alarm aus. Zunächst verließ das Vereinigte Königreich die EU. Dann heizte Washington 2014 den Aufstand in der Ukraine an. Der Versuch, dieses Land der NATO anzuschließen und es schließlich mit Atomwaffen auszustatten, löste die laufende russische Militäroperation aus. Mit dem Vorstoß wollen die USA Europa disziplinieren und einen neuen Eisernen Vorhang schaffen, um eine mögliche Zusammenarbeit Europas mit Asien endgültig zu verhindern. Der europäische Kontinent, der nach dem letzten Weltkrieg ununterbrochen US-militärisch besetzt war, ist im Begriff, seine Autonomie zu verlieren.

Aus dem ehemals kolonialisierenden Europa droht ein von den USA kolonialisiertes Europa zu werden.

Ein weiterer Aspekt von historischer Bedeutung ist der illegitime Anspruch des Westens, die bestimmende Kultur der Welt zu sein. Der Westen will seinen Wohlstand aufrechterhalten, den er durch die Plünderung an Millionen Menschen in den ehemaligen Kolonien erreichte. Auf einem globalen, finanziell und technologisch kapitalistischen Schachbrett, auf dem nur die USA-Strategien als Spielregeln gelten, verliert Washington Feld für Feld. Das verleitet die US-Administration dazu, erneut eine zweiseitige Taktik zu betreiben. Einerseits versucht sie, in einer relativ feudalen Art und Weise Bereiche neu zu ordnen, die ihr nicht günstig erscheinen. Andererseits will sie die Vormachtstellung der USA mit allen Mitteln in den Bereichen aufrechterhalten, die sie für grundlegend hält. Dazu zählen die Kontrolle der Wirtschaft mittels des US-Dollars als Leitwährung, rücksichtsloser technologischer Wettbewerb, das militärische Oberkommando und der Status als Chef in internationalen Organisationen.

Die Strategie der VR China geht in eine andere Richtung. Sie verwendet zwar ähnliche Handels- und Finanzsysteme. Sie tut das jedoch, um den offenen Handel und die globalen Wertschöpfungsketten intakt zu halten. Vielversprechend ist sicherlich ihr Konzept einer „Schicksalsgemeinschaft für die Menschheit“. Die Taktiken zweier Mächte

befinden sich im Konflikt. Das Entstehen von Verbindungen zwischen verschiedenen Kulturen verläuft bereits unaufhaltsam und beschleunigt. Dieser Prozess wird nicht wie bei der ökonomischen Globalisierung von transnationalen Konzernen kommandiert. Das Festhalten am Vorhaben, die Welt weiterhin oder erneut nach den Regeln westlicher Zivilisation zu verfassen, ist nicht nur anachronistisch, sondern auch unmöglich. Diejenigen, die das denken, wollen die Welt im Abgrund der Gewalt versenken. Sie nehmen den Menschen jegliche Möglichkeit der sozialen Verbesserung. Washington betreibt derzeit die gesellschaftliche Atomisierung. Es will Bindungen auflösen und begründet das mit Werteregeln, die durch die Geschwindigkeit des gesellschaftlichen Wandels an Gültigkeit verlieren. Washington sucht Zuflucht in der Vergangenheit, in der Verheißung verlorengegangener Paradiese, in konservativen Vorstellungen von Welten, die nicht mehr existieren.

Die lateinamerikanische und karibische Region hat in der Auseinandersetzung zweier Welten auf einem Planeten eine große Chance. Sie fängt an, darin eine wichtige Rolle zu spielen. Die Länder der Region beschleunigen ihren Einheitsprozess, den die Kolonialmächte ignorierten. Sie wollen zusammenarbeiten und Partner in Integrationsprozessen sein, die nicht nur die zwischenstaatliche Zusammenarbeit, sondern auch die grundlegende Beteiligung gesellschaftlicher Organisationen und

unterschiedlicher Kulturen an diesen Prozessen vorsehen. Sie befördern gleichzeitig den sozialen und internen Wandel, der von einer neuen Skala humanistischer Werte geleitet wird. Sie machen den Verzicht auf Gewalt zur Achse eines kraftvollen kollektiven Wandels.

Die linken und Fortschrittskräfte Lateinamerikas und der Karibik errangen 2022 weitere Erfolge. Sie sind dabei, das Projekt einer humanen kontinentalen Nation in Angriff zu nehmen. Dieser Prozess erfolgt nicht widerspruchsfrei. Linke und Fortschrittskräfte, die im Forum von Sao Paulo vertreten sind, und links oder progressiv orientierte Regierungen sind nicht ein und dasselbe. Die Sao-Paulo-Kräfte können durchaus in Opposition zu diesen Regierungen stehen. Bei allen Unterschieden der politischen Ausrichtungen werden die linken und Fortschrittskräfte Lateinamerikas und der Karibik auch 2023 auf ihrem Kontinent für eine neue Erfolgswelle und damit auch für neuen Gegenwind sorgen. Sie hält eine Klammer zusammen: Sie wollen, dass ihre Länder unabhängig vom nordamerikanischen Imperialismus werden.

Wolfgang Herrmann, Dreesch

gestützt auf einen Beitrag von Javier Tolchachier für teleSUR. Javier Tolchachier ist Forscher am World Center for Humanist Studies und Kolumnist für die internationale Nachrichtenagentur Presenza mit Schwerpunkt Frieden und Gewaltlosigkeit.

Ultrarechte aus Lateinamerika und der Welt versammelten sich in Mexiko

Ein „Neofaschistischer Gipfel in Unserem Amerika“ sucht nach Strategien gegen eine wiedererstarkte Linke.

Vom 17. bis 19. November 2022 fand in Mexiko-Stadt die Politische Konferenz der Konservativen Aktion (CPAC – Conferencia Política de Acción Conservadora) statt. Organisiert wurde diese von der Amerikanischen Konservativen Union (American Conservative Union) in Zusammenarbeit mit der Bewegung „Es Lebe Mexiko“ (Movimiento Viva México). Die seit 1974 jährlich anberaumte Konferenz vereint Organisationen, Aktivisten und Funktionsträger aus dem konservativen, rechten bis hin zum ultrarechten politischen Spektrum des amerikanischen Kontinents, aber auch aus Europa und Asien.

Als Redner der Veranstaltung waren unter anderem Eduardo Bolsonaro, Sohn des abgewählten brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro, der in Miami ansässige Exil-Kubaner Orlando Gutiérrez-Boronat vom USAID-finanzierten Kubanischen Direktorium für Demokratie (Directorio Democrático Cubano)

sowie der am Putsch gegen Evo Morales beteiligte Gouverneur des bolivianischen Bundesstaates Santa Cruz, Luis Fernando Camacho, anwesend bzw. per Video zugeschaltet. Camacho ist auch die treibende Kraft beim aktuellen Streik gegen die Linksrregierung. Ebenfalls kamen mit Jianli Yang prominente Vertreter des Antikommunismus aus China sowie unter anderem mit Gergely Gulyás von der ungarischen Fidesz-Bewegung, Santiago Abascal, dem Vorsitzenden der ultrarechten spanischen Partei Vox, und dem ehemaligen polnischen Präsidenten Lech Walesa bekannte Stimmen aus Europa zum Treffen nach Mexiko.

Inhaltlich ging es laut Programm des Kongresses um Themen wie „Religionsfreiheit“, die „Überwindung des Kommunismus zum Erreichen der wirtschaftlichen Freiheit“, den Kampf gegen die „kubanische Diktatur“ sowie um die politischen Kämpfe der Rechten in Lateinamerika, Europa und Asien.

Donald Trump, der in der Vergangenheit selbst als Redner teilnahm, war lediglich durch eine Videobotschaft am Ende des

Kongresses zu hören. Statt dessen nutzten sein ehemaliger Berater Steve Bannon sowie der republikanische US-Senator Ted Cruz die Möglichkeit zum verbalen Frontalangriff. So warf Bannon dem gerade wiedergewählten brasilianischen Präsidenten Inácio Lula da Silva vor, die Wahl gegen seinen Kontrahenten Bolsonaro gestohlen zu haben. Ted Cruz hingegen bezeichnete den mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador als „Risiko und Gefahr für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten“. Ziel des Kongresses war es, durch eine intensivere Kooperation und Koordination rechter Kräfte der wiedererstarkten Linken in Lateinamerika etwas entgegenzusetzen oder, wie es die Veranstalter ausdrückten, der Stimme der „Verteidiger von Freiheit und Demokratie in unseren Ländern“ Gehör zu verschaffen.

Samuel Weber

Redaktionell gekürzt

Quelle: amerika21, 29.11.22

COP27: Lula da Silva stellte Klimaagenda für Brasilien und den Amazonas vor

Lula kündigte Führungsrolle Brasiliens beim globalen Klimaschutz an und versprach, den reichen Ländern Druck zu machen, ihre Zusagen einzuhalten.

Während die Ergebnisse der Verhandlungen auf der 27. UN-Klimakonferenz (COP27) in Ägypten hinter den Erwartungen zurückblieben, hat sich dennoch etwas ereignet, das vielen Hoffnung für den globalen Klimaschutz macht: Die Teilnahme von Brasiliens ehemaligem und neu gewähltem Präsidenten Luiz Inacio Lula da Silva. Obwohl noch nicht offiziell im Amt, wurde er wie kaum ein anderer der internationalen Politiker auf der Konferenz begrüßt.

Er stahl damit der offiziellen Delegation Brasiliens unter Leitung von Umweltminister Joaquim Leite, dem wenig Beachtung von den Delegierten geschenkt wurde, die Show. Begleitet wurde der designierte Präsident unter anderem von seiner früheren Umweltministerin Marina Silva und Umweltberaterin Izabella Teixeira (Umweltministerin 2010–2016).

In seiner viel erwarteten Rede kündigte er an, daß Brasilien im Kampf gegen den Klimawandel und für den Regenwaldschutz wieder eine Führungsmacht werden soll, wofür er lautstarke Beifall von den internationalen Delegierten erntete. „Lula, Lula, Lula“, schallte es aus allen Ecken.

„Ich möchte Ihnen allen sagen, daß Brasilien zurück ist. Brasilien ist zurück, um seine Beziehungen zur Welt wieder aufzunehmen und den Hunger in der Welt wieder zu bekämpfen. Um wieder mit den ärmsten Ländern, vor allem Afrika, zusammenzuarbeiten, um mit Technologietransfers eine bessere Zukunft für unsere Völker aufzubauen.“ Der Klimaschutz sei untrennbar mit dem Kampf gegen Hunger und Armut verbunden. Man müsse die Natur als Verbündeten und nicht als Feind begreifen, erklärte er.

Viele Regierungen, darunter Deutschland, die USA oder Frankreich, und auch Nichtregierungsorganisationen begrüßten fast schon euphorisch Lulas Ankündigungen. „Im Grunde ist die brasilianische Außenpolitik heute wie neu geboren“, kommentierte etwa Claudio Angelo von der Klimabeobachtungsstelle.

Brasilien wird 2024 den Vorsitz der G20, der Gruppe der Industrie- und Schwellenländer, übernehmen. Die Klimaagenda wird eine der wichtigsten Prioritäten sein, erklärte Lula in seiner Rede und versprach, daß er den reichen Ländern Druck machen werde, ihre Zusagen einzuhalten. Der Politiker will erreichen, daß sie jährlich 100 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen, damit Länder



Neu gewählter Präsident Lula da Silva
Quelle: pt

wie Brasilien ihre Entwaldung reduzieren und sich an den Klimawandel anpassen können. „Ich möchte Sie daran erinnern, daß die reichen Länder auf dem COP15-Gipfel in Kopenhagen versprochen haben, pro Jahr 100 Milliarden US-Dollar aufzubringen, um den weniger entwickelten Ländern bei der Bewältigung des Klimawandels zu helfen. Dies ist, wie jeder weiß, nicht geschehen“, sagte er. Zudem brauchen „wir finanzielle Mechanismen, um die durch den Klimawandel verursachten Verluste und Schäden zu beheben. Wir können diese Debatte nicht aufschieben. Es ist an der Zeit, zu handeln“, betonte Lula. Neben dem G20-Treffen in Brasilien stellte der Links-Politiker zwei weitere Gipfel in Aussicht: So werde er UN-Generalsekretär Antonio Guterres vorschlagen, daß Brasilien 2025 die 30. Weltklimakonferenz im Amazonasgebiet austragen darf. Zweitens will er ein Treffen der Amazonasländer organisieren, um enger bei der nachhaltigen Entwicklung im Amazonasgebiet zusammenzuarbeiten.

Neben den Nachbarländern will Lulas Regierung beim Amazonasschutz auch wieder enger mit Norwegen und Deutschland kooperieren. In Sharm el-Sheikh führte er dazu Gespräche mit Ministern beider Regierungen, die den Amazonienfonds mit neuen Finanzmitteln ausstatten wollen, nachdem dieser 2019 von Jair Bolsonaros Regierung deaktiviert wurde. Der Fonds ist ein wichtiges Finanzierungsinstrument zur Reduzierung der Entwaldung und Förderung einer nachhaltigen Waldnutzung. Norwegen leistete bisher mit 1,2 Milliarden US-Dollar den größten Teil, Deutschland etwa 68 Millionen US-Dollar.

Seine Regierung werde auch die Süd-Süd-Kooperation zum Schutz der größten Regenwälder stärken, kündigte Lula an. Am Rande des G20-Gipfels in Bali schlossen die drei größten Regenwaldnationen der Welt – Brasilien, Indonesien und die Demokratische Republik Kongo – dafür im Rahmen der COP27 eine trilaterale Allianz zur Zusammenarbeit beim Regenwaldschutz.

Ziel werde unter anderem sein, „einen neuen nachhaltigen Finanzierungsmechanismus“ auszuhandeln, um die Entwicklungsländer bei der Erhaltung ihrer biologischen Vielfalt zu unterstützen. Auch sollen Mittel für das REDD+-Programm der Vereinten Nationen zur Reduzierung der Entwaldung und nachhaltigen Waldnutzung aufgestockt werden.

Auf die drei Länder entfallen 52 Prozent des weltweiten tropischen Regenwaldes und 64 Prozent der in den vergangenen zwei Jahrzehnten verlorenen Tropenwaldflächen. Wobei Brasilien laut dem Global Forest Report des World Resources Institute die Liste mit mehr als 27 Millionen Hektar zerstörter Fläche anführt.

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Bolsonaro will Lula beim Umwelt- und Klimaschutz zivilgesellschaftliche Organisationen und die indigene Bevölkerung stärker einbeziehen. Unter anderem plant er, ein entsprechendes Ministerium für indigene Völker einzurichten, erklärte Lula im Rahmen des Internationalen Forums der indigenen Völker zum Klimawandel.

Jan Marinko

Quelle: amerika21, 23.11.22

Urteil im MH17-Prozeß verkündet

In der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) vom 18.11.22 wurde eine präzise Urteilsbegründung des niederländischen Gerichts zum Abschluß von Flug MH17 veröffentlicht, die einen Vergleich mit einer ähnlichen Tragödie erlaubt.

Am 3. Juli 1988 wurde der Iran-Air-Flug 655 vom amerikanischen Kreuzer USS „Vincennes“ abgeschossen. An Bord befanden sich 290 Personen, unter ihnen 66 Kinder. Alle fanden den Tod im Indischen Ozean. Das

Aegis-Kampfsystem der USS „Vincennes“ hatte das Flugzeug irrtümlicherweise als ein Kampfflugzeug des Typs F-14 Tomcat identifiziert. Obwohl andere Hinweise auf eine Passagiermaschine deuteten, entschloß man sich auf der USS „Vincennes“ zum Abschluß. Die aktuelle Urteilsbegründung ist deshalb so interessant, weil sie aufgrund des abgehörten Funkverkehrs anerkennt, daß der Abschluß irrtümlich erfolgte, ebenso wie der Abschluß des Iran-Air-Flugs 655.

Im Unterschied zu damals konnte aber nicht festgestellt werden, wer den Abschlußbefehl gab.

Der Kommandant der USS „Vincennes“, William Rogers, wurde 1990 von Präsident George H. W. Bush mit dem Legion-of-Merit-Orden „für außerordentliche Pflichterfüllung im Einsatz“ ausgezeichnet.

Urs Oswald
Zürich

Kampf der Palästinenser dauert bis heute an

Die kriegerischen Auseinandersetzungen des von der Mehrheit der UN-Kommission auf 14 000 km² konzipierten Staates Israel mit dem arabisch-palästinensischen Volk in Palästina, dem 11 100 km² zugesprochen wurde, setzten unmittelbar nach der offiziellen Staatsgründung von Israel ein und dauern in unterschiedlichen und periodisch eskalierenden Dimensionen bis in die Gegenwart an. Die Zerstörung und Massakrierung der Männer, Frauen und Kinder des nahe von Jerusalem gelegenen palästinensischen Dorfes Deir Yassin durch zionistische Aggressoren waren der Beginn. Die wenigen Überlebenden wurden nackt durch die Straßen von Jerusalem gejagt. Der Großteil der arabisch-palästinensischen Einwohner von Jaffa, das mit Tel Aviv zusammengelegt wurde und im UN-Teilungsplan Teil von Palästina war, wurde von den israelischen Milizen zur Flucht gezwungen. Nach drei Wochen und mehrtägigem Beschuß waren die meisten der etwa 70 000 Einwohner aus Jaffa geflohen. Mit der Veröffentlichung und Propaganda ihres brutalen

Vorgehens versetzten die zionistischen Israelis die palästinensischen Araber in Furcht und Schrecken. Die Zahl der geflüchteten palästinensischen Araber in der Zeit zwischen Anfang März und Mitte Mai 1948 wird auf 200 000 bis 300 000 geschätzt.

Am 29. Oktober 1956 hat Israel entgegen dem Gewaltverbot der UNO-Charta Ägypten angegriffen und die Sinai-Halbinsel besetzt. Frankreich und Großbritannien als NATO-Länder griffen etwas später militärisch ein. Sowohl die zuvor von beiden Staaten nicht informierte USA und die Sowjetunion forderten die Einstellung der Kämpfe, was nach neun Tagen geschah. Seit dem Suezkrieg war Israel klar, daß ihm die Interessen des US-Imperialismus im Nahen Osten wesentlich nützlicher sind als jene des europäischen Westens. Es forderte deshalb die in den USA assimilierten reichen Juden auf, den US-amerikanischen Imperialismus zu unterstützen. Die jüdische Linke in den USA, ohnehin von der Kommunistenverfolgung bedroht, hatte dieser Parteinahme nichts entgegenzusetzen. Nach dem israelischen Aggressionskrieg gegen die Vereinigte Arabische Republik (VAR), Syrien und Jordanien im Juni 1967 (Sechstagekrieg) besetzte Israel Ostjerusalem, Westjordanland, Golan und den Gazastreifen und begann mit der Deportation der zu über 90 % muslimischen palästinensischen Einwohner und mit der Errichtung erster israelischer „Wehrdörfer“. Jerusalem, für das die UN-Resolution 303 (9. Dezember 1949) aufgrund seiner Geschichte einen internationalen Status einfordert, erklärte Israel 1950 (23. Januar) zu seiner Hauptstadt mit Sitz der Knesset (Parlament) und begann, in diese die umliegenden palästinensischen Dörfer einzugemeinden. Die Demütigung für die Palästinenser durch die Zionisten hätte

nicht größer sein können, weil Jerusalem die Seele der Palästinenser ist. Aber noch 2012 wurden palästinensische Familien im Jerusalemer Viertel Sheik Jarrah und 2021 im Wohnviertel Al Bustan/Silwan aus ihren Häusern vertrieben. Widerstand gegen diese Besitznahme wird von Israels Armee mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft. Seit 1967 bis Okto-



Die Mauer zwischen Israel und den besetzten Gebieten: Freiheit für Palästina!

ber 2021 inhaftierte Israel eine Millionen Palästinenser, davon 17 000 Frauen und 50 000 minderjährige Kinder. Die verhafteten Personen werden psychischer und oft physischer Folter ausgesetzt.

Im Krieg von 1973 erweiterte Israel nochmals sein Okkupationsgebiet. Die Kriege von 1978, 1982 und 2006 festigten im Ergebnis Unterdrückung und Versklavung der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Die Mordaktionen libanesischer Milizen in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila (16.–18. September 1982) wurden von israelischen Besatzungssoldaten bewacht. Die Zahl der Getöteten in den Lagern wird mit 600 bis 800 angegeben, 1800 Männer, von denen keiner zurückkehrte, wurden abtransportiert. Alle in westlichen Medien prominent begleiteten Friedenspläne zwischen Israel und Palästina werden von den israelischen Systemeliten de facto sabotiert.

Camp David (1979) und die Verträge von Oslo I und Oslo II (1993) haben zur gegenseitigen Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (Palestine Liberation Organization/PLO) und Israel geführt. Die palästinensischen Autonomiebehörden können wegen der israelischen Okkupationspolitik nur wenige Enklaven verwalten. Die Zahl der jüdischen Siedler im Westjordanland hat sich auf heute mit fast einer halben Million mehr als vervierfacht, weitere rund 220 000 leben in Ostjerusalem. Israel umfaßt heute 20 770 km², Palästina, in dem sich mehr als 200 000 israelische Siedler, gestützt auf das israelische Militär, immer weiter ausdehnen, umfaßt mit seiner Hauptstadt Ramallah 6 257 km². Der Staat Israel mit über neun Millionen Einwohnern, von denen sich ca. 75 % zum jüdischen Glauben bekennen, ist eine nach westlichen Werten

gemessen bürgerliche parlamentarische Demokratie. Palästina hat ca. 5 Millionen Einwohner. Über 1,5 Millionen mehrheitlich geflüchtete Palästinenser leben unter ärmlichsten Bedingungen gedrängt im Gebiet des Gazastreifens (ca. 365 km²). Gaza ist zu Land und zu Wasser blockiert, 2010 hat eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen vergeblich den israelischen Angriff auf eine Gaza-Hilfsflottille verurteilt. Noam Chomsky, einer der weltweit bekanntesten Intellektuellen aus den USA, unterbreitet seit Jahrzehnten den Vorschlag, eine künftige binationale, säkulare Demokratie im ehemaligen Palästina vom Meer bis zum Jordan wenigstens zu erwägen. Er steht damit ziemlich allein und der binationale Friedensgedanke gelingt nicht einmal in Jerusalem. Die Besetzung des Irak (2003) hat Chomsky als eine Katastrophe für die palästinensischen Araber bezeichnet. Die Nahostkorrespondentin der Neuen Zürcher Zeitung Inga Rogg steht der binationalen Lösung dagegen skeptisch gegenüber, weil dieser Staat unterschiedliche Rechte

für israelische und palästinensische Bürger haben werde.

Die nach Reichtum greifenden jüdischen Eliten werden von den USA und von Deutschland hochgerüstet. Die israelische Armee operiert mit tausenden Panzern, mit 2000 Kampfflugzeugen und hat biologische, chemische und nukleare Waffen in ihrem Arsenal. Für ihr brutales Vorgehen in den besetzten palästinensischen Gebieten gegen die nationale palästinensische Befreiungsbewegung hat die Israel Defense Force freie Hand bis hin zum Einsatz von Exekutionskommandos gegen von der Cyberspionage als mutmaßliche „Terroristen“ benannte palästinensische Männer. Gezieltes Töten ohne Gerichtsverfahren hat auch der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Präsident der USA Barack Obama (*1961) praktiziert.

Der Widerstand der palästinensischen Araber gegen die israelische Herrschaft flammt immer wieder auf, zuletzt besonders blutig 2014 und 2021. Die seit der Ersten Intifada (1987–1991) sich rekrutierende und die Kapitulation vor Israel ablehnende palästinensische Befreiungsorganisation Hamas wendet Waffengewalt mit eher untauglichen Raketen, Granaten und Tunnels an, was im historischen Prozeß als ein verzweifelter Akt des Widerstands erscheint, um die Weltöffentlichkeit aufmerksam zu machen. Das gilt ebenso von der Aktion „Der große Marsch der Rückkehr“ mit ihren täglich hohen Opferzahlen.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Redaktionell gekürzt

Auszug aus: Palästina und Israel. Eine historisch politische Reflexion, Zeitung der Arbeit, Wien, 23.9.22

Nix Neues aus Mali?

Zu den jüngsten Entwicklungen in dem westafrikanischen Land

Afrika bewegt seit über zehn Jahren eine „zweite Welle der Unabhängigkeit“ nach der politischen Befreiung in den 60er Jahren, um die Souveränität über ihre wirtschaftlichen Ressourcen zu erlangen. Berufen sich einige auf panafrikanische Erbe antiimperialistischer Führer, wie den Präsidenten von Mali Mobido Keita oder Ghanas Kwame Nkrumah, ersetzt eine nationale Bourgeoisie in vielen Ländern die „Kompradoren-Bourgeoisie“. Ideologische Unterschiede, auch das Verhältnis zur VR China, überdecken oftmals die Klassenspaltung im eigenen Land. Charakteristisch für diese zweite Welle ist das Bemühen um eine Rekonstruktion der Nationalstaatlichkeit wie sie in Mali verläuft: in der ersten Etappe die Sicherheit ihrer Bürger zu garantieren und im weiteren eine starke Ökonomie zu entwickeln, um Armut und Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die malische Übergangsregierung legte ihre „roadmap“ vor, mit der die Voraussetzung der nationalen Einheit geschaffen und die große ethnisch-politisch-ökonomische Spaltung zwischen den Nordprovinzen und dem Zentrum überwunden werden soll.

Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft COMESA hatte im Juli vergangenen Jahres die Verlängerung der Transition bis März 2024 akzeptiert und die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen aufgehoben. Mali konnte die aufgelaufenen Kredite – nach der Ratingagentur Moodys über eine halbe Milliarde Dollar – wieder bedienen, und der Internationale Währungsfonds entspernte seine Kreditrate. Aktuell gewährte die Westafrikanische Entwicklungsbank BOAD einen Kredit über 13 Mio. Euro für Projekte zur Stromversorgung. Angesichts der „schrittweisen Normalisierung“ forderte Außenminister Abdoulaye Diop, auch die individuellen Sanktionen und die Suspendierung der Afrikanischen Union aufzuheben.

Der Chef der UN-Mission in Mali (MINUSMA), El Ghassim Wane, hob anerkennend die politischen Fortschritte der Übergangsregierung hervor: „Es wurden ein Wahlgesetz verabschiedet, eine Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung eingesetzt, Anstrengungen unternommen, um ein unabhängiges Wahlkomitee einzurichten und der Friedensprozeß (im Norden) wieder in Gang gebracht ...“ Das „Tribunal de grande instance“, der Oberste Gerichtshof, konnte nach neun Monaten Abwesenheit seine Tätigkeit wieder aufnehmen.

Konsultationen

Der zu schaffende Verfassungsentwurf soll „den Erwartungen des Volkes entsprechen und die Grundlage für starke Institutionen und ein gesundes und ausgewogenes politisches Spiel zwischen den verschiedenen institutionellen Akteuren sein“, so Übergangspräsident Assimi Goita. Die kurze Zeit nutzte die Kommission unter Professor Fouseny Samake für breit angelegte intensive

Konsultationen. Zuerst schriftliche Stellungnahmen der politischen Parteien, Organisationen und Vereinigungen der Zivilgesellschaft, am 26. Juli Treffen mit den Parteien, dann zwei Tage später mit den Organisationen der Zivilgesellschaft. Danach wurden die Vorschläge der politischen Organisationen, der Zivilgesellschaft und der traditionellen Würdenträger angehört. Auch einzelne Malier konnten über eine Web-Seite ihre Vorschläge einbringen. Nach vier Wochen wurden mehr als 10 000 Beiträge gezählt.

Der Entwurf

Die Verfassungskommission CRNC hatte fristgerecht einen 195 Artikel umfassenden Entwurf vorgelegt, der die staatliche Souveränität über die natürlichen Ressourcen und die nationale Einheit betont, aber durch die Einrichtung einer zweiten Parlamentskammer der regionalen Gewichtung mehr Raum läßt. Den z. T. vernachlässigten Nordprovinzen wird in dem neuen Zwei-Kammern-Parlament mehr politischer Einfluß eingeräumt. Der korrumpierte Verfassungsgerichtshof und der „Haut conseil des collectivités“ sollen aufgelöst und durch neu zu wählende Körperschaften ersetzt werden. Die Gebietskörperschaften (Distrikte, Provinzen) wie auch die Wahlbezirke werden der demographischen Entwicklung (wie auch den Erfordernissen des Abkommens von Algier 2015 im Norden) angepaßt, ihre Zuständigkeiten und Ressourcen benannt. Um die öffentlichen Dienste sicherzustellen, verlängerte der Ministerrat auf seiner Sitzung am 12. Oktober vergangenen Jahres das abgelaufene Mandat der am 20. November 2016 zuletzt gewählten Gemeinderäte.

Der Nationalversammlung wird in der Gesetzgebung eine zweite Kammer, ein „Haut conseil de la Nation“ – ein Hoher Nationalrat – zur Seite gestellt, der aus gewählten Vertretern der Provinzen besteht. Zur Kontrolle der Finanzen wird ein Rechnungshof geschaffen. Ergänzend dazu hat die Übergangsregierung am 12. Oktober beschlossen, ein Cyber-sicheres System von standardisierten Rechnungsstellungen und Finanztransaktionen einzurichten sowie einen biometrischen Personalausweis wie in den ECOWAS-Staaten einzuführen.

Zwischen Präsident und Premierminister besteht nach dem Verfassungsentwurf eine klare Arbeitsteilung: Der Staatspräsident wird die Richtlinien der Politik bestimmen und die Regierung diese ausführen. Der Staatspräsident kann die Nationalversammlung nicht mehr auflösen, dafür kann die Nationalversammlung die Regierung nicht mehr absetzen. Hingegen sieht der Verfassungsentwurf die Möglichkeit vor, den Präsidenten oder Premier zum Beispiel „wegen Hochverrats“ seines Amtes zu entheben, wenn die Hälfte der Mitglieder beider Kammern dafür stimmen. Neu ist, daß sich alle Bürger direkt an die General-Staatsanwaltschaft wenden können.

Kontroverse Diskussion bis zum Volksentscheid

Kritik des Oppositionsbündnisses „Cadre“ ließ nicht lange auf sich warten: Für den Vorsitzenden der Partei PSDA „Parti Socialiste Démocrate Africain“, Ismael Sacko, hätte eine „einfache Überarbeitung“ ausgereicht. Auch ist er „im Prinzip gegen die Volksabstimmung“, die erst nach den Wahlen hätte durchgeführt werden sollen. Eine Übergangsregierung sei dazu nicht kompetent. Dennoch werden die Betonung der Souveränität über die natürlichen Ressourcen oder auch die in der neuen Verfassung eingeführten Absetzungsverfahren für den Präsidenten der Republik, den Präsidenten der Nationalversammlung oder den Präsidenten des Hohen Rates der Nation als Fortschritte begrüßt, da sie die Staatsoberhäupter in die Pflicht nehmen.

Die Weltlichkeit des Staates (Trennung von Religion und Staat) wird im Entwurf durch prinzipielle Freiheiten der Religionen und traditionellen Kulte untermauert. Dennoch ist abzuwarten, ob die traditionellen Autoritäten „Chefferie“ ihre herkömmlichen Stammesrechte ausreichend gewahrt sehen, was sie noch am 10. Oktober gefordert hatten. Konsequenterweise wurden sechs Personen in Untersuchungshaft genommen, weil sie „beleidigende Handlungen gegen den Koran, den Propheten Mohamed und den Islam in den sozialen Netzwerken zirkulieren“ ließen“, so Le Monde Afrique am 4. November. Der Privatsender JolyTV (Tochter der US-amerikanischen Binth Group) wurde von der Kommunikationsbehörde HAC deshalb für zwei Monate gesperrt.

Es wird sich zeigen, inwieweit sich die Unterzeichner des Friedens-Abkommen von Algier (2015) bezüglich der stärkeren Gewichtung der Nordprovinzen im Verfassungsentwurf berücksichtigt finden. Die „Koordination der Azawad-Bewegungen“ hatte sich jedenfalls im Juli auf ihrer Konferenz in Kidal in Anwesenheit der Vertreter der Übergangsregierung und MINUSMA „verlassen“ gezeigt und „mit großer Sorge die kontinuierliche Verschlechterung der soziopolitischen Lage“ beklagt. Premierminister Chogol Maiga, der einen Herzanfall erlitt, war ein erklärter Gegner des Friedensabkommens, aber auch des Wahlgesetzes. Der ihn ersetzende Colonel Abdoulaye Maiga, Minister für die Territorialverwaltung und Dezentralisierung und jetzt auch Regierungssprecher, wird nicht nur frischen Wind in die Regierungsgeschäfte bringen, sondern auch in die Verhandlungen mit der CMA weiterführen.

Kampf gegen den Terror ...

Die letzten Monate waren von den Attacken gegen die Armee FAMA geprägt, auch wenn der Islamische Staat EIGS sich mit Al Qaida im Norden blutige Kämpfe um die Vorherrschaft – sprich Pfründe wie Schutzgelder und Plünderungen – liefert. Die FAMA hat

große Probleme mit ihrer Mobilität – ihren Schwertransportern stehen Terroristen auf Motorrädern gegenüber. Das Africa Center des Pentagon registrierte 2022 einen Anstieg terroristischer Attacken um 21 Prozent in der Sahelzone. Aber in der „Operation Maliko“ konnten mit Luftunterstützung mehrere Führer der Islamisten ausgeschaltet und zahlreiches Kriegsgerät erbeutet werden. Nach dem FAMA-Pressedienst wurden allein in der letzten Oktoberwoche 58 Terroristen getötet. Nach Aussagen des Generalstabschefs General Oumar Diarra seien die Bauern in der Erntekampagne 2022 nicht so bedroht wie in den

einzudämmen, und die Gendarmerie und Polizei einem militärischen Kommando zu unterstellen. Sie sollen die von der FAMA als „vom Terrorismus befreiten Gebiete“ sichern. Außerdem wurde der „Hohe Islamische Rat“ (Haut Conseil islamique) offiziell damit betraut, mit den malischen Djihadisten zu verhandeln. Die Regierungen der Nachbarstaaten im Sahel, wie Niger, haben um grenzsichernde Zusammenarbeit nachgesucht. Das Pendant zu „Wagner“, die türkische Militärberatungsgesellschaft „Sadat“, bemüht sich dabei um die Gunst der westafrikanischen Armeen, d.h., um die „erfolgreiche Platzierung eines inte-

im Gegensatz dazu Mali neben Burkina Faso, Äthiopien, Guinea mit den Vorzugs-Zollbedingungen und dem Ausschluß aus dem AGOA-Handelspakt der USA (Radio France International 3. Nov. 2022).

Die soziale Brisanz des Kampfes gegen den Terror, d.h. die Notwendigkeit, über die soziale Entwicklung den terroristischen Sumpf auszutrocknen, wurde erkannt. Im Dialog mit politischen Parteien und der Zivilgesellschaft hat die Regierung mit der Afrikanischen Entwicklungsbank BAD den Projektplan bis 2025 diskutiert: 21 landwirtschaftliche Projekte im Privatsektor mit einem Investitionsvolumen von 560 Mio. Euro sollen in den Konfliktzonen realisiert werden. Wie wichtig diese Projekte für die soziale Infrastruktur, für Ernährung und Gesundheit sind, machen folgende Zahlen drastisch deutlich: 2017 starben mehr Frauen und Mädchen während der Geburt (4400) als der islamistische Terror in den sechs vorangegangenen Jahren an Menschenleben (946) kostete.

Nichts Neues in Mali?

Doch! Es war natürlich zu erwarten, daß die alten Eliten um die Partei des abgesetzten, in der Zwischenzeit verstorbenen Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita eine oppositionelle Koalition bilden. Auch daß sie nunmehr versuchen, diskret die religiöse Autorität des Landes, Imam Mahmoud Dicko, auf ihre Seite zu ziehen. Oder daß der frühere Premier Moussa Mara nach Paris reiste, selbst unter der gerichtlichen Auflage, sich jede Woche beim Amt zur Korruptionsbekämpfung in Bamako zu melden. Denn die malische Übergangsregierung macht ernst: So forderten die malischen Behörden, den Vizepräsidenten der Afrikanischen Entwicklungsbank BOAD, Moustapha Ben Barka, zu entlassen. Ben Barka vertritt Mali im Bankvorstand und soll sich nun den Korruptionsvorwürfen stellen.

Doch das Neue ist, daß das Volk von Mali auf dem Weg ist, seine Zukunft in einem Referendum selbst zu bestimmen und die Regierung zwei von drei „Hemmnissen des demokratischen Fortschritts“ beseitigt hat: die als Entwicklungshilfe und Budgethilfe bezeichneten „Zahlungen für den Staatsapparat“, die mehr der Korruption dienen, und die Möglichkeit der direkten Einflußnahme durch „Vertrauenspersonen der Geldgeber in wichtigen Funktionen“. Das dritte Hemmnis, die unsichtbare „Kontrolle des Geldverkehrs mit dem Ausland durch Errichtung eines von den imperialen Mächten kontrollierten Zentralbanksystems“, wird noch aus dem Weg zu schaffen sein, sei es durch die Emission einer eigenen Währung, wie es der erste Präsident Mobido Keita mit dem in der Tschechoslowakei gedruckten „Mali-Franc“ unternahm, oder durch die bis 2027 einzusetzende Gemeinschaftswährung der COMESA, den ECO.

Georges Hallermayer

Georges Hallermayer, geb. 1946, Historiker, war stellvertretender Centrumsleiter und Dozent bei den Carl-Duisberg-Centren. Er war viele Jahre Betriebsrat und Mitglied im GEW-Landesvorstand Saar und ist Vorstandsmitglied der Marx-Engels-Stiftung.



Schule in Bamako

Vorjahren. Die Armee sei „dieses Jahr sehr dynamisch.“ Allerdings sind im Land infolge der djihadistischen Überfälle 900 Schulen geschlossen. Die Anwesenheit russischer Soldaten, in der westlichen Presse als „Gruppe Wagner“ bekannt, wird im großen und ganzen anerkannt, auf Demonstrationen begrüßt. Die zuletzt von Radio France International gemeldeten „Vergewaltigungen in Rio Oro“ durch diese Truppe beruhen auf unbestätigten telefonischen Aussagen. Im Kontrast dazu klagt Premierminister Maiga vor dem UN-Sicherheitsrat Frankreichs Regierung an, Terroristen mit Waffen und logistischen Satelliteninformationen zu unterstützen. Premier Assimi Goita hatte dementsprechend acht der elf Vereinbarungen annulliert, die 1959 mit der Kolonialmacht Frankreich als Voraussetzung zur Unabhängigkeit geschlossen wurden. Der Außenminister von Nachbar Guinea, Morissanda Kouyate, bekräftigte die „solide Unterstützung“ im Kampf gegen den Terrorismus, denn „alles, was in Mali geschieht, geschieht auch in Guinea ...“ Colonel Goita habe „den von Gründungsvater Ahmed Sekou Toure vorgezeichneten Weg zur Wiedererlangung der afrikanischen Würde aufgezeigt“. Während die burkinische Übergangsregierung dafür mobilisiert, daß 50 000 Freiwillige in die Armee eintreten, brach ein politisches Tabu: Der malische Ministerrat erklärte, den Sumpf des Terrorismus austrocknen zu wollen, den Einfluß der bewaffneten Banden, der „Hani“ („Hommes armés non identifiés“),

grierten Grenzüberwachungssystems, das Angriffe bewaffneter Gruppen verhindern soll“. In Burkina Faso zeigen sich erste konkrete Ergebnisse: Capitain Ibrahim Traore, der Übergangspräsident von Burkina Faso, vereinbarte mit Malis Colonel Assimi Goita bei seinem ersten Besuch am 2. November 2022 in Bamako, was es bislang noch nicht gab, nämlich gemeinsame Grenzpatrouillen, gegenseitige Luftunterstützung und die Benennung eines Verbindungsoffiziers in beiden Hauptstädten.

... und Kampf gegen die Armut

Mali ist bitterarm. Den drohenden Hunger, nicht zuletzt durch die 60prozentige Erhöhung des Preises für Weizenmehl verursacht, gilt es abzuwenden. Rußlands Versprechen, bis zu 500 000 Tonnen Getreide gratis nach Afrika zu schicken, nimmt Gestalt an: Die Einzelheiten werden zwischen Moskau und Ankara auf dem nächsten G20-Gipfel besprochen. Präsident Recep Erdogan kündigte an, daß die beiden Länder besonders betroffene Länder wie Somalia, Sudan und Djibouti beliefern. (Agence Ecofin, 4. 11. 2022). Mit Mali ist die Solidaritätsaktion bereits beschlossen: Wirtschaftsminister Alousseine Sanou informierte im nationalen Fernsehen, daß in Kürze 30 000 Tonnen Düngemittel und 25 000 Tonnen Weizen sowie 60 000 Tonnen Erdölprodukte geliefert werden, erklärte die Schweizer Informationsagentur Agence Ecofin am 3. November. Die USA sanktionieren

Der nächste verlorene Krieg

Außenministerin Baerbock setzt Verlängerung des Militäreinsatzes in Mali durch – aus bloß strategischen Gründen. Der Mali-Einsatz ist ebenso gescheitert wie derjenige in Afghanistan.

Niederlage am Hindukusch

Mit dem Beschluß, die Bundeswehr bis zum Mai 2024 endgültig aus Mali abzuziehen, gibt die Bundesregierung den nächsten Krieg des Westens auch offiziell verloren. Erst im August vergangenen Jahres hatten die NATO-Truppen überstürzt Afghanistan verlassen, nachdem es den Taliban schneller als erwartet gelungen war, das Land unter Kontrolle zu bekommen. Damit ging – auch für die Bundeswehr – ein fast 20 Jahre währender Krieg zu Ende, in dem es einer militärisch erdrückenden westlichen Übermacht nicht gelungen war, den seit 2001/2002 immer wieder selbstherrlich angekündigten Wiederaufbau des wirtschaftlich am Boden liegenden Landes zu realisieren. Der Bundesregierung sei es bei ihrer Entscheidung zur Intervention gar nicht um Afghanistan an sich gegangen, wie bei der ersten öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission zum Afghanistan-Einsatz festgestellt wurde, sondern darum, „Beistand“ für die Vereinigten Staaten zu demonstrieren. Die US-Regierung sei „extrem selbstfokussiert“ gewesen – „gespenstisch“, berichtete Michael Steiner, damals außenpolitischer Berater im Kanzleramt; man habe befürchtet, bei Nichtteilnahme am Afghanistan-Krieg transatlantische Rückendeckung zu verlieren. Die zahllosen Kriegsverbrechen, die westliche Militärs am Hindukusch begingen, sind weitestgehend straflos geblieben, ebenso die Menschenrechtsverbrechen westlicher Geheimdienste im „Anti-Terror-Krieg“ am Hindukusch und darüber hinaus.

Niederlage im Sahel

Parallelen des Mali-Einsatzes zu demjenigen in Afghanistan sind nicht zu übersehen und werden bereits seit Anfang 2016 öffentlich

thematisiert. Auch in Mali gelingt es nicht, die – oft jihadistischen – Aufstände im Norden des Landes in den Griff zu bekommen, vielmehr haben diese sich längst ins Zentrum Malis ausgedehnt. Auch in Mali ist kein wirtschaftlicher Aufbau zustande gekommen, auch dort werden mutmaßliche westliche Kriegsverbrechen nicht verfolgt. Anders als am Hindukusch setzt jedoch eine Militärregierung den Abzug der europäischen Truppen durch. Das erreicht sie vor allem,



Berlin, 18. Mai 2017: Protest gegen Bundeswehr in Mali

indem sie allerlei eigenmächtige Operationen der europäischen Streitkräfte unterbindet und damit ihre eigene Souveränität wiederherstellt. Frankreich, das den mit Abstand größten Teil der Interventionstruppen stellte, hat seine letzten Soldaten bereits im August 2022 abgezogen. Weitere europäische Staaten haben ihre Truppen bereits zurückgeholt oder bereiten dies vor. In Berlin dringen Militärpolitiker seit einiger Zeit darauf, das Scheitern des Einsatzes einzugestehen und auch die Bundeswehr abzuziehen. Man könne, hieß es, das aktuelle Einsatzmandat einfach auslaufen lassen und den Abzug bis Mai 2023 beenden.

„Nicht Rußland überlassen“

Dagegen hat sich vor allem Außenministerin Annalena Baerbock gewandt. Die Gründe haben mit Mali selbst kaum etwas zu tun. So erklärte Baerbock etwa, auch mit Blick auf die Migration aus Afrika südlich der Sahara, die über Mali an die Mittelmeerküste verläuft, man wolle verhindern, „daß im Sahel Rückzugsräume für international vernetzte Terror-Organisationen entstehen, für organisierte Kriminalität“. Davon abgesehen biete die Beteiligung der Bundeswehr an MINUSMA, „in den Augen des Auswärtigen Amts eine Gelegenheit, Deutschland den Vereinten Nationen als verlässlichen internationalen Partner zu präsentieren“. Dies geschehe auch, „mit Seitenblicken auf andere deutsche Ambitionen und Absichten, etwa darauf, daß Deutschland in einigen Jahren wieder als nichtständiges Mitglied dem Sicherheitsrat angehören will“. Vor allem aber dürfe man nicht aus Mali abziehen, da dann „das Vakuum noch mehr von anderen Kräften gefüllt“ werde, erklärte die Außenministerin bereits im Mai 2022. Das gelte insbesondere „für russische Kräfte“.

Baerbock ist es gelungen, die Verlängerung des gescheiterten Einsatzes um ein weiteres Jahr bis Mai 2024 durchzusetzen – ausschließlich zugunsten strategischer Interessen Berlins.

Der nächste Einsatzort

Unabhängig davon orientiert die Bundesregierung zunehmend darauf, den eigenen Einfluß im Sahel, der sich mittels der Militärpräsenz in Mali nicht mehr wie gewünscht realisieren läßt, über ein anderes Land zu verwirklichen – über Niger und eine Präsenz der Bundeswehr dort. Die deutschen Streitkräfte haben längst begonnen, sich in dem Land festzusetzen.

german-foreign-policy.com, 24.11.22

Bürgerkrieg und Revolution in Myanmar (Teil 2 und Schluß)

2015 fanden Parlamentswahlen statt, bei der die Nationale Liga für Demokratie (NLD) einen haushohen Sieg errang. Die NLD übernahm die Staatsführung. Da Suu Kyi laut Verfassung nicht Staatspräsidentin werden konnte, wurde für sie der Posten der Staatsrätin geschaffen. Zudem wurde Suu Kyi Außenministerin. Sie war von 2015 bis zum Putsch am 1. Februar 2021 die de-facto-Regierungschefin.

Das Militär durfte auf Grund der von ihr 2008 mit betrügerischen Mitteln durchgesetzten Verfassung ein Viertel aller Parlamentssitze besetzen und bekam die drei wichtigsten

Ministerien. Es behielt die Kontrolle über die Politik und die Wirtschaft und damit auch über seine Einnahmequellen. Die zweitrangigen Ministerien wie Gesundheit, Familie, Erziehung usw. gingen an die NLD, die sich bemühte, die Fehler und Mißstände der vergangenen 60 Jahre Militärdiktatur auszubügeln. Die Regierung von 2015 war bestenfalls eine halb-zivile Regierung. Einige Reformen konnten zwar durchgesetzt werden, der Elefant im Raum aber blieb die Macht des Militärs.

Die Ikone und Friedensnobelpreisträgerin Suu Kyi diskreditierte sich 2019 bei der internationalen Gemeinschaft durch ihr Schweigen

zu den Massenmorden an den Rohingya und durch ihren Auftritt vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, wo sie das Militär („die Armee meines Vaters“, sic) gegen den Vorwurf des Völkermordes verteidigte. Die Führung der NLD setzt sich fast ausschließlich aus Bamar zusammen. Die Bamar kümmernten sich bisher wenig um das Schicksal der anderen Volksgemeinschaften. Nach dem Putsch im Februar haben sich die Beziehungen zu den anderen Volksgruppen allerdings verbessert. Die Gewalt des Militärs gegen die Zivilbevölkerung und die brutale Niederschlagung der Proteste nach dem



Protest gegen den Militärputsch vom 21. Februar 2021 in Myanmar

Staatsstreich haben die Wahrnehmung verändert. Das Militär wird nun in ganz Myanmar als gemeinsamer Feind angesehen.

Putsch und Widerstand

Bei den Parlamentswahlen im November 2020 erreichte die NLD ein noch besseres Ergebnis als 2015, die USDP erlitt eine beschämende Niederlage. Das Wahlergebnis war ein Votum gegen das Militär, das befürchtete, trotz Verfassung allmählich von der Macht verdrängt zu werden. So beschloß das Militär, sein kurzes, betrügerisches Experiment mit der Demokratie zu beenden. Am 1. Februar 2021, dem Tag, an dem das neugewählte Parlament zum ersten Mal zusammentreten und eine neue Regierung vereidigen sollte, verhafteten die Militärs alle gegnerischen Abgeordneten, die sie zu fassen bekamen, darunter auch Suu Kyi. Sie erklärten die Wahlen für ungültig und errichteten eine Militärdiktatur (State Administration Council (SAC) mit Putschgeneral Aung Hlaing als Vorsitzendem. Nach wenigen Tagen der Schreckstarre begannen sich die ersten Proteste zu formieren. Die Demonstrationen endeten bald blutig, da die Tatmadaw die Demonstranten verprügelte, verhaftete und mit scharfer Munition sowie mit Scharfschützen auf die Demonstranten schoß. Es gab die ersten Toten. Schnell wurde klar, daß mit gewaltlosen Demonstrationen nichts zu erreichen war. Es bildeten sich bewaffnete Guerillaorganisationen, Studenten brachen ihr Studium ab und gingen in den Dschungel zu den Armeen der ethnischen Volksgruppen, um dort das Kriegshandwerk zu erlernen. Bei ihrer Rückkehr bildeten sie lokale Gruppen, die Anschläge gegen die verhaßten Tatmadaw und ihre Helfershelfer durchführten. Es gibt hunderte solcher Gruppen, und es vergeht kein Tag, an dem sie keine Anschläge auf Militär oder Polizei durchführen. Die Verwaltungsbeamten, die noch immer im Dienst des Militärs stehen, sind ihres Lebens nicht mehr sicher. Täglich werden Spitzel mit aufgeschlitzter Kehle am Straßenrand gefunden.

Wenige Tage nach dem Putsch streikten die Lehrer, die Beschäftigten in den Krankenhäusern, in der Bekleidungsindustrie sowie in den Verwaltungen, schlossen sich im CDM

(Civil Defense Movement) zusammen und organisierten landesweite Streiks. Auch sie wurden vom Militär überfallen, verprügelt, verhaftet oder getötet. Die Corona-Pandemie 2021 spielte dem Militär in die Hände, das nur seine eigenen Leute zu schützen suchte und die Zivilbevölkerung ihrem Schicksal überließ. Eine Bevölkerung, die mit Corona kämpft, hat keine Zeit, sich im Widerstand zu organisieren, so das zynische Kalkül.

Untergrundregierung und bewaffneter Widerstand

Kurz nach dem Putsch trafen sich die Abgeordneten, die noch auf freiem Fuß waren, an einem geheimen Ort und gründeten eine Gegenregierung (NUG), die sich als die einzig legitime Regierung Myanmars versteht. Immerhin wurden sie ja im Gegensatz zum Militär gewählt. Die NUG schuf ihre eigenen Ministerien und finanziert sich ausschließlich durch Spenden. Im Bemühen, das Militär zu besiegen, sucht die Untergrundregierung (NUG) den Zusammenschluß mit den ethnischen Minderheiten und hat sich zum Ziel gesetzt, nach dem Sieg einen neuen föderalen Staat mit gleichen Rechten für alle (135!) ethnischen Gruppen zu gründen. Allerdings ist das Mißtrauen der meist in den Grenzregionen zu Indien, Bangladesch, China, Laos und Thailand lebenden Ethnien gegenüber der fast ausschließlich aus Abgeordneten der NLD bestehenden Untergrundregierung noch nicht ganz ausgeräumt. Hinzu kommt, daß Suu Kyi, eine Buddhistin, immer den gewaltlosen Widerstand gepredigt und einen Konsens mit dem Militär gesucht hat, selbst noch als man sie verhaftete, viele ihrer Mitstreiter ermordete und man sie selber unter Hausarrest stellte. Zudem hat Suu Kyi eine föderale Verfassung abgelehnt.

Die NUG hat alle Beamten der Junta aufgefordert, ihren Dienst zu quittieren und eine eigene Armee (People Defense Forces (PDF) gegründet. Im Gegensatz zu den Tatmadaw, die sich wie eine fremde Besatzungsmacht benehmen, haben die PDF einen Verhaltenskodex. Die Zivilbevölkerung soll gegen Willkür selbst im Zuge von Kampfhandlungen gegen das Militär geschützt werden. Allerdings erreicht die Befehlskette des

Verteidigungsministeriums der NUG noch nicht alle versprengten Einheiten und oft auch nicht rechtzeitig, um Angriffe zu koordinieren. Die PDF arbeitet mit den oben genannten lokalen Guerillaorganisationen und den Armeen der ethnischen Gruppen zusammen, diese unterstehen aber nicht direkt dem NUG-Verteidigungsministerium und organisieren ihre Angriffe auf die Tatmadaw weitgehend eigenständig.

Aktuelle Situation und Perspektiven

Nach jetzt fast zwei Jahren Bürgerkrieg hat das Militär nur noch die großen Städte wie Rangun und Mandalay unter Kontrolle. Aus den ländlichen Gebieten und in den Gebieten der ethnischen Volksgruppen wie der Karen, Karenni, Kachin oder Wa ist das Militär vertrieben worden. Die Junta hat nur 17 % des Landes wirklich unter Kontrolle. Der Rest des Landes befindet sich im bewaffneten Widerstand gegen die Junta oder wird von ethnischen Organisationen kontrolliert. Die befreiten Gebiete stehen unter Selbstverwaltung der lokalen Autoritäten, die Krankenhäuser, Schulen, Polizei und Gerichtswesen in Eigenregie betreiben.

In weite Teile des Landes wagt sich das bis an die Zähne bewaffnete Militär kaum noch vor. Es stützt sich auf seine Luftwaffe, die mit Jagdbombern die Dörfer bombardiert oder sie mit Hubschraubern aus der Luft beschießt. Die Mannschaften werden zu den Dörfern geflogen, um sie zu überfallen. Die Soldaten stecken ihre Häuser und Bambushütten in Brand, plündern, töten die Einwohner und werden danach wieder abgeholt. Ziel dieser Taktik der verbrannten Erde ist es, Angst und Schrecken zu verbreiten, in Wahrheit heizen sie aber nur den Zorn der Bevölkerung weiter an.

Die Tatmadaw haben seit dem Putsch bereits mehr als 1 500 Menschen ermordet, etwa 15 000 politische Gefangene sitzen in den Gefängnissen und warten auf ihr Urteil. Die Prozesse finden vor Militärgerichten statt. Einige wurden bereits zum Tode verurteilt und gehängt. Auch Suu Kyi sitzt im Gefängnis. Die jetzt 77jährige wurde mit lächerlichen Anklagen in mehreren Geheimprozessen bereits zu mehr als 30 Jahren Haft verurteilt. Myanmar steht vor dem wirtschaftlichen Ruin. Viele ausländische Firmen haben das Land verlassen, die Währung verfällt täglich, Importe werden unerschwinglich. Die Felder liegen brach. Stromausfälle sind an der Tagesordnung. Währenddessen verscherbelt die Junta die Bodenschätze des Landes. Friedensverhandlungen mit der Junta stehen für die Bevölkerung von Myanmar nach all dem Morden nicht mehr zu Debatte. Es soll ein kompletter Neuanfang gemacht werden. 60 Jahre Militärdiktatur sind genug.

In dem postrevolutionären föderalen Staat Myanmar ist kein Platz mehr für die Tatmadaw. Es wird auch keine Amnestie und keine Rückkehr zum Status quo ante geben. Das Volk will einen Schlußstrich und die Junta zur Rechenschaft ziehen. Die Tatmadaw haben eine Blutschuld zu begleichen. Und dieses Mal wird sie beglichen werden.

Karl Lee Jing
Vientiane

HEGEMON WASHINGTON

AUSSAGESTARK IN HALTUNG UND AUSDRUCK *

Rundum in der Welt einen Fuß in der Tür:
Das Markenzeichen des Pentagon.
Es ist die bekannte Washington-Kür:
Das „Safety-First“-US-Gespür,
Und kam bislang mit dem Spruch
gut davon.

Sich weiterhin zäh an Taiwan zu klammern?
Verlieren? Gewinnen? – Aussichten spärlich.
Da nützt kein Gold in Reservekammern.
Umsonst sind Beschwerden, Klagen und
Jammern.
USA auf Taiwan: lebensgefährlich!

Lutz Jahoda, 20.11.22

Unübersehbar, wie der Weltpolizist,
Bangend um seine Uraltdominanz,
Neidisch auf Chinas Vorankommen ist,
Krampfhaft suchend nach Tücke und List
Und neuen Wegen zu altem Glanz.



* Mark Milley, der Vorsitzende des Generalstabs der US-Streitkräfte, verkündete auf einer Veranstaltung des Wirtschafts-Clubs von New York, daß die USA das taiwanische Militär sowohl mit Waffen als auch mit Ausbildung weiterhin unterstützen werden, warnte die Volksrepublik China vor einem Angriff auf Taiwan und beschuldigte Peking, „globale militärische Dominanz“ anzustreben.

Die Strategie für das entscheidende Jahrzehnt

Die Verabschiedung einer deutschen Chinastrategie, der ersten spezifischen Chinastrategie einer Bundesregierung überhaupt, ist bereits im Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP festgelegt worden. Die Publikation des Papiers ist kurz nach der Publikation der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie geplant. Angedacht dafür ist die nächste Münchner Sicherheitskonferenz (17. bis 19. Februar 2023), spätestens das erste Halbjahr 2023.

Streßtests und Importstops

Weitreichende Folgen wird das Strategiepapier, falls es in seiner nun vorliegenden Form verabschiedet wird, für die deutsche Wirtschaft haben. Zwar heißt es in dem Entwurf, „eine enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen Deutschland und China“, wie sie tatsächlich längst existiert, sei „auch weiterhin unser Ziel“. Allerdings wird anschließend eine ganze Reihe von Maßnahmen festgelegt, die eine deutliche Reduzierung des Chinageschäfts zum Ziel haben – offiziell, um jegliche Abhängigkeit von der Volksrepublik zu verhindern. So sollen Firmen mit einem größeren Chinageschäft „regelmäßige Streßtests durchführen“. Auch sollen „Auslandsinvestitionen deutscher und europäischer [!] Unternehmen in sicherheitskritischen Bereichen“ überprüft, also auf Wunsch auch untersagt werden können. Vorgesehen sind „vertiefte Prüfungen“ sowie klare Einschränkungen bei bisher üblichen Staatsgarantien für Investitionen und Exporte. Zudem sollen komplette Importstopps aus bestimmten chinesischen Regionen möglich sein – und zwar dann, „wenn Lieferketten frei von Menschenrechtsverletzungen mit anderen Mitteln nicht sichergestellt werden können“. Chinesische Regionen, in denen Berlin beständig Menschenrechtsverletzungen diagnostiziert, sind etwa Xinjiang, Tibet und Hongkong.

Kooperation nur bei Unterwerfung

Der Baerbock-Entwurf für die neue deutsche Chinastrategie sieht zudem eine massive

Einmischung in innere und äußere Angelegenheiten der Volksrepublik vor. So kündigt das Papier eine Vertiefung der Beziehungen zu Taiwan an, das völkerrechtlich Teil Chinas ist. Taiwan solle stärker in internationale Organisationen eingebunden werden, heißt es in offenem Widerspruch zu geltenden UN-Resolutionen. Außerdem strebt das Auswärtige Amt ein Investitionsabkommen zwischen der EU und Taiwan an. Damit wird faktisch Taiwans Zugehörigkeit zu China in Frage gestellt. Chinas Präsident Xi Jinping hat anlässlich seines Treffens mit US-Präsident Joe Biden auf Bali klargestellt, daß Machenschaften am Status von Taiwan für Beijing eine rote Linie darstellen. Davon abgesehen macht der Entwurf die künftige Kooperation mit der Volksrepublik davon abhängig, daß sich Beijing den Berliner Vorstellungen von einer adäquaten Außenpolitik unterwirft. So heißt es: „China und Rußland nähern sich immer stärker an“, das sei mit einer Zusammenarbeit mit Deutschland nicht vereinbar. Dies kann auch als Warnung etwa an Indien, Südafrika oder Saudi-Arabien verstanden werden, die ebenfalls trotz des Ukraine-Kriegs eng mit Rußland kooperieren.

„Im Systemwettbewerb“

Zwar behauptet das Auswärtige Amt in dem Strategieentwurf: „Unser Ziel ist nicht eine neue Blockkonfrontation.“ Doch kann das lediglich als inhaltsleere Schutzbehauptung verstanden werden; schließlich zielen nicht nur die wirtschaftlichen und politischen Schritte, die das Dokument vorsieht, sondern auch mehrere wörtliche Festlegungen klar auf einen neuen Kalten Krieg. So heißt es etwa, man wolle an der bisherigen Einstufung Chinas als „Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale“ zugleich festhalten: „Die beiden letzteren Aspekte gewinnen jedoch zunehmend an Gewicht.“ Der „Systemrivalität“ ausgesetzt sieht das Auswärtige Amt Berlin und die EU offenkundig in Südosteuropa. Dort habe China „seine Einflußmöglichkeiten teils deutlich ausgeweitet“, heißt es in dem Papier, dem gelte es nun,

eigene Aktivitäten entgegenzusetzen. Dasselbe treffe auch auf Lateinamerika, Afrika oder Südostasien zu. „Im Systemwettbewerb dürfen wir keine strategischen Lücken lassen“, fordert das Auswärtige Amt.

Vor vollendete Tatsachen gestellt

Bemerkenswert ist schließlich die Rolle, die das Auswärtige Amt in Sachen Chinapolitik in Zukunft der EU zuschreibt. Erst kürzlich hatte der Europäische Auswärtige Dienst in einem Strategiepapier gefordert, die Mitgliedstaaten der Union – Deutschland zählt bekanntlich dazu – „sollten isolierte und unkoordinierte Initiativen“ gegenüber China „unterlassen, die unsere vereinte Haltung schwächen könnten“. Mit seiner neuen Chinastrategie prescht Berlin nun erneut in einem nicht abgestimmten Alleingang vor und stellt die EU und ihre 26 anderen Mitgliedstaaten einmal mehr vor vollendete Tatsachen.

Dramatische Folgen

Die Folgen einer Eskalation im Machtkampf gegen China wird nach Expertenmeinung diejenigen des Wirtschaftskriegs gegen Rußland erheblich übertreffen. So war Deutschland von Rußland vor allem bei Energierohstoffen abhängig. China ist heute Lieferant unverzichtbarer Rohstoffe wie seltener Erden und verarbeiteten Lithiums, kaum ersetzbarer High-Tech-Produkte und billiger Vorprodukte für die deutsche Industrie. Die Kfz-Branche erzielt rund ein Drittel ihres Absatzes in China. Der ehemalige australische Premierminister Kevin Rudd warnte, es sei durchaus denkbar, daß bei einer ungebremsten Eskalation des Konflikts mit Beijing westliche Unternehmen ihre Investitionen in China ebenso abschreiben müßten wie aktuell ihre Investitionen in Rußland. Die Investitionen deutscher Unternehmen in der Volksrepublik nähern sich mittlerweile dem Wert von 100 Milliarden Euro.

Redaktionell gekürzt

german-foreign-policy.com, 18.11.22

Erneute üble Nachrichtenmanipulation in der Tagesschau

Wie aus einer Zusammenstellung von faktenfreien Behauptungen und einer aus dem Zusammenhang gerissenen Passage aus dem chinesischen Gesprächsprotokoll des Xi-Biden-Treffens beim G20-Gipfel in Bali in Westmedien eine gemeinsame US-chinesische Verurteilung Rußlands wegen Drohungen mit Nuklearwaffen wurde.

Mit Lügen und Verdrehungen bzw. durch perfide Manipulation von offiziellen Äußerungen des chinesischen Präsidenten Xi Jinping haben sich die USA vor dem Hintergrund des G20-Treffens im indonesischen Bali versucht, vor der Weltöffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß China gemeinsam mit den USA Präsident Wladimir Putin und den Kreml wegen deren angeblichen nuklearen Säbelrasseln gegenüber der Ukraine verurteilt haben. Dazu haben sie einen billigen Propaganda-Trick benutzt, der jedoch seine Wirkung auf die Konsumenten der gleichgeschalteten westlichen Medien nicht verfehlen wird.

Ihre gar nicht so subtile Botschaft an die Völker im Westen, an der sich auch die Regierungs- und Konzernmedien in Deutschland eifrig beteiligt haben, lautet: Seht her, selbst unsere chinesischen Gegner, die bisher mit Moskau befreundet waren, sehen die Lage in der Ukraine so wie wir. Damit sollen den im Volk zunehmenden Zweifeln an der Richtigkeit der westlichen Politik gegenüber Rußland entgegengewirkt und zugleich bekräftigt werden, daß der Westen in der Ukraine auf der Seite der Engel gegen den Satan im Kreml kämpft.

Dieses falsche Narrativ hat u. a. auch die Tagesschau nach Kräften verbreitet – hier ein Ausschnitt.

Zumindest bei einem Thema herrschte bei ihrem ersten Treffen Einigkeit: US-Präsident Biden und Chinas Staatschef Xi haben nach US-Angaben gemeinsam Rußlands Drohungen verurteilt, eventuell Atomwaffen in der Ukraine einzusetzen.

Mit dieser Einführung beleidigt die Tagesschau die Intelligenz ihrer Zuschauer, zumindest alle jener, die sich nicht mit Schlagzeilen abspesen lassen. Die Frage ist doch, wenn sich Xi und Biden laut Tagesschau auf nichts einigen konnten, warum soll dann China ausgerechnet in einer Situation der globalen Energieknappheit seinem sichersten und preiswerten russischen Energielieferanten und militärisch-strategischen Partner Rußland auf US-Wunsch wegen der Ukraine ans Schienbein treten? Wenn sogar Indien diesem mit Nachdruck vorgebrachten Wunsch Washingtons zur Verurteilung Rußlands nicht nachgekommen ist, warum sollte das jetzt Xi in Bali getan haben? Etwa, weil er vor Washington eingeknickt ist und sich in Erwartung schönen Wetters aus den USA bei Biden einschmeicheln will?

Die Lösung dieser von der Tagesschau-Meldung implizierten Widersprüche liegt in

dem Halbsatz: „nach US-Angaben“. Die „Qualitätsjournalisten“ der Tagesschau haben blind den von US-Medien und Regierungsbeamten verbreiteten Berichten vertraut. Schließlich weiß jeder gute deutsche Transatlantiker, daß US-Politiker und Medien niemals lügen oder Fakten manipulieren.



Chinas Präsident Xi Jinping bei einem informellen Treffen der BRICS-Staaten 2017

Aber wenn Xi und Biden zumindest bei einem Thema tatsächlich Einigkeit erzielt haben, nämlich laut Tagesschau bei der Verurteilung Rußlands wegen dessen Drohungen mit Nuklearwaffen in der Ukraine, dann müßte zumindest auch im Gesprächsprotokoll des Xi-Biden-Treffens, das inzwischen vom chinesischen Außenministerium veröffentlicht wurde, ein Hinweis darauf zu finden sein. Aber einen solchen Hinweis gibt es nicht einmal in verklausulierter bzw. versteckter Form, wovon sich nachfolgend jeder selbst überzeugen kann. Hier die entsprechende Passage aus dem Gesprächsprotokoll zur Lage in der Ukraine:

„Beide Präsidenten tauschten sich auch über die Ukraine-Krise und andere Themen aus. Präsident Xi wies darauf hin, daß China über die aktuelle Situation in der Ukraine sehr besorgt sei. Er verwies auf die vier Punkte, die er kurz nach Ausbruch der Krise vorgeschlagen hatte, und die vier Dinge, die die internationale Gemeinschaft gemeinsam tun müsse, die er kürzlich vorgeschlagen hatte. Angesichts einer globalen, komplexen Krise wie der in der Ukraine sei es wichtig, ernsthaft über folgendes nachzudenken: Erstens produzieren Konflikte und Kriege keinen Gewinner; zweitens gibt es keine einfache Lösung für ein komplexes Problem; und drittens muß eine Konfrontation zwischen großen Ländern vermieden werden. China hat die ganze Zeit auf der Seite des Friedens gestanden und wird weiterhin

Friedensgespräche fördern. Wir unterstützen und sehen der Wiederaufnahme der Friedensgespräche zwischen Rußland und der Ukraine erwartungsvoll entgegen. Gleichzeitig hoffen wir, daß die Vereinigten Staaten, die NATO und die EU umfassende Dialoge mit Rußland führen werden.“

Kann man da etwas über Atomwaffen oder russische Drohungen mit Nuklearwaffen herausgelesen oder irgendeine versteckte chinesische Kritik an Rußland? Im Gegenteil, wenn es in dem Text Kritik gibt, dann an den Vereinigten Staaten, an der NATO und der EU, weil sie sich bisher gegen „umfassende Dialoge mit Rußland“ gesperrt haben.

Was die Tagesschau weiter aus der oben angeführten Meldung gemacht hat, sehen wir hier:

„US-Präsident Joe Biden und der chinesische Staatschef Xi Jinping haben nach US-Angaben Rußlands Drohungen, Atomwaffen in der Ukraine einzusetzen, gemeinsam verurteilt. Wörtlich hieß es in der Mitteilung nach dem Treffen auf der Insel Bali, die beiden Präsidenten hätten ihre Ablehnung ‚gegen den Einsatz von oder die Drohung mit Atomwaffen in der Ukraine‘ bekräftigt.

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine hatten Vertreter Moskaus immer wieder mehr oder weniger offen auch einen Einsatz von taktischen Atomwaffen in der Ukraine in Erwägung gezogen.

Xi zeigte sich chinesischen Angaben zufolge ‚höchst besorgt über die gegenwärtige Situation in der Ukraine‘. China unterstütze eine Wiederaufnahme der Friedensgespräche zwischen der Ukraine und Rußland. Auch sollten die USA, die NATO und die EU einen umfassenden Dialog mit Rußland führen.“

Vor allem im zweiten Absatz wird getrickelt und die Öffentlichkeit getäuscht. Zuerst kommt die faktenfreie westliche Behauptung:

„Seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine hatten Vertreter Moskaus immer wieder mehr oder weniger offen auch einen Einsatz von taktischen Atomwaffen in der Ukraine in Erwägung gezogen.“

Und dann wird direkt dahinter eine total aus dem Zusammenhang gerissene Passage aus dem chinesischen Gesprächsprotokoll angefügt:

„Xi zeigte sich chinesischen Angaben zufolge ‚höchst besorgt über die gegenwärtige Situation in der Ukraine‘.“

Und daraus wird dann die weit verbreitete Meldung der westlichen Schrott-Medien von der gemeinsamen Verurteilung der russischen Drohungen mit Atomwaffen durch Biden und Xi. Eine solche üble Manipulation der Fakten haben wir unlängst schon einmal gehabt, nämlich beim Blitzbesuch von Kanzler Olaf Scholz in Peking. Und für solchen Schrott müssen wir auch noch Zwangsgebühren bezahlen.

Willig und eifrig und ohne die Erklärung von Scholz zu hinterfragen, hatten die Medien

nach der Rückkehr des Kanzlers aus Peking erklärt, Präsident Xi habe gemeinsam mit ihm Rußlands Drohungen im Rahmen der Ukraine-Krise verurteilt. In den deutschen Medien hieß es, der Bundeskanzler „hat eine gemeinsame Haltung mit der chinesischen Führung gegenüber Rußlands Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen im Ukraine-Krieg als wesentlichen Erfolg seiner Reise nach Peking bezeichnet“. „Allein dafür hat sich die ganze Reise gelohnt“, erklärte Scholz auch beim SPD-Debattenkonvent kurz nach seiner Rückkehr. Es sei gelungen, daß sowohl er als auch die chinesische Führung erklärt hätten, „es dürfen keine Atomwaffen in diesem Krieg eingesetzt werden“. Der Haken bei diesen Behauptungen von Scholz ist, daß sie so nicht stimmen. Der diesbezügliche Ausschnitt aus dem Protokoll des chinesischen Außenministeriums zum Xi-Scholz-Treffen lautet, daß Xi die im Ukraine-Konflikt „relevanten Parteien“ aufgefordert habe, „sich der Androhung oder dem Einsatz von Atomwaffen zu widersetzen, dafür einzutreten, daß Atomwaffen nicht eingesetzt werden können, daß Atomkriege nicht geführt werden dürfen und eine nukleare Krise in Eurasien verhindert wird“.

Wenn Scholz und die deutschen Medien daraus eine Übereinstimmung mit der Position Deutschlands herauslesen, ist es entweder aus Dummheit oder aus manipulativer Boshaftigkeit geschehen. Denn jeder, der die offiziellen und halb-offiziellen chinesischen Erklärungen zum Ukraine-Krieg seit Beginn der russischen Operation im Februar dieses Jahres kennt, der weiß, daß es keine einzige Schuldzuweisung an Rußland gibt. Dagegen

hat China mit Schuldzuweisungen an den US-Hegemon für den Krieg in der Ukraine und seine schrecklichen Folgen nicht gespart.

Wenn Kanzler Scholz tatsächlich gedacht hat, daß die chinesische Aufforderung an alle im Ukraine-Konflikt „relevanten Parteien (...)“, sich der Androhung oder dem Einsatz von Atomwaffen zu widersetzen (und) dafür einzutreten, daß Atomwaffen nicht eingesetzt werden“, an Rußland und nicht an die USA gerichtet ist, dann ist das nicht nur ein Zeugnis für das Versagen des Bundeskanzlers, sondern auch für das seiner „China-Experten“, die ihn auf der Reise begleitet haben.

Aber da nicht einmal ein China-Experte der Bundesregierung so dumm sein kann, sollte man eher auf bössartige Manipulation der Fakten tippen. Zumal die Version von Scholz nach seiner Rückkehr aus China nach Kräften genutzt wurde, um im deutschen Volk die Angst vor einem russischen Atomwaffeneinsatz zu schüren und Scholz bei seiner Verurteilung Rußlands die Unterstützung der Chinesen habe. Diese schäbige und billige Desinformation mag bei Scholz' Meister in Washington gut angekommen sein, aber in Peking wird das seinen angeschlagenen Ruf sicherlich nicht verbessert haben.

Auch wissen die Chinesen ganz genau, daß niemand in der Kreml-Führung oder im russischen Militär auch nur ein einziges Mal mit dem Einsatz von Nuklearwaffen in der Ukraine gedroht hat. Wer dagegen in den letzten Monaten immer öfter das Wort „Nuklearwaffen-Einsatz“ durch Rußland in der Ukraine im Mund geführt und damit die Bürger Europas mit einem bevorstehenden

atomaren Bedrohungsszenario erschreckt hat, das waren vor allem britische und US-Kriegstreiber in höchsten Regierungspositionen, von Premierminister Boris Jonson und seiner Nachfolgerin Liz Truss bis hin zu Biden, der explizit ein nukleares Armageddon an die Wand gemalt hat, das natürlich von den Russen ausgelöst würde.

Erst vor dem Hintergrund der ständigen Beschwörungen eines möglichen Atomwaffenkonflikts in der Ukraine durch NATO-Spitzenpolitiker hatten sich dann der russische Präsident und einige seiner Minister zum Thema Nuklearwaffen sachlich-nüchtern geäußert: Sie verwiesen ohne Theatralik oder Drohungen auf die bekannten Ecksteine der russischen Einsatzdoktrin von Atomwaffen. Diese sieht in der Tat den Einsatz von Nuklearwaffen vor, aber nur und ausschließlich dann, wenn mit konventionellen militärischen Mitteln die staatliche Existenz der Russischen Föderation nicht mehr gewährleistet werden kann. Der Einsatz von Atomwaffen, egal ob taktisch oder strategisch für Angriffsoperationen oder zur Unterstützung in einem nichtnuklearen Konflikt, gehört nicht zur russischen Einsatzdoktrin, im Gegensatz zur neuen US-Nuklearstrategie, die die atomare Schwelle herabgesetzt hat und auch taktische Atomwaffeneinsätze zu Verstärkung konventioneller US-Kriege vorsieht, egal ob zur Verteidigung oder zur Eroberung fremder Länder.

Rainer Rupp

Redaktionell gekürzt

Quelle: RTDE, 16.11.22

Bundesdeutsche Meinungsmanipulation

Am 16. November vergangenen Jahres veröffentlichte „Die Welt“ einen Beitrag ihres Chefkorrespondenten für Außenpolitik Clemens Wergin. Darin kommt er zu folgender bahnbrechender Erkenntnis: „Ohne Rußlands Kriegsverbrechen wäre es nie zum Unglück in Polen gekommen.“ Und noch immer sei unklar, was sich genau ereignet habe, der Zwischenfall sei nur möglich gewesen, weil die Russen mit einem Trick die gegnerische Flugabwehr überlisten wollten. Wie dem auch sei, unverkennbar ist die Absicht, den Russen die Schuld in die Schuhe zu schieben, weil die doch in der Ukraine einmarschierten. Sonst wäre das „Versehen“ in Polen ja nicht passiert. Offensichtlich gilt das Prinzip Ursache und Wirkung auch im deutschen Journalismus. Nur eben nicht im umgekehrten Fall. Die Ursache, die zur russischen Sonderoperation führte, wird galant unter den Tisch gekehrt und verschwiegen. So als hätte es von 2014 bis 2022 den Krieg in den östlichen Regionen Lugansk und Donezk nicht gegeben und als hätte der Westen damit nichts zu tun gehabt. Das ist bundesdeutsche Meinungsmanipulation.

Auch der Bundeskanzler meinte, daß es egal sei, wem diese Rakete gehörte, die Russen wären ohnehin schuld. Immer offensichtlicher wird für jeden, der sich eigenes Denken nicht abnehmen läßt, daß Regierung wie Medien einem Konstrukt folgen, das nicht mehr schlüssig ist und in keiner Weise zusammenpaßt. Zur vorletzten Bundestagswahl entschlüpfte dem Verhandlungsführer der FDP Lindner ein weises Wort: „Lieber nicht regieren als schlecht“. Daran sollte man die heute Regierenden erinnern und dafür sorgen, daß insbesondere Grüne mit ihrem kriegstreibenden Kurs aus regierungsamtlichen Funktionen entfernt werden.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Einen grünen Kapitalismus gibt es nicht, weil auch in einem grün angestrichenen Kapitalismus eines im Vordergrund steht – das Profitinteresse des Kapitals! Damit sind die Grünen nichts weiter als dessen Erfüllungsgehilfen. Aus der Vergangenheit wissen wir, daß dies die NSDAP war mit ihren anfänglichen Versprechen, gegen das kapitalistische Unternehmertum aufzutreten und der damaligen

Arbeiterschaft helfend zur Seite zu stehen. Ein Trugschluß, der bis heute wirkt.

Ich habe vor einigen Tagen das dümmliche Geschwätz eines Klaus Schwab (Organisator des Weltwirtschaftsforums in Davos) gehört. Hinter ihm stehen die Milliarden und Billionen US-Dollar der weltweit größten Vermögen, die das Bruttosozialprodukt vieler Staaten übersteigen. Dieses überschüssige und in wenigen Händen konzentrierte Kapital muß auf die eine oder andere Art und Weise mit noch mehr Rendite verwertet werden, entweder durch Kriege oder durch Enteignungen und dem Aufkauf vieler Mittelschichtunternehmen, damit man die „goldene Milliarde“ erhalten kann, der die Rohstoffe der Welt noch einige Hundert Jahre zum Überleben reichen. Dies würde bedeuten, von den acht Milliarden Menschen auf der Erde sind sieben Milliarden überflüssig, werden also nicht mehr gebraucht – eine Vision, die nicht Wirklichkeit werden darf!

Reiner Neubert
Berlin

Deutschland – Führungsnation im Krieg

Bundeswehr fordert Stärkung der „Einsatzbereitschaft“ der Truppe und des „Einsatzwillens“ der Soldaten. Berlin vergibt erste Mittel aus dem 100-Milliarden-Euro-Militärprogramm.

„Einsatzbereitschaft und Einsatzwille“

„Krieg in Europa ist wieder Realität“, heißt es in einem Grundsatzpapier der Bundeswehr („Operative Leitlinien für die Streitkräfte“), das Generalinspekteur Eberhard Zorn laut einem Bericht Ende September 2022 abgesegnet hat. Demnach werde die „rund drei Jahrzehnte andauernde Fokussierung“ der Truppe auf Auslandseinsätze der „aktuellen Lage mit ihren systemgefährdenden Überraschungen nicht mehr gerecht“; stattdessen werde in Zukunft „die Bündnisverteidigung ... das militärische Handeln Deutschlands dominieren“. „Angriffe auf Deutschland“ könnten dabei „potenziell ohne Vorwarnung und mit großer, gegebenenfalls sogar existenzieller Schadenswirkung erfolgen“, heißt es weiter in dem Bundeswehrpapier. Die Bundesrepublik müsse sich daher auf „einen aufgezwungenen Krieg“ vorbereiten. Von zentraler Bedeutung sei jetzt die „Fähigkeit zu sichtbarer und glaubwürdiger Abschreckung“. Deren „Rückgrat“ aber bildeten „einsatzbereite, an einem hochintensiven Szenario ausgerichtete und ausgebildete Streitkräfte“, die in kürzester Zeit an der NATO-Ostflanke eingesetzt werden könnten. In Europa werde die Bundesrepublik wegen ihrer geografischen Lage und ihrer potenziellen militärischen Bedeutung als „Führungsnation“ eingestuft. Der „Erwartungshaltung der Alliierten“ müsse die Bundeswehr nun auch „hinsichtlich der Einsatzbereitschaft und des dazugehörigen Einsatzwillens“ entsprechen.

Schneller rüsten

Eine rasche Stärkung der Kampfkraft der Bundeswehr hat in der vergangenen Woche auch Heeresinspekteur Alfons Mais gefordert. Mais hatte am Tag des russischen Überfalls auf die Ukraine mit der Äußerung Schlagzeilen gemacht, die deutschen Streitkräfte stünden

„mehr oder weniger blank da“. Er hatte damals explizit geurteilt: „Die Optionen, die wir der Politik zur Unterstützung des Bündnisses anbieten können, sind extrem limitiert.“ Drei Tage später kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz das 100-Milliarden-Euro-Militärprogramm für die Aufrüstung der Bundeswehr an („Sondervermögen“). Mais urteilt nun, seither habe sich „vor allem in den Köpfen“ viel bewegt: „Es wird sachlicher und tiefer über alles diskutiert, was die innere und äußere Sicherheit betrifft.“ Zugleich sei allerdings „die materielle Einsatzbereitschaft des Heeres nicht größer als am 24. Februar“. Genaugenommen sei sogar, was die militärische Ausrüstung angehe, „weniger da als vor Kriegsbeginn“ – man habe schließlich „Material aus den Beständen des Heeres an die Ukraine abgegeben“. Es werde noch dauern, „bis wir dieses Material ersetzt bekommen“. Der Heeresinspekteur mahnt zur Eile bei der Aufrüstung der Bundeswehr: „Es macht jetzt einen Riesenunterschied, ob wir Material 2025, 2026 oder erst 2029 bekommen.“

Schützenpanzer, Fregatten, Kampffjets

2023 stehen rund 50,1 Milliarden Euro aus dem regulären Etat zuzüglich 8,4 Milliarden Euro aus dem 100 Milliarden Euro schweren Sonderprogramm zur Verfügung. Aus den regulären Mitteln sollen unter anderem Großraumtransporter vom Typ A400M, weitere Eurofighter sowie Flottendienstboote der Klasse 424 beschafft werden. Für den Erwerb von Munition hat der Haushaltsausschuß des Bundestages das Budget eigens um eine weitere Milliarde Euro aufgestockt. Aus dem 100-Milliarden-Programm will Berlin im nächsten Jahr Mittel für Schützenpanzer vom Typ Puma, für Fregatten vom Typ F126, für schwere Transporthubschrauber CH-47 („Chinook“) sowie für neue Kampfflugzeuge vom Typ F-35 entnehmen. Die F-35 sollen unter anderem für die sogenannte nukleare Teilhabe genutzt werden und im Kriegsfall bei Bedarf die US-Atombomben, die in Büchel/Eifel

gelagert sind, zum Einsatzort transportieren sowie sie dort abwerfen.

Zusätzliche EU-Mittel

Weitere Zusatzmittel stellt nun auch die EU-Kommission bereit. Sie wird dazu ein neues Instrument, das „Instrument zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung“ (EDIRPA), schaffen. Ziel ist es vor allem, kurzfristige Beschaffungsmaßnahmen zu fördern, um Lücken zu füllen, die durch Waffenlieferungen an die Ukraine entstanden sind oder denen mit Blick auf die Hochrüstung gegen Rußland herausragende Bedeutung beigemessen wird. Allein für den Zeitraum bis 2024 ist eine halbe Milliarde Euro vorgesehen. Ein weiteres Programm, das ausdrücklich langfristige Beschaffungsvorhaben bedient („Programm für Europäische Verteidigungsinvestitionen“, EDIP), ist in Vorbereitung.

Mehr Munition

Schon jetzt meldet die deutsche Rüstungsindustrie große Umsatz- und Gewinnsprünge. So teilte der Rüstungskonzern Rheinmetall Anfang November letzten Jahres mit, der Firmenumsatz sei im dritten Quartal 2022 um 12,5 Prozent auf 1,4 Milliarden Euro gestiegen, zugleich sei der Nettoquartalsgewinn um neun Millionen Euro auf 86 Millionen Euro gewachsen. Weil vor allem die Nachfrage nach Munition zunimmt, die im Ukraine-Krieg verschossen wird, wird Rheinmetall nun den spanischen Rüstungskonzern Expal Systems übernehmen, der mit einem Jahresumsatz von gut 400 Millionen Euro zu den größten Munitionsproduzenten in Europa gehört. Bei Rheinmetall heißt es, man selbst könne zur Zeit rund 80 000 Artilleriegranaten im Jahr herstellen; Expal schaffe 250 000 bis 300 000 Stück. Mit der Übernahme soll auch sichergestellt werden, daß der Bundeswehr in künftigen Kriegen nicht die Munition ausgeht.

Redaktionell gekürzt

german-foreign-policy.com, 16.11.22

Patriots für Polen

Berlin wird deutsche Patriot-Flugabwehrsysteme in Polen stationieren und bindet das Land damit faktisch in die europäische Luftverteidigungsinitiative ein.

Dies bestätigen die Verteidigungsministerien beider Länder. Wie es heißt, müssen nur noch die Einsatzdetails abgestimmt werden. Deutsche Flugabwehreinheiten wären dann – neben der Slowakei – in einem zweiten EU-Staat im Einsatz. Dies paßt zu den Bestrebungen Berlins, unter deutscher Führung eine europäische Luftverteidigung aufzubauen (European Sky Shield Initiative, ESSI). Polen nimmt nicht an ihr teil: Es organisiert seine Flugabwehr bislang in enger Kooperation mit den Vereinigten Staaten, auf die es militärisch ohnehin orientiert. Dabei will es an der Seite der USA „die mächtigsten Landstreitkräfte in Europa“ aufbauen.

Die enge polnisch-US-amerikanische Kooperation ist mit einer rasanten Militarisierung in Polen verbunden. Warschau hat angekündigt, seine Militärausgaben in einem ersten Schritt von heute 2,4 Prozent seiner Wirtschaftsleistung erst auf 3, dann auf 5 Prozent steigern zu wollen. Verteidigungsminister Błaszczyk erklärte im Juli, die Regierung arbeite daraufhin, dass Polen in Zukunft über „die mächtigsten Landstreitkräfte in Europa“ verfüge. Polen besitzt bereits mehr Kampfpanzer und Haubitzen als Deutschland und will auch die Anzahl seiner Soldaten rasch aufstocken; noch sind es mit rund 150 000 weniger als die Zahl der Soldaten der Bundeswehr, doch sollen es spätestens 2035 bereits 300 000 sein. Darüber hinaus rüstet Warschau in gewaltigem Umfang auf. So hat es im Frühjahr für rund 4,9 Milliarden Euro 250 Abrams-Kampfpanzer in den Vereinigten Staaten

bestellt; bereits im Jahr 2020 hatte es die Lieferung von 32 Kampffjets des US-Modells F-35 für 4,6 Milliarden Euro in Auftrag gegeben. Mittlerweile hat es weiteres Kriegsgerät – Panzer, Haubitzen, leichte Kampfflugzeuge, Raketenwerfer – für zehn bis zwölf Milliarden Euro in Südkorea bestellt. „Polen ist unser wichtigster Partner in Kontinentaleuropa geworden“, wie ein hochrangiger US-Militär hervorhob. Deutschland, aus US-Sicht nicht schnell genug rüstend, wird demnach vor allem noch als logistische Drehscheibe für den Aufmarsch im Osten genutzt. Zwei von deren drei Patriot-Systemen werden in Deutschland produziert – in Zukunft auch das US-amerikanische Patriot-System.

Redaktionell gekürzt

german-foreign-policy.com, 9.12.22

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Wirtschaftskrisen im Kapitalismus

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

20. Juli 1978

Als vor längerem die Stromversorgung in New York zusammenbrach – in einigen Stadtteilen dauerte dieser Zustand mehr als zwei Tage an –, da wurde ein Alptraum der amerikanischen Polizei Wirklichkeit. In den Stadtteilen der Armen stürmten Tausende von Menschen die Geschäfte, zerschlugen die Scheiben und nahmen mit, was sie gebrauchen konnten: Lebensmittel, Fernsehapparate, Kleidung, Möbelstücke. Es steht außer Frage: Plünderung und Zerstörung dienen niemals und nirgendwo konstruktiven gesellschaftlichen Zielen. Zudem ist erwiesen, daß kriminelle Banden an den Ausschreitungen beteiligt waren. Aber bei weitem nicht alle waren kriminelle: Nur jeder achtzehnte von rund 3400 Festgenommenen war ein Rückfalltäter.

Der sozialökonomische Hintergrund der New Yorker Ereignisse ist ziemlich eindeutig: In den meisten Fällen entsprangen sie dem Gefühl erlittenen Unrechts, den fehlenden Perspektiven, einer tiefen menschlichen Verzweiflung. Schlaglichtartig erhellte der Stromausfall die absurde Tatsache, daß im reichsten Land der Welt viele Menschen Mangel leiden. Nach westlichen Quellen leben ca. 50 Millionen US-Amerikaner am Rande der Existenz. Im ersten Halbjahr 1978 wurden 5,7 Millionen Arbeitslose in den USA registriert. Das aber ist das wichtigste Kennzeichen von Krisen im Kapitalismus: Obwohl alle technischen und materiellen Voraussetzungen zur Produktion vorhanden sind, obwohl viele, oft auch elementare Bedürfnisse unbefriedigt sind, werden die vorhandenen Produktivkräfte nicht ausgenutzt.

Es gibt Krisen unterschiedlicher Art. Wenn Menschen sich einschränken müssen, weil die Mittel knapp sind, oder weil Mißernten, vielleicht auch Naturkatastrophen die Produktion verringert haben, dann ist das den meisten verständlich. Zur Erklärung solcher Krisen reicht der gesunde Menschenverstand. Kapitalistische Krisen aber sind auf den ersten Blick unverständlich, scheinen geradezu widernatürlich – weshalb auch in längeren Krisenperioden Aberglauben und Wahnideen der verschiedensten Art auf fruchtbaren Boden fallen.

Ungenutzte Maschinen und Rohstoffvorräte, Millionen arbeitsuchende Menschen, gleichzeitig reduzierte Kaufkraft, unerfüllte Konsumwünsche – das ist das scheinbar absurde äußere Bild der kapitalistischen Krise.

Des Rätsels Lösung kommt man einen Schritt näher, wenn man den Standpunkt des sogenannten gesunden Menschenverstandes für einen Augenblick verläßt und sich fragt, warum im Kapitalismus eigentlich produziert wird, was eigentlich produziert wird. Das sind nämlich keineswegs in erster Linie Lebensmittel, Maschinen, Autos usw. – das ist in erster Linie ganz einfach Profit. Ein kapitalistisches Unternehmen hat sein Kapital gewinnbringend anzulegen und zu vermehren – das ist zunächst das A und O. Die Produktion nützlicher Dinge ist dabei eine allerdings unabdingbare Nebenerscheinung. Denn Gewinne können nur gemacht werden, wenn die produzierten Waren in möglichst großen Mengen abgesetzt werden. Daher konkurrieren die Unternehmer mit allen Mitteln der Werbung und der Produktdifferenzierung um größtmöglichen Absatz für ihre Waren.

Ein Kapitalist wird nun an dieser Stelle einhaken und behaupten, jeder Mensch strebe schließlich nach Gewinn – es handele sich dabei also um keine kapitalistische Besonderheit. Dieser Einwurf kann hier jedoch getrost außer acht gelassen werden; denn selbst wenn jeder Mensch nach Gewinn strebt – Aussicht auf Erfolg hat er nur dann, wenn er die dafür notwendigen Mittel besitzt. Die sind nun aber im Kapitalismus höchst ungleich verteilt. Die Maschinen, Anlagen und Vorräte gehören einer winzigen Minderheit, während die Masse der Menschen bestenfalls über mehr oder weniger wertvolle Konsumgüter verfügt. Mangel und Überfluß, Bedürfnisse und die Mittel zu ihrer Befriedigung, Produzenten und Produktionsmittel sind durch eine Schranke getrennt – durch das Privateigentum an Produktionsmitteln. Im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kann diese Schranke nicht überwunden werden; es sei denn, sie wird gesprengt.

Es ist also festzuhalten: Produziert wird im Kapitalismus letztlich nur zum Zwecke der Gewinnerzielung, wobei die Besitzer der Fabriken und Anlagen, die Kapitalisten, über Umfang und Art der Produktion entscheiden. Macht man sich diese Tatsache klar, dann bekommt die kapitalistische Krise ein etwas anderes Aussehen: Nicht der Überfluß von Produktionsmitteln und Vorräten, sondern die zu geringe Profiterwartung ist ihre typische Erscheinung. Die Krise, die aus dem Blickfeld der Arbeiter oder Angestellten alle Anzeichen einer Überflußkrise aufweist, ist für den Kapitalisten eine Mangelkrise – es kommt also ganz auf den Standpunkt an. Allerdings

ist immer der Standpunkt ausschlaggebend, von dem aus die Entscheidungen fallen. Und das ist im Kapitalismus der Standpunkt des Besitzers der Produktionsmittel. Wenn er es um der Erhöhung des Profits willen für nötig hält, schränkt er die Produktion ein, entläßt Arbeiter und Angestellte, legt Betriebsteile oder ganze Betriebe still.

Was wäre also zu tun, damit solche Krisen verhindert werden, die ja immer mit großen Verlusten, mit Mangelsituationen und der Vergeudung produktiver Potenzen verbunden sind? Die Verluste könnten sicher vermieden werden, wenn die Arbeitslosen sich einfach der ohnehin ungenutzten Maschinen und Vorräte bedienen, um die Dinge herzustellen, die benötigt werden. Oder wenn allgemein die Arbeitszeit verringert würde, da ja zur Herstellung der benötigten Güter offensichtlich im Durchschnitt weit weniger als acht tägliche Arbeitsstunden pro Beschäftigten ausreichen. Das würde den Widerspruch zwischen Überfluß und Mangel sicher schnell beseitigen. Klar ist allerdings, daß solche vernünftigen Maßnahmen tiefe Eingriffe in das Recht des Privateigentümers bedeuten würden; in das Recht des Fabrikbesitzers, die Fabrikttore zu schließen, das Recht des Lebensmittelproduzenten, seine Butter und Tomaten – subventioniert, versteht sich – verrotten zu lassen.

Derartige Eingriffe aber – man weiß es – sind verboten; wer in der kapitalistischen Gesellschaft solche „umstürzlerischen“ Erwägungen wie Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, Vergesellschaftung von Großkonzernen oder gar umfassende Wirtschaftsplanung in die Debatte wirft, macht sich äußerst verdächtig. Akzeptiert wird einzig der Standpunkt des Kapitalisten, der zwar nicht vernünftig, dafür aber mit großer Macht ausgestattet ist. Fragen wir uns, was ihn veranlassen könnte, seine Produktion wieder auszuweiten, die entlassenen Arbeiter und Angestellten wieder einzustellen, die geschlossenen Betriebe vielleicht sogar wieder zu öffnen. Große Institute, hochdotierte Wissenschaftler, ja selbst die Regierungen der Bundesrepublik und anderer Länder befassen sich pausenlos, seit dem Beginn der Krise 1973/74, mit dieser Frage. Für die Kapitalbesitzer liegt die Antwort auf der Hand: Da der „Mangel an Profit“ die Krise hervorrief, muß dieser Mangel behoben werden. Seit Jahren wird denn auch in der BRD diese Antwort in zahllosen Gutachten, in wissenschaftlichen Veröffentlichungen usw. mit großem Aufwand an Geld und Worten wiederholt. Besonders wenn es um Lohnverhandlungen

geht – die ja erheblichen Einfluß auf die Gewinnhöhe zu haben scheinen –, werden fast wöchentlich Gutachten publiziert, die diese Antwort wiederkäuen. Natürlich bleibt es nicht bei Worten: Die Wirtschaftspolitik des Staates ist mit Steuererleichterungen, Prämien und Subventionen bemüht, den „Profitmangel“ der Kapitalisten zu beheben. Allein die sogenannte befristete Investitionsprämie von 1974/75 brachte ihnen 8 Milliarden D-Mark. Die Gewerkschaften werden mit allen Mitteln – bis hin zu verfassungswidrigen Aussperrungen – gedrängt, ihre Tarifpolitik ebenfalls in den Dienst der Überwindung des Profitmangels zu stellen.

Aber das alles fruchtet nichts: Die Krise hält an. Der Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft ist offenbar schwieriger, als es sich selbst mancher Unternehmer vorstellt. Ihn interessiert in erster Linie der Profit: die Produktion nützlicher Gebrauchsgüter ist der Profitmacherei absolut untergeordnet. Profit aber kann gesamtgesellschaftlich wie im Einzelfall nur gemacht werden, wenn die nützlichen Güter auch verkauft werden. Und hier liegt der Haken: Der Zweck der kapitalistischen Produktionsweise – der Profit – und das Mittel – die Gebrauchswertproduktion – stehen in einem nur zeitweilig lösbaren Widerspruch zueinander. Karl Marx formulierte diesen Tatbestand so: „Das Mittel – unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte – gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals.“ In der Jagd nach Profit versucht jedes Einzelkapital, seine Produktion zu steigern. Die Konkurrenz stellt dabei den äußeren Zwang dieses Prozesses dar: sie treibt die Unternehmer zur raschen anarchischen Erweiterung ihrer Produktionskapazitäten, zur Beschleunigung der Akkumulation. In diesem Prozeß wachsen die Produktionsmöglichkeiten notwendig über die Absatzmöglichkeiten hinaus. Es kommt zu Disproportionen; der Absatz stockt, die Produktion muß reduziert werden.

Auch in dieser Situation möchten die Kapitalisten natürlich hohe Profite machen und machen sie auch – auf Kosten der Löhne und Gehälter der „Arbeitnehmer“. Aber das Mißverhältnis zwischen Löhnen und Preisen schränkt eben in entscheidendem Maße die Absatzmöglichkeiten der produzierten Waren ein. In diesen Widerspruch verwickelt sich im Kapitalismus jede staatliche Antikrisenpolitik: alles, was den Profitmangel der Kapitalisten zu beheben scheint – also Senkung der Lohnkosten, Steuererleichterungen, Subventionen usw. – mindert die Absatzmöglichkeiten. So kommt es zu der Erscheinung, daß Unternehmen einerseits hohe Gewinne machen und trotzdem Betriebs- teile stilllegen, Arbeiter entlassen. Was also den Kapitalisten aus der „Profitklemme“ hilft, läßt sie in die „Absatzklemme“ stolpern.

Nun mag man sich fragen, warum in der Vergangenheit auf Krisen meist wieder ein kräftiger Konjunkturaufschwung folgte, der sowohl den Profitmangel als auch die Arbeitslosigkeit zumindest vorübergehend beseitigte, und warum dieser Mechanismus nicht nur in der großen Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 versagte, sondern auch heute nicht mehr so recht funktioniert.

Für eine ausführliche Antwort auf diese Frage ist hier nicht der Platz. Immerhin aber kann darauf verwiesen werden, daß sich die Struktur des Kapitalismus seit dem Beginn des Jahrhunderts entscheidend verändert hat. Der Kapitalist des 19. Jahrhunderts hatte im Grunde außer dem Druck auf die Arbeitskosten nur eine Möglichkeit, sich aus der „Profitklemme“ der Krise zu retten: er mußte versuchen, bei möglichst niedrigen Kosten möglichst viel zu verkaufen. Das aber konnte er nur, wenn er den Wettlauf seiner Konkurrenten um die schrumpfenden Absatzmöglichkeiten mitmachte und die Preise senkte. Dabei blieb zwar mancher Betrieb auf der Strecke, die sinkenden Preise jedoch stabilisierten die Absatzmärkte. Der Ruin einiger Konkurrenten vergrößerte den Marktanteil derjenigen, die den Wettlauf überlebt hatten. Sie konnten nun daran denken, ihre veralteten Anlagen zu erneuern, die verschlissenen Maschinen zu ersetzen, begrenzt neue Arbeitskräfte einzustellen, wodurch bei zunächst niedrigen Preisen und Löhnen die Absatzmöglichkeiten wieder ausgeweitet wurden.

Natürlich wäre es auch damals für den einzelnen Kapitalisten weit rentabler gewesen, die Preise zu halten oder sogar noch zu steigern, oder wenn staatliche Hilfen ihn aus seiner „Profitklemme“ befreit hätten. Diese Wege aber waren ihm weitgehend verschlossen. Anders heute in der BRD und in anderen imperialistischen Ländern. Erinnert sei z. B. an die Situation der tiefsten Krise der Automobilindustrie 1971, als das Volkswagenwerk in kurzen Abständen dreimal die Preise erhöhte, und noch heute, nach vier Jahren Massenarbeitslosigkeit, angesichts anhaltender Unterauslastung der Kapazitäten, steigen die Preise Monat für Monat weiter.

Vielen marktbeherrschenden Unternehmen bietet sich also gegenwärtig ein scheinbarer Ausweg aus der „Profitklemme“, der einst den Betrieben des Konkurrenzkapitalismus nicht offenstand: Weil sie die Preise mit ihren wenigen Konkurrenten absprechen, brauchen sie sich auf einen Preiswettbewerb nicht einzulassen. Und im Zweifelsfall können sie fast immer mit Staatshilfe rechnen. Für sie ist es vorteilhafter, bei hohen und steigenden Preisen weniger zu produzieren als ihren Absatz durch Preissenkungen zu stabilisieren.

Das ist natürlich nur für einzelne große Konzerne ein gangbarer Ausweg. Gesamtgesellschaftlich vertieft diese Praxis die Krise, da die hohen Preise die ohnehin zu kleine Kaufkraft weiter reduzieren und die niedrige Produktion weiter verringert wird. Es kommt zu der auch vom kapitalistischen Standpunkt aus grotesken Situation, daß große Teile der Wirtschaft, nämlich die Monopole, geradezu im Geld schwimmen, daß die Zinsen niedrig sind und die Gewinne der großen Konzerne hoch, ohne daß sich das auf die Konjunktur positiv auswirkt. Trotz hoher Profite wird nicht investiert.

Die staatliche, an den Interessen des Kapitals orientierte Wirtschaftspolitik gerät an den Rand der Verzweiflung, weil keines ihrer Mittel wirken will: Sie kann den Konzernen die Taschen noch so vollstopfen – ihnen will und will die vielbeschworene „Investitionslust“ nicht kommen; die Konjunktur bleibt

wacklig. Dies ist eine Erscheinung, die für den Konjunkturverlauf in Krisenperioden typisch ist. Trotz hoher Profite will es zu keinem kräftigen Konjunkturaufschwung kommen; die Monopole blockieren diesen Mechanismus. Der Staat könnte sicher einen anderen Weg gehen und versuchen, durch umfangreiche Sozialprogramme und die Förderung von Lohnerhöhungen die Absatzmöglichkeiten zu vergrößern. Doch abgesehen davon, daß eine solche wirtschaftspolitische Strategie auf den geschlossenen Widerstand der großen Konzerne stoßen würde, könnten Krisen auch dadurch auf Dauer nicht verhindert werden. Denn das würde eine radikale Umverteilung zugunsten der Arbeiter und Angestellten mit sich bringen und die Profite unter dauerhaften Druck setzen. Kapitalistische Produktion aber – darauf wurde mehrmals hingewiesen – ist Profitproduktion.

Trotz dieser Erkenntnis kann es den Arbeitern und Angestellten in den kapitalistischen Ländern natürlich nicht gleichgültig sein, welche Art Wirtschaftspolitik der Staat betreibt. Eine Politik des zweiten Typs – mit dem Ziel der Kaufkraftsteigerung – würde die Belastungen, die die Krise für die arbeitende Bevölkerung mit sich bringt, sicherlich erträglicher machen. Sie würde allerdings die Schranke, welche die Produzenten von den Produktionsmitteln trennt und die der eigentliche Grund von kapitalistischen Krisen ist, nicht beseitigen. Dazu ist mehr nötig, als eine kapitalistisch orientierte staatliche Wirtschaftspolitik zu bieten in stande ist.

Die allgemeine Krise des Systems bleibt konstant, bei allen zyklischen Schwankungen. Wie lange dieser Zustand anhalten wird, kann niemand voraussagen – das liegt vor allem im Ermessen der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen.

Gesellschaftssprachmißbrauch

„Gewinn“ sollt für das Leben sein,
Nicht für den einzelnen allein.
Vom Wort in seinem Sinn mißbraucht,
Der ökonomisch selbst verraucht,
Verbleiben Asche und Gestank,
Wo Sprachsinn, unbemerkt, ist krank.

So Arbeit, die genommen wird
Vom „Arbeitgeber“ – welch ein Flirt
Im Sprachgebrauch verdreht,
Unwissenheit mit Not nur sät,
Läßt Dummheit, Gier für Macht besteh'n,
Gewinn zum Leben doch nicht seh'n.

Verlust fürs Leben, letztlich Tod,
Da noch Geschrei, Profit verroht,
Reformen zeugt vom Leben fremd,
Rüstung und Krieg meint ungehemmt.
Im Denken so schwelt Kapital
Und frißt die ganze Erde kahl.

E. Rasmus

Zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland

Inflation stieg im Oktober 2022 auf 10,4 Prozent

Die Inflation in Deutschland hat im Oktober letzten Jahres die Marke von 10 Prozent deutlich überschritten, nachdem die Teuerungsrate im September bereits 10 Prozent erreicht hatte. Die Verbraucherpreise legten im Oktober gegenüber dem Vorjahresmonat um 10,4 Prozent zu, womit der bislang höchste Preisanstieg seit etwa 70 Jahren erreicht wurde. Dies geht aus veröffentlichten Daten des Statistischen Bundesamtes hervor. Energie verteuerte sich im Oktober 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat um

43,0 Prozent. Die Preise für Erdgas legten mit einem Anstieg um 109,8 Prozent auf mehr als das Doppelte zu, Fernwärme verteuerte sich um 35,6 Prozent.

Zahl der Insolvenzen steigt weiter

Laut vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Anzahl der Insolvenzen im Oktober 2022 um 18,4 Prozent gegenüber dem Vormonat gestiegen. Im September war die Zahl gegenüber August noch um 20,6 Prozent gesunken.

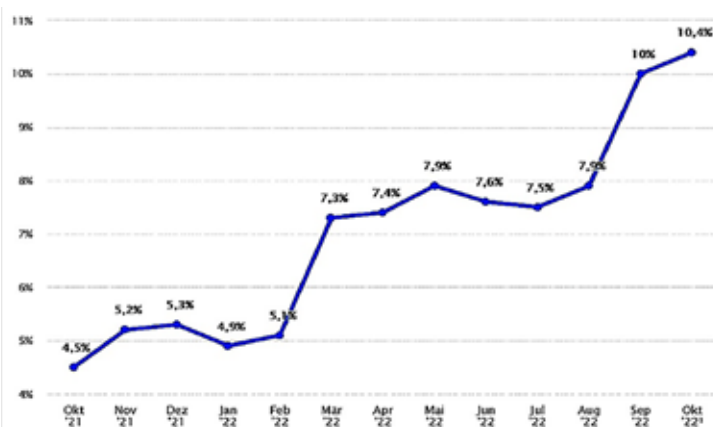
Im August 2022 haben die Amtsgerichte nach endgültigen Ergebnissen 1 147 Anträge auf

Unternehmensinsolvenz gemeldet. Das seien 11,5 Prozent mehr als im August 2021. Im Juli sei die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem Vorjahresmonat noch um 3,8 Prozent gesunken.

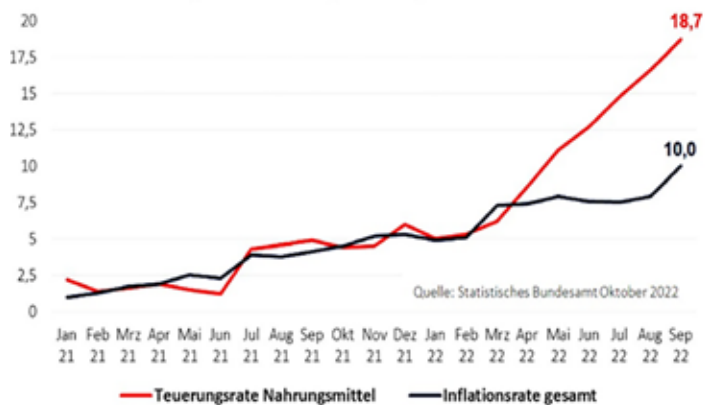
Mit 198 Fällen gab es im August die meisten Unternehmensinsolvenzen im Baugewerbe. Dies sind 4,2 Prozent mehr als im August 2021. Es folgte der Handel einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen mit 167 gemeldeten Verfahren – 18,4 Prozent mehr als im August 2021.

RTDE, 11.11.22

Inflationsrate in Deutschland von Oktober 2021 bis Oktober 2022



Allgemeine Inflationsrate und Teuerung bei Nahrungsmitteln je Monat im Vorjahresvergleich in %



„Berggeschrey“ im Erzgebirge

„Bergeschrey im Erzgebirge“ – darunter verstand man in der Zeit der Silberfunde die schnell umlaufende Kunde neuer Vorkommen. Heute findet „Berggeschrey“ als Protestbewegung der Region statt, initiiert von Unternehmern, die um ihre Existenz fürchten, unterstützt von Bürgern, die sich um ihr Auskommen und die Zukunft sorgen.

Ort des Protestes ist vor allem Annaberg. Aber auch in Thum gab es Aufbegehren. Die mediale Reflexion hebt die Bewegung als „wirtschaftliche Protestaktion“ hervor. Das ist schlichtweg falsch. Neben den Organisatoren und den einheimischen Unternehmern erheben in der Erzgebirgsstadt Thum die Bürgermeisterin/Bürgermeister von Thum, Gelenau und Ehrenfriedersdorf (letztere stellvertretend durch einen Stadtrat) ihre warnenden und besorgten Stimmen. Dabei ging es keinesfalls nur um die Bedrängnisse der hiesigen Unternehmen durch die inzwischen latent wirkende Krise. Es ging um Existenzfragen, die uns alle betreffen.

Doch der Bundeskanzler zog eine positive Bilanz der ersten Regierungsphase seiner

Koalition. Wo hat der Mann seine Augen und Ohren? Das Land wird wöchentlich von zehntausenden Protestlern auf der Straße gegen die Regierungspolitik aufgerüttelt. Junge Leute, die keine Perspektive sehen, kleben sich auf dem Asphalt fest, weil sie keine andere Chance sehen, auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Eine Pleitewelle nach der anderen erschüttert das Land. Die öffentliche Verschuldung lag schon Ende 2021 auf einem neuen Höchststand: 2,34 Billionen Euro! Für jeden Bundesbürger waren das 27 922 Euro zum Jahresende 2021. Die Zahl für 2022 dürfte schockierend sein. Kranke Kinder leiden, weil in den Kliniken nicht genügend Betten verfügbar sind. Der Pflegenotstand hält an. Nicht genügend Lehrer, nicht genügend Ärzte! Irrationale Entscheidungen wie der Gasvertrag mit Katar lassen an der Vernunft der Bundesregierung zweifeln. Wir erleben eine Preisexplosion im Einzelhandel (wobei der Staat über die Mehrwertsteuer mitprofitiert). Inflation!

Wo ist die positive Bilanz, Herr Bundeskanzler? Vielleicht in den 100 Milliarden,

die der Aufrüstung der Bundeswehr dienen sollen? Jeder Cent würde für soziale Zwecke gebraucht. Und was bringen sogenannte Entlastungspakete für die Bürger? Es sind riesige neue Schuldenberge, die noch unsere Kinder abtragen werden. Die Bundesregierung hat nichts zu verteilen, um die Bürger zu entlasten. Sie hat nur die Macht, das Volk für die Zukunft durch Schulden zu belasten. War es nicht Scholz, der einst die Bundesrepublik als „europäische Hochburg des Großkapitals“ bezeichnet? Doch das ist lange her und längst schon vergessen. Die Redner in Thum haben die Mißstände angesprochen: Völlig verfehlte Energiepolitik, ruinöse Finanzpolitik, vorauseilender Gehorsam gegenüber den globalen Interessen der USA, Sanktionspolitik gegen Rußland als wirksamstes Mittel, die eigene Wirtschaft zu zerstören, ein Krieg in der Ukraine, für den nicht nur die Russen verantwortlich sind. Das sind keine Proteste in Not gekommener Bäckermeister. Das sind Proteste gegen ein politisches System.

Norbert Staffa
Großolbersdorf

Armut per Gesetz bleibt Realität

Auch wenn sich die SPD das Ende von Hartz IV gern herbeisehnt, das beschlossene Bürgergeldgesetz bleibt eine Modifikation vom bisherigen Hartz-IV-System.

Zu geringe Regelleistungen

Mit den neu festgesetzten Regelleistungen wird noch nicht einmal die Inflationsrate kompensiert. Mit den Regelleistungen ist ein Leben in Würde und in gesellschaftlicher Teilhabe nicht ausreichend sicherzustellen, daher ist das Bürgergeldgesetz weiterhin „Armut per Gesetz“.

Wohnkostenlücke

An den Regeln zur „Wohnkostenlücke“, also Unterfinanzierung durch Nichtberücksichtigung der tatsächlichen Unterkunftskosten wegen „Unangemessenheit“ und/oder „fehlender Umzugserfordernis“, wurde nichts geändert. 400 000 SGB II-Haushalte müssen durchschnittlich 91 Euro der Unterkunftskosten im Monat selbst aufbringen. Gerade in der schwersten je dagewesenen Wirtschaftskrise und bei akuter Wohnungsnot wären hier Änderungen zwingend notwendig gewesen.

Stattdessen wird die Begrenzung der Unterkunftskosten wegen „fehlender Umzugserfordernis“ sogar noch ins SGB XII übernommen, um dort die verheerenden Kürzungen auch noch durchexerzieren zu können.

Kein Aufrechnungsmoratorium

Die Möglichkeit der Aufrechnung von behördlichen Ansprüchen bis unter das Existenzminimum ist eigentlich nach § 51 SGB I grundsätzlich nicht zulässig. Durch das Grundsicherungs-sonderrecht ist es aber im SGB II und SGB XII doch jederzeit möglich, das

„Existenzminimum“ durch Aufrechnung von Behördenansprüchen zu unterschreiten. Diese Sonderregelung wurde nicht ausgesetzt, obwohl die Preissteigerungen durch Inflation dies dringend gebieten würde. Immerhin wurde die Höhe von Aufrechnungen bei Darlehen auf 5 %, in anderen Fällen auf 20 % des Regelsatzes reduziert.

Sanktionsrecht

Die Sanktionen gehen weiter. Das war ein Herzensanliegen der Union, mit Sicherheit auch der FDP und weiter Teile der SPD. Die ursprünglich geplante Vertrauenszeit wurde gestrichen, das Sanktionsmoratorium nach § 84 SGB II wurde auf ein halbes Jahr verkürzt. Das Sanktions-system geht weiter, wenn auch modifiziert und jetzt auf gesetzlicher Grundlage und nicht durch Anordnung des BVerfG.

100 % Sanktionen durch vorläufige Leistungseinstellung und Entsagungs- und Entziehungsbescide wegen fehlender Mitwirkung

Die 100 %igen Sanktionen durch vorläufige Leistungsversagungen und Entsagungs- und Entziehungsbescide wegen fehlender Mitwirkung wurden im Bürgergeldgesetz nicht angepackt. Die hier stattfindenden Sanktionen sind nicht auf 30 % begrenzt, sondern regelmäßig und sehr häufig rechtswidrig 100 % Sanktionen, d.h. komplette Leistungseinstellungen, keine Regelleistung, keine Miete, keine Krankenkasse.

Auf diesen Mißstand wurde im Gesetzgebungsverfahren intensiv hingewiesen, geändert wurde nichts. Daher bleibt das Bürgergeld ein Drangsalierungssystem.

Alte, kranke und behinderte Menschen werden sich selbst überlassen

Im Bürgergeldgesetz wurden auch Änderungen im SGB XII, der „Grundsicherung im Alter und voller Erwerbsminderung“, durchgeführt. Hier hat die Bundesregierung, selbstredend auch die christliche Opposition, komplett versagt. In einer Vielzahl von Fällen sind im SGB XII die gesetzlichen Regeln viel schärfer als im SGB II. Hier sind Reformen für die alten-, kranken- und behindertenspezifischen Bedarfe überfällig. Das SGB XII ist im Verhältnis zum SGB II ein diskriminierendes Gesetz. Die Regierung hätte im Gesetzgebungsverfahren hier die überfälligen und notwendigen Änderungen vornehmen müssen. Tacheles hat diese in 30 Seiten seiner Stellungnahme im Gesetzgebungsverfahren aufgezeigt. Der Umgang der Regierung mit den alten, kranken und behinderten Menschen in diesem Gesetzgebungsverfahren ist erbärmlich.

In der Gesamtheit ist das Bürgergeldgesetz eine Fortsetzung von Armut, Sanktion und Diskriminierung per Gesetz, daher ist die Bezeichnung „Bürgerhartz“ richtig.

Positiv ist die Abschaffung des Vermittlungsvorrangs und vielmehr die Förderung von Aus- und Weiterbildung. Aber es bleibt ein Gesetz, das die Leistungsbeziehenden in bittere Armut bringt und ein menschenwürdiges Leben nicht ermöglicht. Besonders bitter dabei ist der Nichtumgang mit den SGB XII'ern, die damit ein „lebenslang in bitterer Armut“ bekommen.

Thomé Newsletter 47/2022 vom 27.11.2022

Solidarische Wortumwandlung

Hartz IV und seine Wortumwandlung machen klar: Der Klassenkampf tobt, auch, wenn nur eine Klasse, die Klasse der Besitzenden und Herrschenden, ihn von Sieg zu Sieg führt. Wieviele Lohnabhängige, fälschlich als Arbeitnehmer benannt, wieviele Erwerbslose und Hartz-IV-Empfänger vertreten im größten deutschen Bundestag aller Zeiten die Interessen der arbeitenden Klasse und der Bevölkerungsteile von ganz unten? Wer entscheidet und beschließt großkotzig, herrschaftlich und machtbesessen über das Schicksal, die Lebenssituation, Verarmung, Ausgrenzung und Entmenschlichung von Teilen der Bevölkerung, mit welchem Mandat und welchem Gewissen? Wessen Demokratie und Freiheit herrscht in dieser „Volksvertretung“? In welchem Wissen haben sie beschlossen, den scheinbar Millionen arbeitsunwilligen, faulen, schmarotzenden Hartz-Empfängern weiterhin Sanktionen, Zwang und Diffamierung zu verordnen? Wo sind die Analysen, Erhebungen und fachlichen Aussagen der Arbeitsagenturen, die den massenhaften Mißbrauch sozialer Leistungen belegen? Woher wissen plötzlich alle, Hartzler haben mehrheitlich mehr als 60 000 Euro auf

dem Konto? Hunderte Milliarden für Krieg und Interessen Herrschender nicken „Volksvertreter“ in Schnelldurchlauf ab. Wenige Euro für Bedürftigste dagegen geben Anlaß zur Diffamierung der Betroffenen. Jene, die vorgeben, hohe Moral zu vertreten, mißbrauchen sie als menschenverachtende Waffe gegen die Schwächsten, die diese Gesellschaft nicht braucht. Sie nehmen sich ausgiebig Zeit, den Almosenempfängern den Verdacht ihrer Arbeitsunwilligkeit und des Schmarotzertums nachhaltig anzuheften. Für Regierung und Parlament handelt es sich um „Menschen, die eigentlich arbeiten könnten“. Von einem Markt- und Konkurrenz-Kapitalismus, der willkürlich Menschen selektiert, nur deren Wert als profitable Arbeitskraft kennt, sie ausspuckt oder im Produktionsmechanismus ausbeutet, wollen sie nichts wissen. Wo sich die Herrschenden gern des deutschen Volkes Fleiß rühmen, da soll es Millionen Faule geben, die sanktioniert und in jede Arbeit gezwungen werden müssen?

Ein Menschenrecht – das Recht und die Pflicht zur Arbeit – sei aus Gründen individueller Freiheit ausgeschlossen. Wessen Recht und Freiheit

meinen sie damit? Es hat 40 Jahre Recht und Pflicht zur Arbeit gegeben, ohne Millionen Faule, denen Zwang auferlegt werden mußte. Die Oberen entdecken nun ihr Herz für „Lohnarbeiter“, weil Bürgergeld für „Nichtstun“ das Arbeiten nicht lohne. Im Lande der Billig-, Niedrigst-, Mindestlohnjobberei kommt ihnen aber nicht in den Sinn, daß die Löhne nicht angemessen sind. Ihnen fällt nur ein, die Almosen für Arbeitslosigkeit auf Bettlerniveau mit Zwangsmechanismus zu senken. Was für ein Zynismus, Arbeitslosigkeit mit Fehlverhalten des Einzelnen zu erklären und nicht als Ausgeburt kapitalistischer Marktwirtschaft! Wo sind die Interessenvertreter der Klasse, die das Bewußtsein der Klasse für ihre Lage, Perspektive, Ursachen der Arbeitslosigkeit wieder zutage fördern, dem Auspielen und Aufeinanderhetzen ein Ende bereiten?

In einer Hochzeit von Kapital – Krise – Krieg, der Inflation und Verarmung der Ärmsten muß von Verrat aller gesprochen werden, die Interessenvertreter des Volkes sein wollen oder sich so geben.

Roland Winkler

Aue

Über Frauen in Afghanistan gestern und heute

Das Buch von *Nahid Shahalimi* „Wir sind noch da! Mutige Frauen aus Afghanistan“ ist eine Zumutung für die Leser und eine Beleidigung der afghanischen Frauen, die immer noch dem Taliban-Regime die Stirn bieten, selbst auf die Gefahr hin, verprügelt, verhaftet oder vergewaltigt zu werden. Die Frauen, die Nahid Shahalimi in ihrem Buch vorstellt, leben weder in Afghanistan noch sind sie mutig. Sie genießen ihr Dasein in den westlichen Metropolen. Die Autorin stellt u.a. drei Frauen als Vorbilder dar. Zum Beispiel die Sängerin Aryana Sayeed. Mal abgesehen davon, daß sie nicht singen kann, sind ihre Lieder lediglich billige Unterhaltung für zu meist junge Männer, wie einige ihrer Auftritte im Internet bezeugen. Die zweite Frau ist die Aristokratin Fatima Gailani. Ihr wird in den afghanischen und sozialen Medien nachgesagt, daß sie als Präsidentin des „Roten Halbmonds“ eher sich selbst bereichert, als den in Not geratenen Menschen am Hindukusch zu helfen. Und die dritte im Bunde ist die Vorzeigefrau der westlichen Medien, die selbsternannte Politikerin und ehemalige Präsidentschaftskandidatin Fawzia Koofi. Sie hat sich in Afghanistan durch Korruption und unsaubere Geschäfte einen Namen gemacht. 2015 wurde über ihre Kontakte zu Drogenbaronen und Warlords berichtet. Fawzia Koofi gehört zum Dunstkreis der Warlords der sogenannten Nordallianz.

Alles in allem: Die Spiegel-Journalistin Susanne Koelbl, die lange über Afghanistan berichtet hat, befand es für ausreichend, dem Buch von Nahid Shahalimi gerade mal fünf Zeilen zu widmen.

Waslat Hasrat-Nazimi hat mit dem Buch „Die Löwinnen von Afghanistan“, wie sie selbst freimütig zugibt, die Geschichte ihrer Familie erzählt. Wenn es wenigstens eine Geschichte wäre. Es geht überwiegend um Banalitäten des Alltags. Von welcher Relevanz sollte es denn sein, daß ihre Schuhe robust, ihre Körpergröße 1,83 Meter beträgt und sie mit vier Jahren in die BRD gekommen ist, oder daß ihr Onkel in Schleswig-Holstein lebt und ihr Sohn vier Monate vor der Einnahme Kabuls durch die Taliban im August 2021 geboren wurde etc. Was sie über ihr Leben als Vierjährige sogar jetzt noch erzählen kann, ist erstaunlich. Sie muß ein Wunderkind gewesen sein. Die Autorin neigt grundsätzlich zu Übertreibungen, indem sie u.a. die „Stärke und Kraft“ der afghanischen Frauen überbetont. „Rund um die Uhr verfolgte ich die Nachrichten und sog vor allem diejenigen Informationen auf, die das Schicksal von Frauen und Mädchen in Afghanistan berührten“, als die Taliban im August 2021 die Macht übernahmen. Hasrat-Nazimi verwendet afghanische Begriffe, wie „Muezzin“ (Ausrufer zum Gebet), „Khareji“ (Ausländer) oder „Hamshera“ (Schwester) u.a., ohne diese zu erklären.

„Die Löwinnen von Afghanistan“ bestehen aus ihr, ihrer Mutter, ihren Schwestern und ihrer Großmutter. In ihrem über 300-seitigen Heuhaufen finden sich aber auch einige Körner. Sie geht weit in die Geschichte zurück und beschreibt die Rolle des reformorientierten

Königs Amanullah und der Königin am Anfang des 20. Jahrhunderts bezüglich der ersten Maßnahmen zur Emanzipation der Frauen in Afghanistan. Die Autorin berichtet, daß es auch Frauen gab, die unter dem US-hörigen Regime (2001 bis 2021) von der chaotischen Lage des Landes profitiert haben und daran interessiert waren, „den Status quo beibehalten“ zu wollen. „Viele von ihnen lebten in luxuriösen Häusern, hatten Fahrer und Angestellte. (...) Sie erkaufte sich Stimmen, ließen sich als Vertreterinnen (...) ihrer Provinzen ins Parlament wählen und von mächtigen Warlords und der Mafia protegieren. Im Gegenzug vertraten sie deren Interessen. Nach außen standen sie für Frauenrechte ein – im Parlament, bei ihrer Arbeit war jedoch Bestechung an der Tagesordnung. Andere Abgeordnete wiederum besaßen selbst Unternehmen in der Öl-, Edelstein- oder Militärbranche oder waren gar in Drogen- und Menschenhandel involviert“. Als 2009 ein Gesetz zum Schutze der Frauen vor Gewalt, insbesondere vor häuslicher Gewalt, verabschiedet werden sollte, stimmten auch viele Parlamentarierinnen dagegen. Diese Vorzeigefrauen wurden dann von den kriegführenden NATO-Ländern als Teil der Demokratisierung Afghanistans angepriesen. Die westlichen Länder haben immer hervorgehoben, daß im afghanischen Unterhaus 68 Frauen vertreten wären. Über ihre mafiösen Verbindungen schwieg man lieber.

Hasrat-Nazimi hebt die Hochphase der Frauenemanzipation unter der linksorientierten Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan (1978–1992) hervor, die sie „als ruhreiche Jahre für die Frauenrechte in Afghanistan“ bezeichnet. Als Beispiel nennt sie ihre Mutter, die als Nachrichtensprecherin im Fernsehen ohne Kopftuch auftrat.

Obwohl sich die Autorin bei ihrer Lektorin bedankt, ist der Rezensent jedoch geneigt, anzunehmen, daß es ein ernsthaftes Lektorat kaum gegeben haben kann. Sonst hätten zumindest die zahlreichen Redundanzen vermieden und das Typoskript um die Hälfte gekürzt werden können. Von zahlreichen sachlichen Fehlern einmal abgesehen, eignet sich das Buch bestenfalls als Bettlektüre.

Mit dem Titel ihres Buches: „Die Afghaninnen: Spielball der Politik“ hat *Shikiba Babori* den Nagel auf den Kopf getroffen. Sie hat ein Herz für die Frauen und deren Situation am Hindukusch. Ihr Buch ist aus der Perspektive einer Feministin geschrieben. An manchen Stellen ist es etwas undifferenziert und manche Aussagen sind gar deplatziert. Sie wertet die feministische Außenpolitik der bundesdeutschen Außenministerin Annalena Baerbock (Die Grünen) als Zeichen einer „Hoffnung“. Was Baerbock für die afghanischen Frauen getan haben soll, ist jedoch nicht bekannt. Im Gegenteil. Die Autorin relativiert die Unterdrückung der Frauen durch die Islamisten. Es ist auch sehr weit hergeholt, eine Verbindung zwischen der „Agenda 2010“ der Regierung von Gerhard Schröder (SPD) und der Lage der afghanischen Frauen herzustellen. Auch

der Einmarsch der US-Militärs in Irak 2003 und der mit US-Waffen geführte saudisch-emiratische Krieg gegen Jemen hat mit dem Thema des Buches nicht unmittelbar etwas zu tun.

Babori wirft den am Hindukusch kriegführenden Westmächten Versagen vor. In der 20 Jahre währenden Präsenz der NATO hätte sich die Lage der Frauen in den überwiegenden Teilen des Landes „nie verändert“. Die Milliarden Dollar, die im Namen der Frauenförderung und für Menschenrechte nach Afghanistan geflossen sind, „befeueren eher die Korruption“. Die katastrophale Lage der Frauen bestand schon, als der Westen die von einer globalen Machtpolitik angetriebene Zusammenarbeit mit islamistisch-fundamentalistischen Kräften begann, die den „Stellvertreterkrieg“ am Hindukusch führten. „Das kollektive Wegschauen vor dem, was dann im Lande“ unter den Islamisten (1992–2001) geschah, „hatte fatale Folgen für die Frauen“.

Die CIA hat die afghanischen Frauen bewußt instrumentalisiert, um dem Krieg gegen die Taliban „einen humanitären Anstrich zu geben“.

Shikiba Babori beschreibt „den geschlechtsspezifischen Charakter“ des US-Krieges am Hindukusch. Auch sie blickt auf die Regierungszeit Amanullahs Anfang des 20. Jh. und dessen Reformen zurück, als die Frauenemanzipation einen besonderen Stellenwert hatte. Sodann widmet sie sich den ersten Reformansätzen unter König Mohammad Zaher ab 1943 und dem Kampf der Frauen ab den 60er Jahren, in deren Folge Frauen Zugang zur Legislative und Exekutive bekamen.

Mit der Machtübernahme der Demokratischen Volkspartei Afghanistan (DVPA) 1978 begann, wie sie richtig darlegt, eine Modernisierung der afghanischen Gesellschaft. Die „große Bildungsreform“ der afghanischen Geschichte wurde eingeleitet. „Profitiert haben davon in erster Linie die afghanischen Frauen. (...) Gerade im Bildungssektor standen ihnen viele Türen offen“. Sie hatten zum ersten Mal die Möglichkeit, in der Sowjetunion, in der DDR oder anderen sozialistischen Ländern zu studieren. Danach kehrten „selbstbewußte Frauen nach Afghanistan zurück, die hohe Positionen in der Verwaltung, beim Militär und im Gesundheits- und Sozialwesen übernahmen“. In den 85er Jahren wurden „etwa 60 Prozent der Lehrkräfte an der Universität Kabul von Frauen gestellt“. Nach dem Sturz der DVPA-geführten Regierung und der Machtübernahme der Mujaheddin (1992) sowie der darauffolgenden Talibanherrschaft (1996–2001) begannen vor allem für die Frauen „die barbarischsten und unerträglichsten Jahre“. Das totale Scheitern des westlichen Militäreinsatzes wird auch am Beispiel der Frauen deutlich. „Auch 20 Jahre westliche Präsenz im Land hat daran kaum etwas geändert. Afghanistan ist weltweit eines der gefährlichsten Länder für Frauen. Zwangs- und Kinderheirat, Gewalt innerhalb und außerhalb der Familien, Ehrenmorde und Mädchenhandel gehören nach wie vor zu ihrem Alltag. Laut *Human Rights Watch* werden fast 90 Prozent

der afghanischen Frauen Opfer von massiven Menschenrechtsverletzungen“. „Sexualisierte Gewalt ist ein weiteres Risiko, dem viele Afghaninnen schutzlos ausgeliefert sind“. Dazu „gehören auch massive Übergriffe wie Zwangspornografie, Zwangsheirat und Zwangsprostitution“. Da solche Fälle selten juristisch verfolgt werden, treiben sie die schutzlosen Frauen in den Selbstmord. In einem Regionalkrankenhaus in der Stadt Herat (West-Afghanistan) hatte es „allein im ersten Halbjahr 2010 mehr als 80 Fälle von Selbstmordversuchen“ gegeben, die 57 Frauen nicht überlebt haben. Dies alles geschah noch unter der vom Westen eingesetzten

„demokratischen Regierung“ am Hindukusch. Als Mitte August 2021 die Taliban wieder die Macht übernommen hatten, ließen sie alle Einrichtungen, wo Frauen Schutz finden könnten (Frauenhäuser) schließen. Die afghanischen Frauen waren Spielball der Politik des Westens, der Warlords und der Islamisten und sind somit die größten Verliererinnen der letzten zwanzig Jahre westlicher Präsenz am Hindukusch. Wenn Shikiba Babori auf zahlreiche Exkurse verzichtet und strukturiert gearbeitet hätte, wäre ihr Buch noch interessanter und lesenswerter geworden.

Dr. Matin Baraki

Nahid Shahalimi (Hrsg.): Wir sind noch da! Mutige Frauen aus Afghanistan, Elisabeth Sandmann Verlag, München 2021, 2. Aufl. 142 S.

Waslat Hasrat-Nazimi: Die Löwinnen von Afghanistan, Rowohlt Verlag Hamburg, 2022, 313 S.

Shikiba Babori: Die Afghaninnen: Spielball der Politik, Campus Verlag Frankfurt/M., 2022, 224 S.

Mit dem Abrißbagger gegen antifaschistische Erinnerungskultur

Am Ende eines langen Kampfes für eine würdige Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandes bei Frankenberg/Sachsen rollen die Bagger und ebnen die KZ-Kommandantenvilla in Sachsenburg ein. Eins der ersten KZ in Deutschland und prägende Ausbildungsstätte ungezählter Mörder wird mit Beschluß der Stadt Frankenberg entkernt. Der Oberbürgermeister, Herr Firmenich, Oberst der Bundeswehr a.D., und sein Stadtrat haben letztendlich mangels Unterstützung durch das Land Sachsen formal aus finanziellen Gründen den „Befehl“ zum Abriß erteilt. Bereits vor vielen Jahren forderten Justin Sonder, Erich Knorr, Siegfried Streubel, Antifaschisten, alle mit „Erfahrung“ in den KZ Auschwitz, Flossenbürg, Sachsenhausen, faschistischen Zuchthäusern und Gefängnissen sowie Sondergerichten der Wehrmacht, das Andenken der von den Faschisten Ermordeten und Gequälten in Ehren zu halten. Doch schon 1992 wurde bekannt, daß das Mahnmal am ehemaligen KZ Sachsenburg mit faschistischer Losung „Verbrecher sollen Helden sein“ beschmiert und Flugblätter der Nazi-Aktivisten verbreitet wurden;

im Gemeindeanzeiger die Bezeichnung KZ Sachsenburg mit einem Fragezeichen versehen war; in der Presse ein großer Leserbrief mit der fordernden Überschrift „Arbeitsplätze statt Gedenkstätten“ versehen wurde. Geschichtsbewußte Männer und Frauen haben dort am Erinnerungsort Sachsenburg hingegen immer nach Kräften gearbeitet, um die Erinnerung nicht verblassen zu lassen. Doch das Gedenken in Sachsenburg – im Gegensatz zu anderen nun politisch gewollten Stätten der neueren sächsischen Geschichte (wie z.B. das Chemnitzer Kaßberg-Gefängnis) – blieb lange fast ohne jegliche finanzielle bzw. materielle Förderung durch den Freistaat. Dieser übersah auch die Entschließung des Europäischen Parlamentes von 1993 „Zum europäischen und internationalen Schutz der Stätten der von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrationslager als historische Mahnmale“, angenommen mit 328 Stimmen. Darunter die der Bundesrepublik Deutschland! Ein bloßes Lippenbekenntnis? Auch vielfältige und unterschiedliche Aktivitäten wie der offene Brief an den sächsischen Ministerpräsidenten zum Erhalt der

Kommandantenvilla durch die VVN-BdA Chemnitz, Proteste der VVN-BdA Sachsen und der Lagerarbeitsgemeinschaft Sachsenburg, Pressebeiträge und die jüngst gestartete Petition führten nicht dazu, daß die hiesigen Politiker, vom Schicksal der Ermordeten und gequälten Insassen des Konzentrationslagers sichtbar ungerührt, eine verantwortungsbewußte Lösung weder angestrebt noch gefunden haben.

Der Abriß eines antifaschistischen Gedenkortes konterkariert die Pflicht, Konsequenzen aus der Geschichte zu ziehen und leistet dem Erstarken rechten Gedankengutes und neuer Faschisten in unverantwortlicher Weise Vorschub.

Eine Gesellschaft mit der Geschichte wie der unseren hat bei solchen Vorgängen *nicht* „gelassen“ zu sein! Sonst verkommen die alljährlich am 27. Januar vorgetragenen Bekenntnisse, aus der Geschichte gelernt zu haben, zum bloßen Wortgeprassel und Lippenbekenntnis.

i. A. Raimon Brete

Vorstandsmitglied VVN-BdA Chemnitz

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Januar!

Zum 99. Geburtstag

Elisabeth Monsig (Gartz) am 1. Januar

Zum 97. Geburtstag

Prof. Dr. Hermann Klenner (Berlin) am 5. Januar

Zum 94. Geburtstag

Herbert Kaiser (Teterow) am 9. Januar
Dr. Ulf Franke (Lüssow, OT Karow) am 16. Januar
Dr. Günther Freudenberg (Bernburg) am 24. Januar

Zum 93. Geburtstag

Günter Marx (Berlin) am 5. Januar
Henning Wesarg (Halberstadt) am 12. Januar
Günther Fessler (Hamburg) am 13. Januar

Zum 92. Geburtstag

Wolfgang Pingel (Mesekenhagen-Frätow) am 14. Januar
Erika Mehnert (Chemnitz) am 20. Januar

Zum 91. Geburtstag

Gerhard Tressel (Halle) am 11. Januar

Zum 90. Geburtstag

Hans-Peter Wokittel (Berlin) am 16. Januar

Zum 85. Geburtstag

Sonja Richter (Pößneck) am 28. Januar
Brigitte Tichauer (Berlin) am 28. Januar

Zum 80. Geburtstag

Walter Illmann (Stahnsdorf) am 1. Januar
Bernd Schruppf (Erfurt) am 14. Januar
Brigitte Dressel (Berlin) am 16. Januar
Volker Link (Frankfurt/Oder) am 23. Januar
Bernd Neudeck (Leipzig) am 29. Januar

Zum 75. Geburtstag

Joachim Augustin (Bockhorn-Grabstede) am 4. Januar

Jürgen Mirtschink (Berlin) am 9. Januar
Lutz Vierig (Muldenstausee, OT Muldenstein) am 21. Januar

Karl-Heinz Meinig (Freiberg) am 22. Januar
Franz Huckschlag (Gladbeck) am 24. Januar
Helmut Steinfurth (Petershagen/Eggersdorf) am 29. Januar

Zum 70. Geburtstag

Siegfried Seltmann (Chemnitz) am 15. Januar
Ralf-Detlef Schröder-Pews (Lindendorf, OT Libbenichten) am 19. Januar

Zum 65. Geburtstag

Anja Mewes (Berlin) am 9. Januar

Zum 60. Geburtstag

Ulrich Neef (Plauen) am 20. Januar

UNSERE GRATULATION GILT WIE IMMER AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS

Erinnerungen an „Tania la Guerrillera“

Am 19. November vergangenen Jahres wäre Tamara Bunke, die unter dem Namen „Tania la Guerrillera“ weltberühmt wurde, 85 Jahre alt geworden. Wenige Wochen vor ihrem 30. Geburtstag fand sie in einem Hinterhalt, der von der US-amerikanischen Terrororganisation CIA unter Zuhilfenahme bolivianischen Militärs gelegt worden war, den Tod. Fast ein Drittel ihres kurzen Lebens verbrachte sie in der DDR. Als 14jährige kehrte sie mit ihren Eltern aus Argentinien zurück, wohin ihre Eltern vor den Nazis geflüchtet waren, die als Kommunisten in der aus Lehrern bestehenden Widerstandsgruppe „Kurt Steffelbauer“ kämpften. Verfolgt und ins KZ eingekerkert, gelang ihnen mit ihrem sechs Monate alten Kind Olaf, aus dem später ein international renommierter Mathematiker werden sollte, über die Tschechoslowakei und Polen die Flucht nach Argentinien, wo sie ihre antifaschistische Arbeit in der Kommunistischen Partei und anderen Organisationen und als Lehrer an einer deutschen Schule fortführten. Zurückgekehrt entschied sich die inzwischen auf vier Mitglieder angewachsene Familie, in Eisenhüttenstadt, das damals noch Stalinstadt hieß, am Aufbau einer neuen Gesellschaft beizutragen. Bis heute ist den Eisenhüttenstädtern das Wirken von Tamara und Olaf in Erinnerung.

Der „RotFuchs“ besuchte dort die vom Freundeskreis veranstaltete Geburtstagsfeier für Tamara Bunke. Mit Horst Jäkel aus Potsdam, ein enger Freund der Familie, kamen wir ins Gespräch:

Fast 300 Schulen, Kindergärten, Arbeitsbrigaden und Jugendeinrichtungen trugen in der DDR einst ihren Namen.

Castro-Denkmal in Moskau eingeweiht

Am 22. November 2022 nahmen Wladimir Putin und der kubanische Präsident Miguel Diaz-Canel Bermudez an der Einweihung eines Denkmals für Fidel Castro in Moskau teil. Bei dieser Gelegenheit erinnerte sich Wladimir Putin an sein letztes Gespräch mit ihm im Juli 2014: „Fidel Castro sprach über Dinge, die in bemerkenswerter Weise mit der Zeit – der Zeit der Entstehung einer multipolaren Weltordnung – übereinstimmen. Jede Nation habe das Recht, sich frei zu entwickeln, ihren eigenen Weg zu wählen. Castro betonte, daß in einer wirklich gerechten Welt kein Platz für Diktate, Ausbeutung und Neokolonialismus sein kann.“

RF

Das wurde nach der Annexion der DDR schlagartig geändert. Wie erklärst Du Dir dieses Vorgehen?

Tamara Bunke war eine Kommunistin, die am 31. August 1967 beim Partisaneneinsatz an der Seite des Revolutionärs Ernesto Che Guevara hinterrücks erschossen worden war. Solch eine Frau durfte im Nazinachfolgestaat keineswegs als Vorbild für die Jugend gelten.



Vor den Bildwänden der Ausstellung über Tamara Bunke sang Tobi Thiele auf der Festveranstaltung in der Geschäftsstelle der Volkssolidarität Eisenhüttenstadt auch das Lied „Tania“ des lateinamerikanischen Volkshelden Ali Primera. Foto: Wecker

Zu den ersten Maßnahmen nach der Rückwende gehörte also die Tilgung von Namen aus dem öffentlichen Bewußtsein, die man mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in Verbindung brachte. Nicht zu vergessen auch, daß ein sogenannter Anpassungsprozeß an die neuen Machthaber einsetzte, der sich heute besonders in der Friedensfrage äußert. Nicht nur Kirchenvertreter, frühere Pazifisten oder Grüne haben einstmals vertretene Positionen preisgegeben, sondern auch führende Vertreter der Linken. Aus „Schwerter zu Pflugscharen“ wurde „Waffen für die Ukraine“. Solche Kehrtwendungen kennt aber auch die Arbeiterbewegung. Nach dem Krieg hieß es, daß wir keine Waffe mehr in die Hand nehmen wollen. Aber die Aufrüstung der BRD zur Speerspitze der NATO zwang uns dazu, die DDR wehrfähig zu machen. Ich war an unserer Schule in Eisenhüttenstadt Vorsitzender der gerade gegründeten GST. Das bedeutete, auch eine Schießsportabteilung aufzubauen. Meine damalige Schulkameradin Tamara Bunke hatte mich dabei unterstützt. Ebenso hatte es ihr unsere Reitabteilung angetan. Statt über die Prärie zu galoppieren tobte sie nun ihr feuriges argentinisches Temperament im Schlaubetal auf dem Pferderücken aus. Am 17. Juni 1953, beim ersten Versuch, die DDR zu beseitigen, wollte sie sogar unsere Schule mit dem Gewehr verteidigen. Glücklicherweise hatten zuvor schon die Sowjettruppen die Revanchekrieger in die Schranken gewiesen. Tamara sollte später ihre revolutionäre Ungeduld in der Partisaneneinheit von Ernesto Che Guevara ausleben. Den Namen Tania gab sie sich nach dem Vorbild der sowjetischen Partisanin Soja Kosmodemjanskaja, die 1941

von einer Wehrmachtseinheit gefoltert und ermordet worden war. Deren Deckname war Tania. Diese Wahl erwies sich auch für Tamara als schicksalhaft. Wenn auch heute Straßen und Einrichtungen nicht mehr ihren Namen tragen, so lebt er und mithin das Andenken der sowjetischen Partisanin in den Herzen vieler Menschen fort. Viele bolivianische Mütter geben ihren Kindern den Namen „Tanja“.

Wie hast Du Tamara kennengelernt?

Das war bei ihr zu Hause. Ihre Eltern waren praktisch auch meine politischen Zieheltern. Ihr Bruder Olaf war mein Klassenkamerad, sein Vater unser gemeinsamer Sportlehrer. Ich war häufig bei der Familie zu Gast, wo ich viele Stunden mit Tamara verbringen konnte. Sie sang gern, begleitet von Gitarre oder Akkordeon, argentinische Lieder. Sicherlich hatte sie Sehnsucht nach der vertrauten argentinischen Heimat. Das mag sie auch bewegt haben, über Kuba nach Südamerika zurückzukehren.

Hattest Du danach noch Kontakt zu ihr?

Ja, aber leider nur noch brieflichen, und bedauerlicherweise ist diese Korrespondenz auch noch verlorengegangen. Ich erinnere mich aber, daß Tamara leidenschaftlich Anteil an der Entwicklung in der DDR, an unserer Stadt, am weiteren Weg der Schulkameraden wie auch insgesamt an der weltpolitischen Entwicklung nahm.

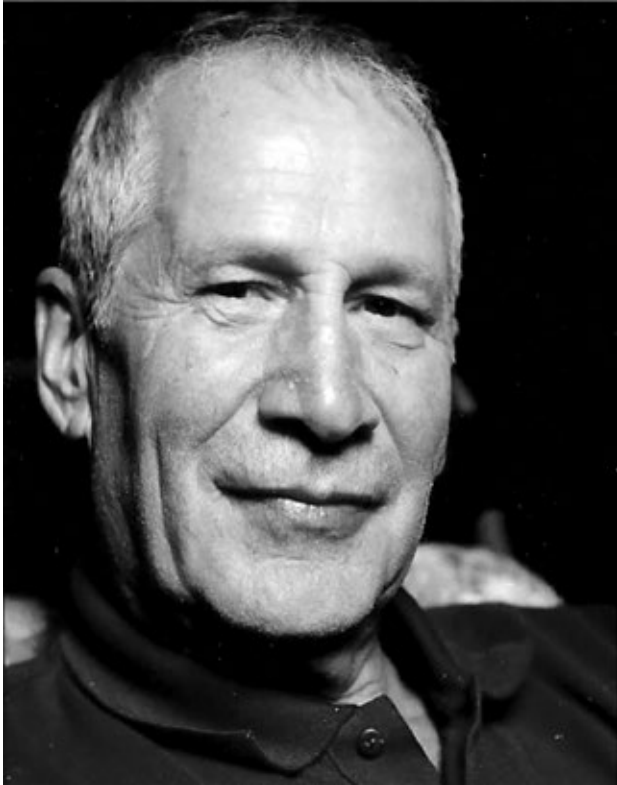
Die Expedition Che Guevaras und auch Tamaras Partisaneneinsatz waren in der DDR nicht unumstritten. Besonders im Jahr 1960, als Tamara für den kubanischen Industrieminister Che Guevara dolmetschte, der unter dem Eindruck des Programms vom „großen Sprung“ über Peking nach Berlin kam. Wie siehst Du das heute?

Die Praxis verwirklicht sich ja nie in der reinen Theorie. Hätte Lenin darauf gewartet, daß eine revolutionäre Situation nach dem Lehrbuch entsteht, wie es tatsächlich einige Mitstreiter verlangt hatten, hätte es nie eine Sowjetunion gegeben, ohne Mao Tse Tungs Irrtümer heute keine Volksrepublik China und ohne das abenteuerliche Unternehmen Fidel Castros mit der Yacht Granma kein sozialistisches Kuba. Das Ergebnis rechtfertigt das Handeln. Das sozialistische Kuba existiert länger als die DDR und die Volksrepublik China wird hoffentlich wesentlich älter als die Sowjetunion werden. Solche Zuversicht zeichnete Tamara Bunke aus. Es ist vielleicht ihr wichtigstes Vermächtnis. Wenn ich es auch nicht mehr erleben werde, so bin ich mir gewiß, daß auch hier eines Tages wieder Schulen und Kindergärten nach meiner Jugendgefährtin benannt werden.

Das Gespräch führte Frank Wecker.

Markus Wolf – Stationen eines Lebens

Am 19. Januar 2023 wäre Markus Wolf 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlaß soll an das Leben und Wirken dieses außergewöhnlichen Menschen erinnert werden. Geboren wurde Markus Wolf am besagten 19. Januar 1923 vor 100 Jahren in Hechingen/Württemberg als Sohn des jüdischen Arztes und Schriftstellers Friedrich Wolf und seiner



Markus Wolf

Frau Else. 1925 kam Bruder Konrad hinzu, später in der DDR ein erfolgreicher Regisseur. Als 1933 in Deutschland die Nazis die Macht übernahmen, emigrierte die Familie über die Schweiz zuerst nach Frankreich und dann 1934 nach Moskau. Ab 1940 studierte Wolf an der Hochschule für Flugzeugbau in Moskau. Sein Leben änderte sich dramatisch mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Die Hochschule wurde nach Alma-Ata in Kasachstan verlegt. Im Sommer 1942 erhielt Markus Wolf ein richtungsweisendes Telegramm, was aber auch die Arbeit als Flugzeugkonstrukteur beendete. Absender war das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale mit der Bitte, sich vom Studium befreien zu lassen. Dem kam Markus Wolf nach und ging nach Kuschnarenkovo. Dort befand sich die Komintern-Schule. Der Plan bestand darin, entsprechend ausgebildet, nach Deutschland eingeschleust zu werden, um aus dem Untergrund heraus den Faschismus aktiv zu bekämpfen. Sein Bruder, Konrad Wolf, war zu diesem Zeitpunkt bereits Soldat der Roten Armee. Markus Wolf erhielt aus Gründen der Konspiration an der Komintern-Schule den Decknamen „Kurt Förster“, erlernte den Umgang mit Handfeuerwaffen, Sprengstoff

und konspirativer Technik. Er schrieb später über diese Zeit: „Der an dieser Schule von uns geliebte Internationalismus hat mein Denken auf vielfache Weise geprägt.“ Aber auch privat verändert sich sein Leben. Er lernte Emmi Stenzer, die Tochter eines von den Nazis ermordeten Reichstagsabgeordneten, kennen, die auch seine erste Frau wurde.

Der konspirative Einsatz in Hitlerdeutschland fand allerdings nicht statt. Die Komintern und ihre Schule wurden im Mai 1943 aufgelöst. Rückwirkend für Markus Wolf eine glückliche Fügung. Er bemerkte dazu: „Man erklärte uns, daß wir nicht mehr mit dem Fallschirm in Deutschland abgesetzt, sondern nur in Reichweite der Sowjetarmee und der Partisanen operieren würden. Jahre später erfuhr ich, daß Absolventen früherer Lehrgänge unserer Schule bei ihrer Ankunft in Deutschland von der Gestapo abgefangen und hingegerichtet worden waren, weil die Abwehr ihre Funkcodes geknackt hatte. Ihr Schicksal bewog die Exilführung der KPD, keine weiteren jungen Leute auf diese Weise dem sicheren Tod auszuliefern, und das hat den meisten von uns zweifellos das Leben gerettet.“ Im Mai 1945 kehrte Markus Wolf, 22jährig, mit der „Gruppe Ulbricht“ nach Deutschland zurück. Im Zeitraum 1945 bis 1949 war er Mitarbeiter des Berliner Rundfunks. Den Höhepunkt dieser Tätigkeit stellte 1945/46 die Berichterstattung vom Hauptkriegsverbrecherprozeß aus Nürnberg dar. Eine kurzzeitige diplomatische Karriere begann im Herbst 1949, kurz nach der Gründung der DDR, die mit der Schaffung einer diplomatischen Mission in Moskau verbunden war. Auf dem diplomatischen Parkett bewegte sich Markus Wolf bis 1951, dann wurde er nach Berlin zurückgerufen und erhielt eine neue Aufgabe, die sein weiteres Leben prägen sollte. Er wurde Nachrichtendienstler am Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung, das als außenpolitischer Nachrichtendienst geschaffen wurde. Aufgabe des Dienstes war es unter anderem, die innenpolitische und wirtschaftliche Lage Westdeutschlands, der Bonner Regierung und ihrer Ministerien sowie der Parteien, die wissenschaftlich-technischen Zentren und die Politik der Besatzungsmächte aufzuklären. Hierzu bedurfte es eines leistungsfähigen Netzes inoffizieller Kräfte auf gegnerischem Gebiet. Im Dezember 1952 übernahm Markus Wolf als 29jähriger die Leitung des Dienstes. Eine zweifellos große Verantwortung für einen jungen Mann, der allerdings konspirativ erfahrene Mitstreiter an seiner Seite

hatte. Genannt seien hier Kommunisten wie Richard Stahlmann, Robert Korb oder Richard Großkopf. Wolf schreibt dazu: „Allerdings standen ältere, erfahrene Genossen, die aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern oder aus der Emigration zurückgekommen waren, an der Seite der jüngeren.“ Vor Markus Wolf und seinen Mitstreitern lagen große Herausforderungen. Vor allem ging es zunächst darum, leistungsfähige Strukturen zu schaffen. Dies betraf sowohl den Apparat in der DDR als auch das inoffizielle Netz im Operationsgebiet. Im Jahr 1953 wurde der selbstständige außenpolitische Nachrichtendienst als Hauptabteilung XV in die Staatssicherheit integriert, und 1956 erhielt die Aufklärung ihre bis 1990 gültige Bezeichnung – Hauptverwaltung A. Die Traditionen der HV A basierten vor allem auf der Geschichte der sowjetischen Aufklärungsorgane sowie bedeutender Organisationen des antifaschistischen Widerstandskampfes. Die Aufgaben der HV A waren klar umrissen. Die wichtigste bestand darin, im Lager des Gegners dort zu sein, wo Entscheidungen über die Frage Krieg oder Frieden getroffen wurden. Weiterhin sollten gegnerische Pläne und Absichten, welche die Sicherheit sowie die Interessen der DDR und anderer sozialistischer Staaten beeinträchtigten, rechtzeitig und zuverlässig aufgeklärt werden. Ziel war es, Überraschungen auf politischem, militärischem, wirtschaftlichem und wissenschaftlich-technischem Gebiet zu verhindern. Oberste Priorität besaß die Ausschaltung des Überraschungsfaktors auf militärischem Gebiet. Dieser Aufgabe zeigte sich die HV A unter Leitung Wolfs vor allem durch die strategisch kluge Platzierung Inoffizieller Mitarbeiter gewachsen. Hier gab es Erfolge, die Bestand haben werden. Aber im nachrichtendienstlichen Alltag von Markus Wolf gab es auch Niederlagen. Erinnert sei an Überläufer aus den eigenen Reihen und an die Enttarnung von Günter und Christel Guillaume. Der damalige Bundeskanzler Willy Brandt trat zurück, wobei Guillaume aber allenfalls der Auslöser, nicht aber die Ursache für den Rücktritt des Kanzlers war. Innerhalb seines Dienstes, aber auch darüber hinaus, war Markus Wolf eine anerkannte Autorität. Anerkannt aber bei weitem nicht

Beste Wünsche richten wir an unseren Genossen

Hans Ludwig

der am 23. Januar seinen 90. Geburtstag begeht.

Langjährig als Leiter der Versandvorbereitung tätig, hat sich Hans bleibend in die Chronik des „RotFuchs“-Fördervereins eingetragen.

Dafür sprechen wir Dir, lieber Hans, unseren aufrichtigen Dank aus.

In herzlicher Verbundenheit

Redaktion und Vorstand

nur als Vorgesetzter, sondern vor allem aufgrund seiner Persönlichkeit, seiner Intelligenz, seiner Fähigkeit, Probleme strategisch anzugehen, sowie seiner herausragenden Befähigung, mit Menschen zu arbeiten und diese zu überzeugen.

Die stabile und prägende Leitung der HV A durch Markus Wolf hatte über Jahrzehnte eine immense Bedeutung für die Qualität der Arbeit des Dienstes. Er formte auf der Grundlage seiner kommunistischen Weltanschauung und intellektuellen Herkunft, seiner antifaschistischen und humanistischen Überzeugungen sowie seiner Weltoffenheit Generationen von Mitarbeitern der HV A. Die Ausrichtung des Nachrichtendienstes, Aus- und Weiterbildung der Kräfte, die Definition der Ziele sowie der anzuwendenden Mittel und Methoden wurden in erheblichem Maße von Wolf beeinflusst. Er genoß aufgrund seiner Biografie und seiner Professionalität ein hohes Ansehen beim sowjetischen Partnerdienst. So konnte er trotz objektiv politischer Dominanz der sowjetischen Seite Freiräume für eigenständiges Agieren der HV A bei gleichzeitiger Nutzung der Vorteile aus der Zusammenarbeit schaffen. Diese Position gestattete auch die Sicherung einer gewissen Eigenständigkeit des Dienstes innerhalb der Staatssicherheit. Seit Beginn der 80er Jahre beschäftigte sich Markus Wolf mit dem Gedanken, die HV A zu verlassen. Es waren zum einen politische Überlegungen und zum anderen wollte er sich zunächst schreibend der Geschichte der Aufklärung widmen. Nach dem Tod des Bruders 1982 ging es aber auch um die Verwirklichung des Troika-Projektes als Vermächtnis von Konrad Wolf. Dabei handelt es sich um die Freundschaft dreier Emigrantenkinder in Moskau der 30er Jahre. Allerdings zog sich der Ausstieg aus dem Dienst noch bis 1986 hin. Markus Wolf war im Jahr 1989 durch Lesungen und Diskussionen ein gefragter Gesprächspartner. Aufgrund der politischen Ereignisse in der DDR wurde er aber auch Hoffnungsträger der Menschen hinsichtlich politischer Veränderungen bei Erhalt des Sozialismus. Am 4. November trat Markus Wolf als Befürworter der Erneuerung des politischen Systems auf dem Berliner Alexanderplatz in der Öffentlichkeit auf. Vor einer halben Million Menschen stellte sich der Generaloberst a. D. hinter die Mitarbeiter

der Staatssicherheit indem er mahnte, nicht alle Mitarbeiter der Staatssicherheit zu Prügelknaben der Nation zu machen. Die in der hitzigen Atmosphäre mutigen Worte riefen natürlich bei den Teilnehmern der Kundgebung keinerlei Sympathie hervor. Bemerkenswert ist hierbei allerdings, daß Markus Wolf hier der einzige war, der sich gegen eine pauschale Verurteilung der Mitarbeiter wandte. Politisch Verantwortliche konnten sich zu einem solchen Schritt nicht entschließen. Die Zeit ab 1990 wurde für den Generaloberst a. D. zunächst sehr turbulent. Bereits im Frühjahr 1990 standen zwei amerikanische Geheimdienstler vor seiner Tür und baten um ein Gespräch. Aus einer zunächst lockeren Unterhaltung heraus unterbreiteten die Amerikaner ein Angebot, das Wolf mit folgenden Worten zusammenfaßte: „Der Emissär unseres Hauptgegners im Kalten Krieg bot mir Zuflucht vor der Rache seines deutschen NATO-Verbündeten an.“ Wolf lehnte jegliche Kooperation ab. Es war für ihn eine Frage der Ehre, sein operatives Wissen nicht preiszugeben. Als die Übernahme der DDR durch die BRD bereits abzusehen war, hatte Wolf ursprünglich nicht die Absicht, das Land zu verlassen. Am Ende des Sommers 1990 entstand für ihn jedoch eine völlig neue Situation. Ein zunächst vorgesehene Amnestiegesetz, das den Mitarbeitern der Nachrichtendienste der DDR Straffreiheit gewähren sollte, kam nicht zustande. Dem ehemaligen Leiter der HV A drohte die Verhaftung. Daher entschloß sich Markus Wolf zusammen mit seiner nunmehrigen Ehefrau Andrea das Land zu verlassen. Via Österreich ging es in die Sowjetunion, hier erlebte Wolf das Scheitern von Gorbatschows Perestroika sowie die damit verbundenen Folgen. Aufgrund der Situation in der Sowjetunion kehrte Markus Wolf im September 1991 nach Deutschland zurück. Seine Verhaftung erfolgte umgehend. Nach elf Tagen in Haft wurde er gegen Auflagen und Hinterlegung einer hohen Kautions entlassen. In den Jahren 1993 und 1997 stand Wolf vor den Schranken der deutschen Justiz. 1998 wurde er, weil er die Namen bestimmter

Quellen der HV A nicht preisgeben wollte, in Beugehaft genommen. Er nannte sie auch dann nicht.

In seinem Schlußwort vor Gericht betonte Markus Wolf im November 1993: „Mit siebzig ist es sicher an der Zeit, sich nach der Bilanz des eigenen Lebens zu befragen. Hier steht das Wort ‚Verrat‘ im Raum. Habe ich etwas von den Werten verraten, die meinen Lebensweg begleitet haben, die meinen Vorbildern, meiner Familie, mir selbst wert und teuer waren? Wir haben geirrt, vieles haben wir falsch gemacht, die Fehler und ihre Ursachen viel zu spät erkannt. Aber ich halte an den Werten fest, mit denen wir die Welt verändern wollten. Es war ein hoher, wahrscheinlich zu hoher Anspruch. Darüber Rechenschaft abzulegen, ist hier nicht der Ort. Den von der Anklage behaupteten Landesverrat habe ich mit Sicherheit nicht begangen. Mein Land habe ich nicht verraten. Ich habe keinen Menschen verraten.“ Die Prozesse haben Markus Wolf gefordert, er hat den Justizmarathon erhobenen Hauptes gemeistert. In der Folgezeit hat er erfolgreich weiter publiziert, war in den Medien als gern gesehener Gesprächspartner präsent und hat die Welt bereist.

Am 9. November 2006 starb Markus Wolf mit 83 Jahren in Berlin. Seine Urne wurde am 25. November 2006 im Grab seines Bruders Konrad auf dem Gelände der Berliner Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde beigesetzt. Im August 2006, kurz vor seinem Tod, äußerte sich Markus Wolf noch einmal zum Sinn der Tätigkeit der DDR-Aufklärung: „Möglicherweise muß man sagen, sie hatte Sinn. Im besten Falle dringt sie woanders ein, um zu verhindern, daß Panzer und Armeen eindringen. Militärapparate zerstören, aber Aufklärer machen transparent – um Zerstörungen vorzubeugen. Wir haben ja nicht gegen Feindbilder operiert, wir hatten wirkliche Feinde, und wir lebten in einem sehr realen, heftigen Kampf ums Kräfteverhältnis in einer Welt, die auch jetzt noch nicht in der Lage ist, friedlich zusammenzukommen.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Henry Nitschke
Berlin

Ursula Berthold

begeht am 9. Januar ihren 85. Geburtstag. An der Seite ihres Ehemannes Rolf Berthold, der von 2005 bis 2013 den „RotFuchs“-Förderverein leitete, hat sie eine umfangreiche politisch-organisatorische Arbeit geleistet. Darüber hinaus war Ursel viele Jahre aktiv beim Versand engagiert. Liebe Ursel, Deine enge Verbundenheit mit dem „RotFuchs“ wissen wir zu schätzen.

Sei herzlich umarmt.

Redaktion und Vorstand

BUCHTIPP

Kneipen, Feiern, Kino gehen

Über die Kneipen- und Feier- und andere Kultur in der DDR

Gerade ist im Berliner Bild und Heimat-Verlag der siebte Titel zur Alltagskultur oder auch Kultur des Alltags in der DDR erschienen, diesmal unter dem Titel „Sie werden platziert“. Den Aufsteller, der dieses auswies, werden viele noch im Gedächtnis haben, stand es doch wie ein Torwächter vor vielen DDR-Gaststätten. Also übten wir uns in Geduld, diskutierten mit dem Personal, warteten weiter oder resignierten. Darüber und über vieles andere mehr aus dem Bereich Kneipen, Feiern und Kultur berichten Autoren des Verlages, wie der Publizist Klaus Behling, der Kriminalistik-Professor und Schreibstubschreiber Frank-Rainer Schurich, der Anwalt und Autor Wolfgang Schüler, die Journalistin Bettina Klemm oder der Germanist, Stadtführer und Krimiautor Henner Kotte u.a. Die Geschichten sind wie immer lesens- und nachdenkenswert und hier und da auch lustig. Also das Richtige nach der Weihnachtsvöllerei zum Erinnern an unsere kleine Republik.

Uli Jeschke

Sie werden platziert! Verlag: Bild und Heimat, Hardcover, 160 Seiten mit vielen Abbildungen, ISBN / EAN: 9783959583312, 14,99 Euro

Wachsendes Interesse für die UdSSR

Der erste Stellvertreter des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) und Dumaabgeordnete Juri Afonin sprach am 9. Dezember auf einer wissenschaftlichen Konferenz, die dem 100. Jahrestag der Bildung der UdSSR gewidmet war, in Nishni Nowgorod. Die Konferenz wurde von der Russischen Akademie der Wissenschaften, den Behörden Nishni Nowgorods, der Politologengesellschaft sowie der Assoziation der Europaforscher Rußlands organisiert. Ihr Titel lautete: „Die UdSSR – eine vergangene Zukunft?“ Wir dokumentieren die Rede Afonins in Auszügen:

Nach jüngsten groß angelegten Meinungsumfragen über die Einstellung unserer Gesellschaft zur Sowjetära halten drei Viertel der Bevölkerung diese für die beste in der russischen Geschichte. Nur 18 % sind mit dieser Einschätzung überhaupt nicht einverstanden. 65 % der Befragten bedauerten den Zusammenbruch der UdSSR vorbehaltlos. Genauso viele sind davon überzeugt, daß die Katastrophe hätte vermieden werden können. Diejenigen, die solche Gefühle kategorisch ablehnen, versuchen, sie ausschließlich auf die Nostalgie von Menschen zurückzuführen, die in der Sowjetunion aufgewachsen sind und sich an die Zeiten ihrer Kindheit und Jugend erinnern. Dies ist jedoch eine oberflächliche und tendenziöse Interpretation. (...)

Als die wichtigsten Errungenschaften werden meist die im sozialen Bereich genannt. Fast 60 % der Befragten sehen die Fürsorge für die einfachen Menschen an erster Stelle. Mehr als 40 % nennen wirtschaftliche Erfolge und keine Arbeitslosigkeit. Mehr als ein Drittel verweist auf die ständige Verbesserung des Lebens der Menschen und die Tatsache, daß die Sowjetunion die fortschrittlichste Wissenschaft und Kultur vorweisen konnte. Dies ist nicht nur und nicht so sehr Nostalgie als vielmehr Ergebnis eines direkten Vergleichs der sowjetischen und der postsowjetischen sozialen, wirtschaftlichen und moralischen Erfahrungen. (...)

In den letzten 10 Jahren wuchs unsere Wirtschaft mit einer durchschnittlichen jährlichen Rate von nicht mehr als 1 %. Die Wirtschaft der UdSSR wuchs dagegen in den ersten drei Jahrzehnten ihres Bestehens, als ihre finanziellen

und produktiven Grundlagen geschaffen wurden, im Durchschnitt um fast 14 % jährlich. Das ist ein Ergebnis, das kein anderer Staat auf der Welt wiederholen konnte.

Anders als das vorrevolutionäre kapitalistische Rußland und auch das heutige steigerte die UdSSR ihre Industrieproduktion in jenen 30 Jahren um das 13fache. Bereits während des ersten sowjetischen Fünfjahresplans wurden über 1 500 Industriebetriebe errichtet. Darunter befanden sich solche Giganten wie Dneproges, das Ural-Kusnezker Metallurgiekombinat, die Stalingrader und Charkower Traktorenwerke, die Moskauer und die Gorki-Autofabriken. Im gleichen Zeitraum wurde der Bau der Turkestan-Sibirischen Eisenbahn abgeschlossen. Die Schwerindustrie in der UdSSR wuchs fast um das Dreifache, der Maschinenbau um das Vierfache. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Industrieproduktion betrug 15 %. Die Arbeitsproduktivität stieg um fast ein Drittel.

Neue Industrien wurden buchstäblich aus dem Nichts geschaffen – Werkzeugmaschinenbau, Traktorenbau, chemische Industrie und Flugzeugbau.

Hunderte von neuen Städten entstanden – Komsomolsk am Amur, Magnitogorsk, Elektrostal und viele andere. Allein das Dnjepr-Wasserkraftwerk erzeugte mehr Energie als alle Kraftwerke im zaristischen Rußland. Die drei Werke in Magnitogorsk, Kusnezsk und Makejewka produzierten so viel Eisen wie die gesamte Industrie des Zarenreichs.

Trotz der enormen Verluste, die unser Land im Kampf gegen den Faschismus erlitten hat, hat sich die Volkswirtschaft nach dem Sieg nicht nur rasch erholt, sondern auch ein enormes Wachstum verzeichnet. In den ersten fünf Nachkriegsjahren nahm die Sowjetunion mehr als 6 000 Industrie- und Energieanlagen in Betrieb. Die UdSSR stellte selbstbewußt die wirtschaftliche Überlegenheit der USA in Frage. Dort betrug die Wachstumsrate des Volkseinkommens weniger als 3 % pro Jahr. In unserem Land lag sie bei über 4 %. Dort wuchs die Industrieproduktion um weniger als 3 % pro Jahr, in der Sowjetunion um mehr als 5 %. In den 60er Jahren war einer

von vier Wissenschaftlern der Welt ein Bürger der UdSSR.

Die kolossalen wirtschaftlichen Erfolge zogen ebenso überzeugende soziale Ergebnisse nach sich. Die sowjetische Wirtschaft ermöglichte es nicht nur, die Arbeitslosigkeit vollständig zu beseitigen, sondern auch, jedem einen Arbeitsplatz in seinem Beruf zu garantieren. Diese historische Leistung beruhte vor allem auf dem raschen Wachstum der Zahl der neuen Unternehmen und der ständigen Steigerung ihrer Produktionskapazität.

In den letzten 30 Jahren ist die mittlere Lebenserwartung nach Angaben von Demographen nur um 1,5 Jahre gestiegen und zuletzt verwandelte sich der langsame Anstieg in einen Rückgang, d. h. in den letzten drei Jahren wurde das symbolische Bevölkerungswachstum durch Aussterben ersetzt. In dieser Zeit ist die Zahl der indigenen Einwohner Rußlands um zwei Millionen zurückgegangen. Die UdSSR lag bei der Lebenserwartung Anfang der 1970er Jahre nicht nur vor den USA, sondern auch vor den meisten führenden europäischen Ländern. (...)

Mit Ausnahme der Kriegsjahre, in denen 27 Millionen Sowjetbürger ums Leben kamen, verzeichnete das Rußland der Sowjetzeit ein konstantes und schnelles Bevölkerungswachstum. Vor dem Großen Vaterländischen Krieg lebten 111 Millionen Menschen innerhalb der Grenzen der RSFSR. Und diese Zahl wurde schon 10 Jahre nach dem Sieg wieder erreicht. (...)

Jeder vernünftige Mensch kann nicht umhin, sich zu fragen, warum in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf die RSFSR ein Zehntel der Weltproduktion, auf die UdSSR ein Fünftel, auf die Länder der sozialistischen Gemeinschaft 40 % entfielen, aber das heutige Rußland auf weniger als 2 % kommt. Warum haben wir es in den letzten drei Jahrzehnten nicht geschafft, die Folgen des Niedergangs unserer Binnenwirtschaft zu überwinden, die seit Anfang der 90er Jahre in einer chronischen Krise ist? Warum kann sie nicht mit den Problemen fertig werden, die bereits in den ersten Tagen der Sowjetmacht überwunden wurden? (...)

Fortsetzung folgt

Heft der „Marxistischen Blätter“ zu 100 Jahre UdSSR

Anfang Januar erscheint das Heft 1/2023 der Zweimonatszeitschrift „Marxistische Blätter“ (MB). Sie wurde erstmals mitten im Kalten Krieg und wenige Jahre nach dem KPD-Verbot im November 1963, also vor 60 Jahren, in der BRD herausgegeben. Die erste Ausgabe des Jubiläumsjahres ist dem 100. Jahrestag der UdSSR gewidmet. Das Thema wird in drei Blöcken behandelt. Im ersten äußern sich Autoren aus zahlreichen Ländern darüber, was sie heute für wichtig halten, wenn es um die Sowjetunion geht. Es sei, wie MB-Redakteur Lothar Geisler sagte, ihnen und uns „dabei weniger um die xte Debattenschleife über

Fehler, Irr- und Umwege, bittere Niederlagen des ersten Sozialismus-Versuches etc.“ gegangen. Dazu sei oft und ausführlich argumentiert worden. In diesem Sinn schreiben nun George Galloway (Großbritannien), Eoin Ó Murchú (Irland), Vijay Prashad (Indien), Victor Grossman (USA, in Berlin lebend), Phillip Dexter (Republik Südafrika), sowie aus der BRD Dietmar Dath, Jochen Willerding, Frank Deppe, Georg Fülberth und Gert Meyer. In einem zweiten Block geht es um einen zukünftigen Sozialismus und Wege dorthin. Darüber reflektieren Klaus Dörre, Georg Fülberth/Lucas Zeise, Alfred Müller, Ditte Gerns,

Roger D. Markwick (Australien) und Volkmar Schöneburg. Im dritten Teil äußern sich russische Autoren über das heutige Rußland. Autoren sind Ilja Matwejew, Wladimir Kaschin, Sergej Udalzew, Wladimir Moshegow, Boris Kargalizkij, Walentin Katsasonow, Gennadi Sjuganow, Leonid Raswosshajew sowie Alexander Kortschagin.

RF

184 Seiten, 12,50 Euro (Abo 9 Euro, ermäß. 6 Euro). Bestellung über Redaktion MB, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen; Tel.: 0201/23 67 57; E-Mail: redaktion@marxistische-blaetter.de

Abgrund an Verrat

Die „Prawda“ veröffentlichte im August 2022 ein Interview mit dem Soziologen Prof. Dr. Shan T. Toschtschenko (geb. 1935), korrespondierendes Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, über Alexander N. Jakowlew (1923–2005) als Architekt der Perestrojka und Totengräber der Sowjetunion.

Es ist bekannt, daß Sie sich intensiv mit Jakowlews Wirken auseinandergesetzt haben. Was ist, zusammengefaßt, Ihr Urteil?

Ich empfinde ob seiner Wendigkeit vor allem tiefsten Ekel. Um das zu verdeutlichen, zwei kurze Zitate aus seinem Schaffen.

Zitat 1: „Der Leninismus ist klassischerweise die Standardlektion der revolutionären Dialektik.“ Jakowlew als Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU 1987.

Zitat 2: „Lenin und Stalin sind hartgesottene Verbrecher.“ Jakowlew als „Demokrat“ 2003. (...)

Dies aber, obwohl er eigentlich aus anständigen Verhältnissen, einer Bauernfamilie in der Region Jaroslawl, kam und ein Teilnehmer am Großen Vaterländischen Krieg war.

Ja, er wurde 1923 geboren, also wurde er im August 1941, nach dem Abitur in die Armee eingezogen. (...) An der Front war er von Februar bis August 1942, als er schwer verwundet und zur Behandlung in die Etappe geschickt wurde. (...) Er kehrte in seine Heimatregion zurück und begann einen seinen weiteren Lebensweg bestimmende Tätigkeit.

Als Parteiarbeiter?

Genau. 1944 trat er als Dozent und Leiter der Abteilung für militärische und körperliche Ausbildung des Jaroslawler Pädagogischen Instituts in die bolschewistische Partei ein. (...) Wenn man oberflächlich hinschaut, kann man viele Jahre lang nichts besonders Auffälliges in seinem Lebenslauf bemerken. (...)

Gab es nicht auch Brüche in seiner Karriere?

Ja, die gab es. Man könnte meinen, sie seien sogar schicksalhaft gewesen. Von 1956 bis 1960 besuchte er die als Nachfolgerin der Parteihochschule fungierende Akademie der Sozialwissenschaften beim Zentralkomitee der KPdSU, 1958 bis 1959 unterbrochen durch einen Auslandsaufenthalt an der Columbia University in den Vereinigten Staaten.

Ein ungewöhnlicher Aufenthalt für die damalige Zeit, oder?

Es war die Zeit Chruschtschows. Damals gab es unter dessen Führung eine gewisse Annäherung an Amerika. (...) Neben Jakowlew gab es drei weitere Gaststudenten, u. a. Oleg D. Kalugin, der später Jelzin unterstützte. Heute ist er als US-Bürger ein den russischen Staat verunglimpfender „Kritiker“, ein Kollaborateur, Verräter und Agent amerikanischer Spezialdienste. (...) Es gab und gibt ernsthafte Gründe, Jakowlew als „Maulwurf“ zu betrachten, d. h. als feindlichen Agenten, auf den man in den 50ern gewisse Hoffnungen für die Zukunft richtete.

Gut möglich, daß von diesem denkwürdigen Aufenthalt in den USA Kontakte und Pläne herührten. Anfragen nach entsprechenden Informationen wurden durch Gorbatschow selbst abgewehrt, und Akten unseres Auslandsgeheimdienstes zu diesem Thema sind noch nicht geöffnet worden, so daß die vollständige Feststellung der Wahrheit verschoben werden muß.

Auch über seine Tätigkeit in Kanada?

Ja, dies war der zweite Bruch in der Parteikarriere Jakowlews, die Ernennung zum sowjetischen Botschafter in Kanada 1973, wo er bis 1983 tätig war. Davor arbeitete er nach der Verteidigung seiner Dissertation ab 1960 im Apparat des Zentralkomitees der KPdSU, in der Agit-Prop-Abteilung. 1969 bis 1973 fungierte Jakowlew als Leiter dieser wichtigsten ideologischen Abteilung des Zentralkomitees – jedoch nur als amtierender Chef, nicht als vom ZK bestätigter, worüber er schrecklich irritiert war. (...) Er verbrachte die nächsten Jahre damit, in Form und Gestus eines Intellektuellen aufzutreten, um in den Augen des liberalen, pro-westlichen Teils der heimischen Intelligenz anzukommen. (...) Kritik am Kapitalismus, Imperialismus und Antisowjetismus trat dabei unmerklich in den Hintergrund. (...) Im November 1972 veröffentlichte er in der „Literaturnaja Gaseta“ einen Artikel mit dem Titel „Gegen den Antihistorismus“, der viel Lärm erzeugte und mit dem sich Jakowlew trotz aller Vorsicht ernsthaft verkalkuliert hatte.

Inwieweit?

(...) Die Orientierung an westlichen „Werten“, von denen Jakowlew zu diesem Zeitpunkt bereits bis auf die Knochen durchdrungen war, (...) verschärfte bereits bestehende Widersprüche zwischen der Partei, Schriftstellern und anderen Künstlern. Da der Autor aus dem ZK-Apparat kam, suggerierte der Artikel, die Behörden sollten zukünftig einen eher pro-westlichen Kurs einschlagen. Michail A. Scholchow lehnte den Artikel als provokativ ab und reagierte in dieser Situation klar, grundsätzlich und unversöhnlich. Jakowlew wurde auf Beschluß des Sekretariats und des Politbüros des ZK der KPdSU von der Arbeit im Parteiapparat suspendiert und schließlich als Botschafter nach Kanada geschickt.

Bei Jakowlew muß dies seine Wut auf das sowjetische System verstärkt haben, dem er sich lange geistig widersetzt hatte. Aber objektiv gesehen, schuf eine solche Ernennung wohl noch günstigere Bedingungen, um seine Aversion gegen das Sowjetsystem weiter wachsen zu lassen.

Ich stimme dem vollkommen zu. Er selbst gab später immer wieder zu, daß es für den Erfolg notwendig war, sich zurückzuziehen. Denn danach gab es viel mehr Möglichkeiten, sich auf die Hauptsache zu konzentrieren – die Vorbereitung auf den Sturz eben dieses Systems. Und was für Lehrer hatte er dafür in Kanada! Bis hin zum Premierminister seines Gastlandes, Pierre Trudeau, mit dem Jakowlew nicht nur engen Umgang pflegte, sondern sich auch anfreundete.

Gab es Signale über unbefugte Kontakte mit dem Auslandsgeheimdienst?

Es gab sie, aber wie gesagt, es ist letztlich unerforscht. Und viel wichtiger ist meiner Meinung nach eine andere Frage. Nämlich die, ob seine Beziehungen zu feindlichen Diensten in irgendeiner Weise formalisiert wurden oder nicht. (...) Ein einheitlicher Plan zur Zerstörung von Partei und Staat wurde wahrscheinlich nicht geschrieben, aber auf seine Weise wurde er von geheimen Grabbelfern im Ausland und zu Hause sehr ernsthaft durchdacht.

Im Mai 1983 kam Michail S. Gorbatschow zu einem Besuch nach Kanada, noch nicht Generalsekretär, aber bereits Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU. Kannten sich beide schon vorher?

Sie sind sich wohl bis dahin nur über den Weg gelaufen. Sie kamen sich nun menschlich näher, weil sie sich gegenseitig mochten. Wir kennen den Inhalt ihrer damaligen Gespräche nicht, aber es besteht kein Zweifel, daß die Nähe auf der Grundlage politisch ähnlicher Ansichten entstand. (...)

Zwei Jahre leitete Jakowlew nach seiner Rückkehr das Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO). Nach der Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär des ZK der KPdSU 1985 wurde Jakowlew zum Leiter der Agit-Prop-Abteilung des ZK ernannt, 1986 zum ZK-Sekretär und 1987 zum Mitglied des Politbüros. War er somit am Ziel?

Jawohl! Und dies fiel mit einer extrem gefährlichen Zeit des Wandels zusammen, der Perestrojka. Eine Zeit des großen Verrats und infolgedessen der Zerstörung eines großen Landes. (...) Presse, Literatur, Kino, Fernsehen – alles, was unter der Aufsicht des Hauptideologen stand, hatte nun der völligen Verunglimpfung der sowjetischen Geschichte und des Lebens im Lande zu dienen. Denken Sie daran, einer der Filme dieser Zeit hieß „So kann man nicht leben.“

Dreißig Jahre später wird im Volk gesagt, daß es keinen anderen Ausweg als die Zerstörung der UdSSR 1991 gegeben habe. Das System habe sich als „unreformierbar“ erwiesen. Aber aus irgendeinem Grund fand in China, das gleichzeitig vor einem vergleichbaren Dilemma stand, die notwendige Umgestaltung erfolgreich statt. Und was ist das sozialistische China, angeführt von der Kommunistischen Partei, jetzt?

Dieser Vergleich widerlegt die Lügen über den „Untergang“, die „Nichtlebensfähigkeit“ des Sozialismus usw. Damit schufen die Totengräber der Sowjetunion ein vermeintliches Alibi und lenken davon ab, daß sie zur „fünften Kolonne“ des von den USA geführten Weltimperialismus wurden. (...)

Das Interview erschien am 19. August 2022 in der Prawda Nr. 91

Übersetzung aus dem Russischen und redaktionelle Bearbeitung: Silvio Rossi

10 Jahre: „RotFuchs“-Singegruppe – und kein bißchen leiser

Am 1. Dezember vergangenen Jahres trafen sich die Gründer, ehemalige Mitstreiterinnen und Mitstreiter sowie die heutigen Mitglieder der vor 10 Jahren gegründeten Gruppe, die sich zum Ziel gesetzt hatte, mit ihren Auftritten dazu beizutragen, daß Arbeiter- und Kampflieder der Arbeiterklasse nicht dem Vergessen anheimfallen. Bruni Büdler und Konstantin Brandt hatten die Idee und fanden in Wolfgang und Lilo Schulz sowie Wolfgang Klages weitere Unterstützer. Diese Genossinnen und Genossen waren es, die sich auf der Veranstaltung des „RotFuchs“-Fördervereins am 19. Oktober 2012 aus Anlaß des 95. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution das erste Mal als Singegruppe vorstellten und mit ihren Liedern die Teilnehmer des Treffens zum Mitsingen anregten. Dem zu diesem Zweck zusammengestellten Liederheft, das jeder Gast in die Hand bekam, folgten noch vier weitere, die zu den jeweiligen Auftritten verteilt werden konnten. Brigitte Tichauer war unter den Zuhörern und so begeistert, daß sie sich spontan der Gruppe anschloß.

Im Lauf der Jahre wechselten aufgrund des hohen Alters die Sänger und Sängerinnen, doch alle gaben ihr Bestes, das revolutionäre Liedgut am Leben zu halten. Es waren stets Laien, die sich mit Herzblut und Begeisterung engagierten. Bis zu 12 Gruppenmitglieder versammelten sich zu den Auftritten und sorgten dabei für eine mitreisende Stimmung und Erinnerungen an bessere Zeiten. Neben dem revolutionären Liedgut aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehörten und gehören auch Lieder aus der DDR und

der Sowjetunion zum Repertoire der Gruppe. Unterstützung fand das Ensemble bei verschiedenen Musikanten, die beim Einstudieren neuer Lieder halfen oder sich bei Auftritten einfach einreiheten. So war Hartmut König zuletzt beim Pressefest der UZ einer der



Mitglieder der „RotFuchs“-Singegruppe
Foto: Reiner Neubert

Akteure, der mit seiner Gitarre Gesang und Stimmung beflügelte. Er war auch bei unseren Auftritten anläßlich des 70. Jahrestages der DDR, bei der GBM in Zehdenick und in Rostock dabei. In Zehdenick stand uns auch Tino Eisbrenner zur Seite, so daß die Begeisterung auf die Teilnehmer übergriff.

Eine starke Bindung besteht zu vielen Vereinen, die sich dem Kampf um die Gleichstellung ostdeutscher Lebenswege verpflichtet sehen, wie der GRH, der GBM, den Grenztruppen, dem DDR-Kabinett Bochum, den verschiedenen Regionalgruppen des „RotFuchs“-Fördervereins und dem Verein „Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhain“. Natürlich wurden Jubiläen, wie der 65. Jahrestag der

Gründung der DDR, der 95. Geburtstag von Heinz Keßler, der 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, das Gedenken an den jeweiligen Tagen der Befreiung vom Hitlerfaschismus, vor allem der 70. Jahrestag, die kulturelle Mitwirkung an der Rosa-Luxemburg-Konferenz, am 3. September 2022 ein Treffen mit ehemaligen Grenzern in Bestensee und zuletzt der Gründungstag der DDR am 7.10.2022 in Bernau schwungvoll unterstützt. Oft sprang dabei der Funke ins Publikum über und die Besucher der Veranstaltungen sangen kräftig mit!

Zum eigenen 10. Jahrestag traf sich die Singegruppe bei Brigitte Tichauer, dachte zurück an den Beginn der gemeinsamen Singebewegung und freute sich, daß der Vorsitzende des RF-Fördervereins Arnold Schölzel etwas Zeit und anerkennende Worte mitbrachte. Mit neuen Liedtexten zu älteren Melodien konnten die Sängerinnen und Sänger beweisen, daß sie ihr Ohr am Pulsschlag der Zeit haben und auf die aktuellen Entwicklungen schnell reagieren. Alle bekundeten, daß sie die Proben und Auftritte unter Gleichgesinnten schätzen und die Möglichkeit haben, sich zu neuen Entwicklungen auszutauschen.

Die Proben finden in privaten Wohnungen statt, meist beim Leiter Konstantin Brandt, dem das weitere Bestehen der Gruppe sehr am Herzen liegt.

Wenn es Interessenten am Gesang und vielleicht sogar noch Instrumentalisten gibt, die die Gruppe unterstützen wollen, sind sie herzlich willkommen!

Gabi Parakeninks

i A. der RF-Singegruppe, Berlin

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Januar

■ Regionalgruppe **Strausberg**

Am 12. Januar um 15 Uhr spricht Joachim Zappe zum Thema: **Die geopolitische und geostrategische Bedeutung von Erdöl und Erdgas im Verlaufe der Geschichte**

Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg (Plauderstübchen), Wirtschaftsweg 70, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe **Berlin Marzahn-Hellersdorf**

Am 17. Januar um 18 Uhr gemeinsame Veranstaltung mit Cuba si – **Wie kann Kuba in der Auseinandersetzung mit den Sanktionen der USA weiter überleben?**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe **Dresden**

Am 21. Januar um 10 Uhr – Thema: **Den dritten Weltkrieg stoppen – Weckruf für Linke**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe **Rostock**

Am 21. Januar um 10 Uhr – Buchlesung mit Egon Krenz zu seiner Autobiographie **„Aufbruch und Aufstieg“**

Ort: Mehrgenerationenhaus, Rostock Lütten Klein (rotes Haus), Danziger Str. 45 D

■ Regionalgruppe **Bernau**

Am 21. Januar um 15 Uhr spricht der China-Spezialist Dr. Uwe Behrens auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der TAG der GRH zum Thema: **Der Umbau der Welt. Wohin führt die „Neue Seidenstraße“?**

Ort: Treff 23 (Kulturbühne), Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau

■ Regionalgruppe **Chemnitz-Zwickau**

Am 21. Januar um 10 Uhr – **Auswertung der XXVIII. Rosa-Luxemburg-Konferenz** –

Beratung der Inhalte für die Bildungsveranstaltungen 2023

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

■ Regionalgruppe **Leipzig**

Am 25. Januar um 18 Uhr – Forum mit Dr. Uwe Behrens, Autor der Bücher „Feindbild China“ und „Umbau der Welt“: **Die Rolle Chinas in der globalen Auseinandersetzung**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe **Neubrandenburg**

Am 28. Januar um 10 Uhr spricht Kamal Salehezadeh, iranischer Dozent, zum Thema: **Die aktuelle Lage im Iran – Die Interessen der verschiedenen politischen Akteure**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg



Wie werden Kriege gemacht?

Rüstung und Waffendeals haben eine lange Geschichte. Deutsche Politik und Wirtschaft haben beste Erfahrungen dabei. Wie oft haben wir über die Jahrzehnte gehört, es müsse aus der Kriegsgeschichte gelernt werden? Nichts, rein gar nichts wird aus Geschichte gelernt, solange wir es mit der gleichen Gesellschaft, gleichem Kapital und unverändert dem Wirken des Profitgesetzes zu tun haben. Nichts wird gelernt, nichts verhindert, wenn die arbeitende Klasse daran nichts zu ändern vermag, den Kriegern nicht in den Arm fällt.

Der frühe DEFA-Film von Kurt Maetzig „Der Rat der Götter“ wurde seinerzeit dem Kampf für den Frieden in der Welt gewidmet. Erzählt wird die Geschichte einer Familie im Ruhrgebiet, des IG Farben-Konzerns und des aufstrebenden Faschismus bis zum Ende des Krieges. Es könnte nicht aktueller und treffender gezeigt werden, wie Kriege vorbereitet und gemacht werden. Während die Bevölkerung heute mit Menschenrechtsfusel, Demokratie- und Freiheitshymnen dumm, blind und ahnungslos gemacht wird, geschieht genau das, was in den Zweiten Weltkrieg geführt hat. Der Film über eine Familiengeschichte im Deutschland zu Beginn der 30er Jahre könnte dazu dienen, die Augen zu öffnen, zu verstehen und zu begreifen, was heute geschieht. Es brauchten nur die Personen und Namen des Filmes, die Handlungen, Dialoge und Machenschaften ins Heute gestellt und übersetzt werden; keine Frage bliebe unbeantwortet.

Roland Winkler, Aue

Was sollte mit der Rakete von Przewodów erreicht werden?

Waren es militärisch ungenügend ausgebildete Kräfte, die aus Unkenntnis die falsche Richtung anvisiert haben, oder war es eine bewußte, von der ukrainischen Führung befohlene Provokation, um Polen zu veranlassen, den Bündnisfall nach NATO-Statut auszurufen, um den dritten Weltkrieg auszulösen? Schon vor dem Maidan-Putsch wurde die Ukraine durch die westlichen Organisatoren und Geldgeber stark aufgerüstet, um das Land als willigen Vasall gegen Rußland in Stellung zu bringen. Inzwischen artete der Ukraine-Konflikt zu einem handfesten geostrategischen Krieg mit hohem Materialeinsatz aus. Doch Selenskis ständige Forderungen nach mehr und moderneren Waffen und seine gebetsmühlenartigen Beteuerungen, alle verlustig gegangenen Gebiete zurückzuerobern, lösen bei einigen Ländern nicht mehr uneingeschränktes Wohlwollen aus, nur Deutschland ist wieder vorne dabei und beteiligt sich verstärkt am Konflikt, indem es Polen Abfangraketen vom Typ Patriot liefern möchte. Die Absicht bei der

Provokation gegenüber Polen ist leicht zu durchschauen. Schnell erkannten die Hauptakteure, was die angeblich fehlgeleitete Rakete auslösen sollte und haben die rückwärtsfliegende Rakete erfunden. Einfach lächerlich die Begründung, der Zeitpunkt war nur nicht passend, sonst hätte sie den beabsichtigten Zweck erfüllt.

Gerhard Perlick, Bützow

Ein vierter Versuch gen Rußland vorerst gescheitert

Den NATO-Staat Polen lechzt es schon seit längerem, als US-Vorposten in Europa gegen Rußland vorgehen zu können. Im Ukraine-Konflikt sieht er offensichtlich seine Chance gekommen.

Und so könnte sich die Absprache der polnischen US-Marionetten mit der US-Marionette Selenski abgespielt haben: „Schieß doch mal aus Versehen ein paar der bei Dir hochgestapelten West-Raketen nicht ostwärts, sondern westwärts über die Grenze nach Polen. Wir schieben es dann den Russen in die Schuhe und haben damit ein Druckmittel gegen Biden und Noch-Stoltenberg, sich nun endlich für die Niederlagen unserer gemeinsamen russenfeindlichen Vorbilder Napoleon, Kaiser Wilhelm und Hitler zu rächen. Uns sollte nicht stören, daß wir dabei die lügenhaften Begründungsmethoden des faschistischen Deutschlands zum Überfall auf Polen und zur Auslösung des Zweiten Weltkrieges übernehmen, zumal uns die NATO-Balten Beifall dafür zollen werden.“

Und schon ging eine Rakete auf polnischem Boden in Nähe der ukrainischen Grenze nieder. Sie tötete zwei Zivilisten. Kaum, daß die Rakete eingeschlagen hatte, kam der verbale Schuß gegen Rußland und Putin zurück. „Polnische Bauern durch russische Raketen getötet“, erschien sinngemäß als Eilmeldung in dortigen Medien. In Polen rief man den nationalen Kriegsrat ein und forderte vom NATO-Hauptquartier, den Bündnisfall auszurufen. Doch der NATO-Sturm gegen Rußland fiel erst einmal ins Wasser der Weichsel. Der ukrainische Raketenrumpfen hatte vor dem Abfeuern der nach Polen gerichteten Rakete offensichtlich vergessen, die West-Initialen und -Markierungen mit einem großen „Z“ zu übertünchen. So kam schnell ans Tageslicht, daß die in Polen explodierte Rakete nicht aus Rußland abgefeuert wurde. Die auf einer Lüge gestützte Absicht, den vierten Versuch eines Krieges gegen Rußland zu starten, wurde zum Rohrkrepiereier.

Manfred Wild, Berlin

Raketen auf Polen

Es ist beängstigend zu beobachten, was mit der Kriegsfetischistin Strack-Zimmermann und ihrer weitläufigen Entourage passiert. Kriegslüstern sitzen sie in ihren Sesseln und berauschen sich an der Vorstellung, einen neuen Weltkrieg zu inszenieren. Dabei sollten sie doch wirklich keine Angst vor einer Verarmung der Rüstungsindustrie haben. Es kann ihnen nicht schnell genug gehen, die Welt zu zerstören.

Die Strickliesel, die gar nicht harmlos genug aussehen kann, wenn es darum geht, als Kriegsministerin zu glänzen, hat den Polen sofort militärische Hilfe angeboten. Wie zu Hitlers Zeiten steht Deutschland in grenzenloser Überschätzung der eigenen Stärke und Bedeutung schon wieder vor der Gefahr, Auslöser einer erneuten tragischen Weltkatastrophe zu werden.

Die dazu benutzten Lügen können gerne noch primitiver sein als alle vorangegangenen, um

Kriege zu führen, in denen Menschen immer nur zu ihrem eigenen Wohlergehen getötet wurden. Man hat den Eindruck, daß wir kurz vor dem „Point of no return“ stehen.

Dieser Zwischenfall hat es nochmal ganz deutlich gezeigt. Ich hoffe und wünsche, daß dieser Punkt nicht erreicht wird. Mögen die Vernunft und der Lebenswille der Menschen über die ideologische Verblendung der Politiker siegen.

Jürgen Barz, Wismar

Putin enttäuscht?

Putin sei, so die Verlautbarung in der Pressekonferenz vom 9.12.2022, davon ausgegangen und hätte erwartet, „daß die Führung der BRD uns gegenüber aufrichtig“ wäre, und sei nun von Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel enttäuscht. Mit Sicherheit ist Putin über deren niederträchtiges Handeln, z. B. gegenüber Griechenland, informiert, kennt ihren Opportunismus in vielen Fällen weltpolitischer Ereignisse, in denen Deutschland aggressiv und eigennützig auf Kosten anderer agierte. Die regierungsoffiziellen Exponenten des deutschen Großkapitals, wozu Merkel gehörte, sie heucheln, lügen und täuschen wie eh und je in der langen deutschen Geschichte. Wer sich also darauf verläßt, ist verlassen. Daß Putin das als „Enttäuschung“ empfindet, kann ich ihm nicht abnehmen.

Ist da nicht eher zu fragen, warum angesichts der Verschlechterung der Lage nach den Verstößen gegen die völkerrechtlichen Vereinbarungen von Minsk seit 2015 die massive Zerstörung im Donbass und so viele Opfer in der Folge so lange tatenlos von russischer Seite hingenommen wurden? Zurecht denkt Putin über die verpaßten früher möglich gewesen Alternativen nach. Sicher wäre allen Ukrainern vieles von dem, was heute passiert, erspart geblieben. Jetzt laufen diese vor dem NATO-Karren und rennen immer tiefer ins eigene Verderben, ohne zu erkennen, wer wirklich ihren Interessen näher ist.

Renato Lorenz, Berlin

Ein Fahrplan?

Ein Fahrplan in Richtung Friedensstiftung, Wahrheit, Gerechtigkeit wäre dringend nötig, doch der wird aus westlicher Richtung nicht kommen. Er wird auch von der angeblichen „Friedenspartei“ Die Linke nicht vorgelegt werden.

In ihrer jüngsten Funktionärsklärung steht kein Wort davon,

- daß die Ukraine 2013/14 unter ein von USA und NATO gesponsertes neofaschistisches, putschistisches Regime geraten ist, das die Rechte des russischsprachigen Teils der Bevölkerung des Landes mit Füßen tritt und seine Existenz mit dem Vormarsch der NATO verbindet – ein nach dem Jugoslawienkrieg 1990 erneuter schwerer Verstoß des Westens gegen die hehren Prinzipien von Rechtsstaat, Demokratie und friedlicher Lösung der Probleme;
- daß das Kiewer Regime seit nun fast neun Jahren Krieg gegen die eigene Bevölkerung, gegen bekennende ethnische Russen und somit „Separatisten“, führt und dabei allein in Donezk bisher 6 365 Zivilisten, darunter viele Kinder, durch gezielten Beschuß der Stadtzentren und Wohngebiete umgebracht hat;
- daß dieses Regime die „Souveränität“ des Landes schon lange aufgegeben und an die USA verkauft hat, um als Rollbahn für die militärische Erpressung Rußlands zu dienen;

• daß in der zitierten „geopolitischen Auseinandersetzung“ USA und die NATO eine bereits 30 Jahre andauernde Ostexpansion unter Bruch jeglicher Zusagen und Verträge praktizieren. Rußland solle seine Truppen zurückziehen, wird gefordert. Ist diesen Funktionären unbekannt, daß die Krimbevölkerung mehrheitlich aus Russen besteht, die Donbass-Bevölkerung mehrheitlich immer Russen gewesen sind? Ihre nationale Unterdrückung ist offenbar keiner Erwähnung wert. Rund die Hälfte der Ukraine hat vor 2014 immer für die „prorussische“ Partei der Regionen gestimmt – von Odessa bis Charkow. Heute sind all diese Parteien verboten und ein Bekenntnis zu ihnen ist lebensgefährlich. Unerwähnt bleibt, daß Deutschland auf Kiew hätte Einfluß nehmen müssen, die Verträge zu erfüllen, die es unterschrieben hat (Doc. Res. UNSC 2022 (2015), dafür aber in sauberer Arbeitsteilung mit den USA und Großbritannien dem Kiewer Regime „uneingeschränkte Solidarität“ gewährte, während sich dieses mit massiver westlicher Hilfe für den nächsten Krieg rüstete. Daß China und Indien auf Rußland Druck ausüben sollten, sich zurückzuziehen, ist auch ein Traum des Hauses Baerbock, aber eben ein Traum. Frau Merkel gab jedenfalls gerade zu, daß man Rußland zweimal „über den Löffel balbiert“ hat – einmal mit der Illusion einer friedlichen Regelung in Kiew 2014, worauf der Putsch der Faschisten folgte, dann mit den Abkommen Minsk 1 und Minsk 2, die Kiew mit westlicher Billigung niemals einzuhalten gedachte, was seit dem Frühjahr 2021 sogar amtlich erklärt wurde. Die Linkspartei hat dagegen meines Wissens nie protestiert. Daß die Masse der Völkerrechtsverletzungen seit 1990 auf die USA entfiel, aber auch Frankreich und Britannien immer dabei waren (Irak, Syrien, Libyen), wird einfach unterschlagen. Da konnte Deutschland sich raushalten. Warum nicht auch jetzt? Sogar der Unsinn mit dem „Sondervermögen“, das in Wirklichkeit ein Kriegsvorbereitungskredit ist, wird von der Spitze der Linkspartei mitgemacht. Es ist zum Erbrechen! Sicher, mit 100 Milliarden wäre die ökologische Wende wohl zu machen, nur haben sich die Grünen gerade für den Kriegskurs sowie militärische Laufzeitverlängerungen und Energieträgerimporte aus Musterdemokratien wie den arabischen Dynastien entschieden ...

Volker Wirth, Berlin

Ramelow fordert Waffen für die Ukraine

Damit ergreift er Partei für die Verursacher dieses Stellvertreterkrieges, für den die Ukraine herhalten muß. Es sind die USA und die NATO-Staaten, die diesen Krieg strategisch angezettelt haben. Sie unterliefen das Minsk-II-Abkommen, duldeten stillschweigend das an die Macht gebrachte nationalistische Regime in Kiew und dehnten die NATO-Präsenz bis an die russischen Grenzen aus. Russische Sicherheitsinteressen wurden von ihnen negiert. So ist dieser Konflikt – von welcher Seite auch betrachtet – eine einzige Tragödie und der Ausgangspunkt für eine gefährliche Zuspitzung der Lage. Überall, besonders in Deutschland, wird der Haß auf alles Russische und besonders auf Putin geschürt und im Windschatten dieser Demagogie der Rüstungswahn vorangetrieben. Angesichts der nackten Zahlen der Rüstungsausgaben fragen wir: Wer bedroht hier eigentlich wen? Die USA sind mit 800 Milliarden absoluter Weltmeister, zusammen mit den NATO-Staaten kommen sie auf

die unvorstellbare Summe von 1,2 Billionen Dollar. Auch sprechen US-Militärs offen vom Krieg gegen China. Dabei wird schon mal Taiwan als „chinesische Ukraine“ in Stellung gebracht und die BRD als treuer „Atlantiker“ läßt ein Kriegsschiff im Südchinesischen Meer kreuzen. Bodo Ramelow ist zu fragen: Sieht so Entspannungspolitik aus? Aber die USA wollen mit allen Mitteln ihre Welthegeemonie erhalten, auch mit Krieg. Immer deutlicher wird, daß der Imperialismus mit den USA an der Spitze die Existenz der gesamten Menschheit bedroht – allemal ein Grund für Linke, diese Tatsache zu thematisieren. Doch das ist vom thüringischen Ministerpräsidenten nicht zu erwarten.

Bernd Schrupp, Horst Loos, Erfurt

Eine Schande für die Linke

Die bösen Russen schießen und der Demokrat Selenski braucht dringend deutsche Waffen. Der Thüringer Ministerpräsident, Mitglied der Partei Die Linke und Befürworter der NATO, fordert, diese an die Ukraine zu liefern. Eine Schande für die „Linke“! Die Ereignisse 2014 auf dem Maidan, organisiert von ukrainischen Faschisten, mehr als 40 tote Gewerkschafter beim Brandanschlag in Odessa und die folgenden 14 000 Getöteten in Donezk und Lugansk sind ihm offenbar egal. In meinen Augen ist Bodo Ramelow ein treuer, zuverlässiger Diener des Kapitals und seiner Mechanismen.

Klaus Richter, Altenburg

Zufrieden nun auch der Feldprediger Gauck?

Vor diesem Ramelow und seinen Genossen hatte einst ein Bundespräsident namens Gauck schon frühzeitig gewarnt. Er hatte kraft seines Amtes in die Medien hämmern lassen, die Linke sei noch die SED. Und ein CDU-Landtagsfraktionschef, Mohring, warnte: „In Thüringen beginnt der lange Marsch der Linken auf das Kanzleramt in Berlin ...“ Derweil tat auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 ein Dreigestirn (Gauck, von der Leyen, Steinmeier) kund: „Die Welt“ warte nur darauf, daß Deutschland wieder eine „Führungsrolle“ spiele. Gauck forderte ein Ende der Zurückhaltung. Deutsche müßten öfter eingreifen ...

Möglich, daß Gauck die Geisteshaltung des „Linken“ Ramelow noch nicht so gut kannte. Wie sich zeigt, hat dieser mit linken Positionen wenig am Hut. So stattete er denn auch sogleich als gerade neu gewählter Ministerpräsident in der thüringischen Landeshauptstadt der dortigen Stasi-Gedenkstätte einen Arbeits-Aufmerksamkeitsbesuch ab.

Er wurde gewählt, nachdem er die DDR als Unrechtsstaat bezeichnet hatte. Übrigens, Willy Brandt empfand es schon damals als „schmerzhaftes Niederlage, daß statt Versöhnung die Abrechnung mittels der Stasiunterlagenbehörde getreten ist“. Heute ist Ramelow ganz auf Gauck-Linie: Ende der Zurückhaltung – und Waffen Marsch!

Vermutlich hat Gauck nun keinen Grund mehr, mit dem Mann aus Thüringen unzufrieden zu sein.

Paul Jattke, Chemnitz

Russenhaß in Deutschland

Zur Zeit gehen mediale Lawinen von Russophobie täglich zu Tal. Es ist eine Gleichschaltung von Presse, Rundfunk und TV zu konstatieren, mit der gesichert werden soll, daß sich das alte Feindbild Rußland nun endgültig in den Köpfen verankert, verursache es, was es wolle. Eine schlimme Momentaufnahme erlebte ich kürz-

lich beim Einkauf: Eine Frau sprach mühsam englisch zur Verkäuferin, die daher fragte, woher sie komme. Leise und sich scheu umdrehend kam als Antwort: „Ich bin Russin und will nicht auffallen.“ Was für ein Klima entwickelt sich hier einschließlich zunehmender Kriegsbereitschaft und Erduldung gravierender Einschränkungen?

Richard Jawurek, Markkleeberg

Was ist links in diesem Land?

Das gesellschaftliche Klima hier hat sich in den letzten Jahren und besonders in den letzten Monaten in einer so katastrophalen Weise und in so atemberaubendem Tempo zum Schlechteren verändert, daß ich manchmal meine, in einem Alpträum gefangen zu sein, aus dem es kaum ein Entrinnen gibt. Es ist den Machthabern und ihren gleichgeschalteten Medien gelungen, durch gezielte Propaganda die Leute in ein Verwirrchaos zu stürzen, so daß Orientierung immer schwerer fällt. Nehmen wir nur den Ukraine-Konflikt. Menschen, die für eine friedliche Lösung dieses Stellvertreterkrieges zwischen den USA und Rußland eintreten, wurden und werden wie in einer verkehrten Welt geradezu spiegelbildlich als Kriegstreiber eingestuft. Jeder Gedanke daran, daß dieser Krieg vor beinahe neun Jahren vom Westen vom Zaun gebrochen wurde, wird verteufelt. Menschen, die sich für Friedensdemonstranten hielten, schwenkten plötzlich die Fahnen eines faschistischen Staates und riefen nach Waffenlieferungen für Bataillone wie Asow, die in der Tradition der SS stehen. Jeder, der die Chronologie dieses Konfliktes wahrheitsgemäß nachzeichnet, begibt sich in diesem Land per Abschaffung der Meinungsfreiheit inzwischen in Gefahr. Eine zutiefst rassistische, russophobe und den USA in Vasallentreue ergebene Regierung zerstört, wissend um die dramatischen Folgen, die Energieversorgung des eigenen Landes.

Und ich erlebe staunend und entsetzt, daß man sich in linken Kreisen mehr darüber den Kopf zerbricht, mit wem man wieder alles nicht auf die Straße gehen will. Inzwischen darf auch in kaum einer linken Positionierung zum Ukraine-Krieg nicht der gezogene Gessler-Hut vom angeblich völkerrechtswidrigen Krieg Rußlands gegen die Ukraine fehlen. Ich gebe es ganz offen zu: Wenn jemand wie in Leipzig auf eine „Ami go home“-Demo geht, die von den Medien von vornherein als eine Demonstration Rechtsradikaler denunziert wurde, und wer dort gegen Waffenlieferungen an die Ukraine protestiert, in dem kann ich nicht meinen Gegner erkennen. Gegner für mich sind jene, welche die Waffen liefern, und die dem Kurs Washingtons folgen! Plötzlich gelten Menschen, die sich gegen Waffenlieferungen an ein faschistisches Regime aussprechen, als Rechte und alle, die sich gegen die verhängnisvolle Allianz mit den USA engagieren, ebenso.

Die Uhr tickt! Wir müssen mit den Menschen einen Ausweg aus dieser Situation suchen, die hier nun einmal leben. Ich meine damit nicht auf irgendwelchen Nazidemos mitzulaufen, die sich ebenfalls als „Volksverteher“ inszenieren. Aber mit der Zuweisung von rechten Etiketten sind manche Linke oft etwas sehr schnell zur Stelle, und nicht selten steckt dahinter nur intellektueller Hochmut.

Ulrich Guhl, Strausberg

Unabhängiger Journalismus passé

Die Lügen, Heuchelei und Lobhudelei auf die westlichen Demokratien und die sogenannte Pressefreiheit sind kaum noch zu überbieten.

Wenn in einem Land mit 1,4 Milliarden Einwohnern wenige tausend Menschen auf die Straße gehen und demonstrieren, so ist das den hiesigen „Qualitätsmedien“ in bester Nachrichtenzeit mehrere Minuten Sendezeit und den Printmedien ganze Seiten wert. Wenn im eigenen Land nun schon über Monate in vielen großen Städten Tausende auf die Straße gehen und für Frieden, Abrüstung, gegen Sanktionen und Waffenlieferungen an die Ukraine demonstrieren, wird das kleingeredet, in die rechte Ecke geschoben oder gar nicht erwähnt.

Seit der Sonderaktion Rußlands in der Ukraine wurde Putin schon hundertmal für tot oder todkrank erklärt. Gleiches wünscht man sich nun im Westen für Xi Jinping. Rußland und China sind die Hauptfeinde der USA und der NATO. Sie haben deshalb die Ukraine auserkoren, Krieg gegen Rußland zu führen, dazu wurde das Land massiv aufgerüstet. Danach hoffte man, Rußland mit Sanktionen in die Knie zu zwingen. Nun zeigt sich schon seit einiger Zeit, daß der Schuß nach hinten losgeht. Einige westliche Partner versuchen nun, an den Sanktionen vorbei die eigene Wirtschaft zu retten.

In Deutschland ist davon nichts zu spüren. Wenn Deutschlands Regierende nicht langsam die Kurve kriegen, hin zu Frieden mit Rußland und vernünftige Beziehungen mit China anstreben, werden nicht Rußlands Wirtschaft sondern die Deutsche ruiniert sein.

Das durch die Presse deutlich zu benennen und als dritte Gewalt einen eigenen, unabhängigen Journalismus zu praktizieren, ist in meinen Augen Pressefreiheit. Dieser Aufgabe wird sie immer weniger gerecht. Wie anders sollte man werten, daß kritische Leserbriefe zu Hauf im Papierkorb landen und nicht mehr veröffentlicht werden. Wovor hat man Angst, vor dem mündigen, mitdenkenden Bürger? **Ralf Kaestner, Bützow**

Privat geht vor Katastrophe

Minister Lauterbach meinte kürzlich, die Fallpauschale diene weniger dem Patienten, sondern viel mehr den Krankenhausbetreibern, womit er nicht ganz unrecht hat. Mit einer Fallpauschale sind die Krankenhäuser natürlich eminent daran interessiert, rentabel zu arbeiten. Das wirtschaftliche Resultat ist eine entscheidende Größe. Von den 1 925 deutschen Krankenhäusern sind 724 (37 %) in privater Hand. Doch gerade wenn es um Gesundheitsfragen geht, kann der wirtschaftliche Aspekt nicht alleiniger Maßstab sein. Die Entfernung zum Krankenhaus ist für Patienten und deren Angehörige sehr wichtig. Um tatsächlich „weniger Ökonomie, mehr Medizin“ anzustreben (Lauterbach), halte ich es für notwendig, das Gesundheitswesen, zumindest die Krankenhäuser, zu verstaatlichen.

In Deutschland sind 416 120 Ärzte tätig.

56 107 kommen aus dem Ausland, vor allem aus Rumänien und Syrien. Länder, die bitter nötig selbst Ärzte brauchen. Arme Länder bilden Ärzte aus, im reichen Deutschland arbeiten sie und man spart noch die Ausbildung. Zumindest in Güstrow ist es äußerst schwierig, einen Hausarzt zu finden. Gesundheitsreform heißt für mich auch, mehr Ärzte auszubilden und Ländern wie Syrien im Gesundheitswesen wirksamer zu helfen. Das Prinzip, mit den vorhandenen Mitteln immer zuerst den Patienten zu helfen, sollte auch für die 97 Gesetzlichen Krankenversicherungen mit 73,7 Millionen Versicherten gelten. Jede hat

eine Leitung, Immobilien und Technik. Auch hier sollte gelten: Weniger bringt mehr.

Wilfried Schubert, Güstrow

Wer sind Arbeitgeber und wer Arbeitnehmer?

In der Reihe „Wissenschaftliche Weltanschauung“ ist in der RF-Ausgabe 298 vom November 2022 ein längerer Beitrag über zwei fehlgedeutete Begriffe, die in großen Teilen der Gesellschaft verinnerlicht sind, erschienen. Der Beitrag zeigt anhand der Praxis der Arbeitswelt im kapitalistischen Wirtschaftssystem auf, daß die Beschäftigten (Produzenten) diejenigen sind, die mit ihrer Arbeitskraft bzw. Fähigkeiten und Qualifikationen Arbeit geben und die Unternehmen (Kapitalseite) mittels Aneignung und Verwertung der Arbeitsergebnisse Arbeit nehmen. Die gänzlich in der Bedeutung auf den Kopf gestellten Begriffe Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen nicht zur Bewußtseinsklärung, sondern zur Bewußtseinsvernebelung bei, was auch vor den Gewerkschaften nicht haltmacht. Sie finden z. B. in den Gewerkschaftspublikationen, auf den Konferenzen oder bei Informationsveranstaltungen eine nahezu regelmäßig wiederkehrende Verwendung. Da verwundert es nicht, daß so die Kampfkraft der Gewerkschaften geschwächt und die der Kapitalseite gestärkt wird. Wir sollten, ob wir Gewerkschaftsmitglieder sind oder nicht, in unserem Sprachgebrauch die Begriffe Arbeitgeber und Arbeitnehmer vermeiden. Es gibt verschiedene Bezeichnungen, die wir verwenden können wie z. B. Beschäftigte, zutreffender: abhängig Beschäftigte, Angestellte, Kollegen und Kolleginnen und auf der Gegenseite Anteilseigner oder Eigentümer von Unternehmen, die Kapitalseite. Wir sollten stetig darauf hinweisen, wer die wirklichen Geber und Nehmer sind. Das würde wesentlich für Klarheit in unseren Köpfen sorgen.

Robert Diedrich, Boppard

Erinnerung an Klaus

Vielen Dank für die beiden Beiträge im RF 299 zur Erinnerung an Klaus Steiniger.

Er hat den „RotFuchs“ nicht nur aus der Taufe gehoben, sondern ihm über lange Jahre ein Gesicht und Prägung gegeben, die von den Lesern gern angenommen wurde. Sein Name wird immer mit unserem monatlichen Blatt verbunden bleiben. Auch ich erinnere mich gern an Begegnungen mit Klaus und manches Telefonat, das stets auch von der Bekundung wechselseitiger Hochachtung und persönlicher Wertschätzung geprägt war.

Ralph Dobrawa, Gotha

Durch Klaus fand ich meine politische Heimat

Für mich war Klaus stets ein aufrichtiger Freund, auch wenn wir nicht immer einer Meinung waren. Ihm verdanke ich, daß ich in den Irrungen und Wirrungen der „Nachwendzeit“ im „RotFuchs“-Förderverein eine politische Heimat fand und unsere Zeitung mein ständiger Begleiter wurde. Wenige Wochen vor seinem Tod saßen wir in seiner Wohnung in Berlin-Karlshorst beim Frühstück zusammen. Wir debattierten über Gott und die Welt. Beim Abschied schenkte er mir sein Büchlein „Reporter auf vier Kontinenten“ mit einer Widmung von ihm.

Ich ahnte damals nicht, daß es unser letztes Zusammentreffen sein würde. Umso mehr traf mich die Nachricht von seinem Tod.

Klaus wird mir immer als väterlicher Freund in Erinnerung bleiben. **Wilfried Steinfath, Berlin**

Vorschlag zur Güte

In der November-Ausgabe des „RotFuchs“ wird u.a. über die Folgen des Klimawandels nachgedacht und der Vorschlag gemacht, die Städte so stark zu begrünen, daß die Hitze, die von den Häusern in die Straßen geleitet wird, reduziert wird, indem man die Hauswände begrünt – was leider eine starke Bewässerung der Pflanzen notwendig macht, die nicht möglich sein wird. Ein Gegenvorschlag, auf den ich vor Jahren einmal stieß und den ich nur noch einmal in Erinnerung rufen möchte, weil er ungleich viel billiger ist und kein Wasser benötigt, ist der: Warum streicht man nicht alle Dächer sämtlicher Städte und Ortschaften weiß? Weiß wirft Hitze zurück und lenkt sie vom Boden ab. Die großen Gebirge mit ihren gigantischen schneebedeckten Gipfeln hatten auch diese Aufgabe erfüllt und können das in dem Maße nicht mehr.

Ein zweiter Rat – damit bin ich sicher nicht allein – wäre, schleunigst zu lernen, wie Regenwasser besser aufgefangen werden kann. Die afrikanischen Länder tun dies aus Mangel an koordinierter Wasserwirtschaft schon lange. Die meisten Häuser haben große Container, die dafür genutzt werden könnten.

Cornelia Praetorius, E-Mail

Meine Erfahrungen mit jüdischem Leben in der DDR

Seit einigen Jahren bekomme ich von einer Freundin den „RotFuchs“ zum Mitlesen. Er entspricht meiner Sichtweise der heutigen Zeit. Seit wir der Segnungen des Westens teilhaftig sind, gibt es nur eine Sichtweise: Die DDR war böse, die BRD ist gut.

Bezüglich des Artikels von Lene Zade im März-„RotFuchs“ 2022 zum Buch von Matthias Krauß „Was DDR-Schulkinder im Unterricht erfahren“ möchte ich aus eigenen Erfahrungen berichten. Ich besuchte die Schule in Erfurt von 1948 bis 1960. Während der Oberschulzeit von 1956 bis 1960 holte ich oft meine Freundin, die einige Straßen weiter wohnte, von ihrem Zuhause ab. Dabei hörte ich sonnenabends die Gesänge aus der naheliegenden Synagoge. Wikipedia vermerkt: „Das schlichte Gebäude wurde am 31.8.1952 eingeweiht. Die Erfurter Synagoge blieb der einzige reine Synagogenneubau nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Gebiet der DDR“. Wann wurde eine neue Synagoge im Westen eingeweiht?

Ob ein Politiker oder Künstler Jude war, wurde nicht an die große Glocke gehängt. Auch meine Mutter war oft bei der jüdischen Gemeinde zu Gast – als gute Katholikin. In den 70er Jahren hörte ich sonnenabendsvormittags im Radio – ich glaube, es war der Berliner Rundfunk – die Schabbat-Gesänge. Wer wollte, konnte genug jüdisches Kulturgut erfahren.

Meine Bekannten und ich haben uns nie darum gekümmert, welchen Gott wer anbetet. Warum muß man die Menschen ständig auf die Religion anderer hinweisen und sie darüber identifizieren? Oder soll Unfrieden zwischen den Menschen gesät werden? Es kommt mir oft so vor, als sei das die „Teile und Herrsche“-Politik. Auch die offenbar stark vorhandene Geister- und Hexengläubigkeit finde ich merkwürdig in diesem „aufgeklärten“ Land.

U. Wachtel, E-Mail



Luise Albertz, Oberbürgermeister
Dr. Rudolf Amelunxen, Justizminister
Stefan Andres, Schriftsteller
Heinrich Böll, Schriftsteller
Prof. Max Born, Nobelpreisträger
Max Brauer, Bürgermeister
Dr. Thomas Dehler, MdB
Walter Dirks, Schriftsteller
Axel Eggbrecht, Schriftsteller
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Walter Hagemann,
 Dir. des Instituts für Publizistik, Münster
Prof. D. Oskar Hammelsbeck
Dr. Dr. Gustav Heinemann, MdB,
 Bundesinnenminister a. D.
Prof. D. Hans Iwand

Hans H. Jahn, Präsident
 der Freien Akademie der Künste, Hamburg
Erich Kästner, Schriftsteller
H.F. Kloppenburg, D.D., Oberkirchenrat
Prof. Dr. Eugen Kogon
Ernst Kreuder, Schriftsteller
Dr. Wilhelm Lehmann, Schriftsteller
Pfarrer Dr. Dieter Linz
Paul Löbe, Reichstagspräsident a. D.
Dr. Dr. h. c. Marie-E. Lüders, MdB
Prof. Wilhelm Maler,
 Leiter der weltfällischen Musikakademie
D. Martin Niemöller, Kirchenpräsident
Erich Ollenhauer, MdB
Georg Reuter, stellv. Vorsitzender d. DGB
Willi Richter, Vorsitzender des DGB

Martha Sealfeld, Schriftstellerin
Paul Schallück, Schriftsteller
Prof. Dr. G. Schaltenbrand,
 Universitätsprofessor, Würzburg
Prof. Dr. Carlo Schmid,
 Vizepräsident des Deutschen Bundestages
Fritz Steinhoff, Ministerpräsident
D. Hans Stempel, Kirchenpräsident
Bernhard Tacke,
 stellv. Vorsitzender des DGB
Prof. D. Heinrich Vogel, Berlin
Prof. Dr. Alfred Weber,
 Universitätsprofessor, Heidelberg
Prof. Dr. Walter Weizel,
 Universitätsprofessor, Bonn
Helene Wessel, MdB
Prof. D. Ernst Wolf,
 Universitätsprofessor, Göttingen

Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod“, Innenminister a. D. Dr. Walter Menzel, Bonn-Venusberg, Ahornweg 29. Druck: Graphische Gesellschaft Grunewald GmbH, Berlin

■ Regionalgruppe **Potsdam**

Am 31. Januar um 18 Uhr gedenken wir Walter Ruges – Antifaschist, Kommunist, Freund der Sowjetunion
Ort: Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcener), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ „RotFuchs“-Gruppe **Plauen**

Am 8. Februar um 15 Uhr – Gespräch mit Generalmajor a. D. Heinz Engelhardt über sein Buch „Der letzte Mann“. Das Buch kann auf der Veranstaltung käuflich erworben werden.

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Karlstraße 14, 08523 Plauen

Die Regionalgruppen freuen sich über die Teilnahme zahlreicher Interessenten an den Veranstaltungen.

„RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

Für den Bezug des RF als Printausgabe genügt ein Anruf bei

Rainer Behr:
 030-98 39 98 30

Wolfgang Dockhorn:
 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung per
 E-Mail: vertrieb@rotfuchs.net

1958, Stiftung Haus der Geschichte; EB-Nr. 1990/6/352, Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod“

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
 Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
 Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
 Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
 Tel. 0160 -238 30 85
 E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout:

Rüdiger Serinek

Herstellung:

Druckerei Gottschalk

Internet:

www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
 ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
 Dr. Matin Baraki
 Prof. Dr. Götz Dieckmann
 Prof. Dr. Achim Dippe
 Ralph Dobrawa
 Dr. Peter Elz
 Peter Franz
 Dr. sc. Gerhard Giese
 Bernd Gutte
 Georges Hallermayer
 Helmuth Hellge
 Wolfgang Herrmann (Dreesch)
 Dr. Ralf Hohmann
 Lutz Jahoda

Rico Jalowitzki
 Uli Jeschke
 Dr. Hans-Jürgen Joseph
 Dr. Kurt Laser
 Prof. Dr. Anton Latzo
 Bruno Mahlow
 Dr. Holger Michael
 Jobst-Heinrich Müller
 Horst Neumann
 Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
 Hans Schoenefeldt
 Johann Weber
 Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
 Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
 12504 Berlin, Tel. 030 -983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net
 Aribert Schilling u.v.a.m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
 10123 Berlin, Tel. 030 -241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Jürgen Claußner
 Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
 Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
 IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
 BIC: BELADEBEXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.